

# **Gewaltfrieden nach dem Willen der *einzigsten Weltmacht* ?**

## **Wege aus der Gefahr**

Beiträge zum  
11. Dresdner Friedenssymposium  
am 22. Februar 2003

DSS-Arbeitspapiere

---

Heft 65 - 2003

Herausgeber: **Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS)**

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Zur Erholung 13 D-01723 Kesselsdorf

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet. Sie finden uns unter **<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>**

**Zum 11. Dresdner Friedenssymposium hatten eingeladen:**

- Sächsische Friedensinitiative Dresden e.V., gemeinsam mit
- Arbeitsgemeinschaft Offene Kirchen Sachsen,
- attac Dresden/AG Frieden,
- Ausländerrat Dresden,
- DGB Kreis Dresden,
- Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.
- Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V.,
- IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung,
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Arbeitskreis Dresden

Redaktion und Druckvorbereitung: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

**Vertrieb:** Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren! Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 15. März 2003

Kostenbeitrag: 3,50 Euro

Diese Publikation wurde durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. finanziell unterstützt.

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

## Inhaltsverzeichnis

STEFFI BELKE	Einführung	4
PETER STRUTYNSKI	Die USA sind nicht allmächtig. Kriegsvorbereitungen mit unerwarteten Hindernissen	6
KADHIM HABIB	Gegen den Krieg und das despotische Regime im Irak	19
HORST-DIETER STRÜNING	Kritische Anmerkungen zum Diskurs US-amerikanischer und deutscher Intellektueller über das Thema <i>gerechter Krieg</i>	28
MAX SCHMIDT	Sicherheit durch Sicherheitsrat? Kann der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen demokratisiert werden?	42
ERNST WOIT	Das Gewaltverbot der UNO-Charta und die aktuelle Praxis der UNO	59
HORST GROßMANN	Der Irak und die Geopolitik der USA	66
LORENZ KNORR	Alternativen zur <i>Neuen Weltkriegsordnung</i> erforderlich	72
HORST SCHNEIDER	Geschichtsbild und Friedenspflicht	80
DIETER W. SCHEUCH	Not in my name, NO WAR ON IRAQ!	82
ELKE RENNER	Gegen einen Irak-Krieg. Ein Diskussionsbeitrag aus Österreich	85

**Steffi Belke**

## **Einführung**

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde, sehr geehrte Gäste, im Namen der Initiatoren und Ausrichter des heutigen Tages möchte ich Sie ganz herzlich zum 11. Dresdner Friedenssymposium hier im Haus der Gewerkschaften begrüßen. Wir freuen uns, daß auch in diesem Jahr viele Friedensfreunde aus ganz Deutschland sowie Freunde aus Rußland, Österreich und der Tschechischen Republik an unserem Symposium teilnehmen können.

Wir Dresdner Friedensfreunde möchten mit unserer nun schon traditionellen Veranstaltung das Gedenken an die Zerstörung unserer Stadt im Februar 1945 und die daraus erwachsene Mahnung an die jüngeren Generationen verbinden mit den brennenden aktuellen Fragen der Friedenserhaltung und Friedensbeförderung in der Welt.

**Gewaltfrieden nach dem Willen der *einzig* Weltmacht? Wege aus der Gefahr** - ist ein Thema, das heute angesichts der drohenden Gefahr eines zweiten Krieges gegen den Irak nicht aktueller sein könnte.

Tausende Menschen gingen in den letzten Wochen und Tagen in Deutschland auf die Straße, trafen sich zu stillen Friedensgebeten und Mahnwachen, um ihre Ablehnung, ihre Befürchtungen und Ängste, die ein drohender Krieg gegen den Irak in ihnen auslöst, deutlich zu machen.

Dresdner Schüler malten auf große weiße Tücher die Worte *Kein Krieg* und befestigten sie weithin sichtbar an ihren Schulen. Sie gehörten zu den Ersten in unserer Stadt, die zu Demonstrationen aufriefen.

Friedensbündnisse - so wie in Dresden - entstehen, die über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg im Sinne von Netzwerken bemüht sind, viele Initiativen und eigene Aktivitäten zu planen und zu bündeln.

Weltweit demonstrierten am letzten Wochenende Millionen Menschen gegen einen Krieg - auch im Hoffen auf noch mögliche ausgewogene politische Entscheidungen, um den Konflikt im Irak zu entschärfen und im Hoffen darauf, daß davon Signale ausgehen für mögliche friedliche Lösungen auch anderer Konflikte in der Welt.

Dabei übersehen sie nicht, daß Massenvernichtungswaffen, unabhängig davon, wer sie besitzt, immer eine Gefahr für den Weltfrieden darstellen und geächtet werden müssen.

Wissenschaftler, Umweltschützer, Ärzte haben darauf aufmerksam gemacht, daß ein erneuter Krieg die ohnehin katastrophale Situation der irakischen Bevölkerung dramatisch verschlimmern würde und daß im Falle eines dreimonatigen konventionellen Krieges die Zahl der Toten auf 50.000 bis 260.000 geschätzt werden müßte.

Künstler engagieren sich mit verschiedenen Aktionen für friedliche Lösungen im Irak. Überlebende der Bombardierung von Dresden und Guernica riefen gemeinsam gegen einen drohenden Irak-Krieg auf. Krieg, so sprach eine Teilnehmerin aus, bringt uns nicht einen Schritt weiter bei der Lösung anstehender Fragen in der Welt. Er bringt nur Leid, Zerstörung und Tod, und er sät neuen Haß.

Menschen überwinden ihr Gefühl der Ohnmacht, treten aus einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber dem Krieg heraus, finden Worte für das, was sie fühlen. Das ist sicher ein wichtiges Ergebnis der vielen Aktivitäten friedensbewegter Menschen - weltweit, wie auch in unsere Land.

Ist aber dieser Tag X des Kriegsbeginns bei allem Waffengetöse noch zu verhindern? Was wird danach? Wie erklärt es sich, daß nach dem Ende des militarisierten Systemkonfliktes die Außenpolitik der großen westlichen Demokratien nicht zum Frieden findet, sondern immer kriegerischer wird? Welche Gegenkräfte gibt es und welche sinnvollen und erreichbaren Ziele kann sich die Friedensbewegung hierzulande stellen?

Das sind Fragen, die unser Symposium bewegen werden.

Einleitende Referate zu den Themenkomplexen werden Dr. Peter Strutynski aus Kassel und Prof. Kadhim Habib aus Berlin halten.

Eine Podiumsdiskussion wird unser Symposium abschließen.

Und nun wünsche ich unserer Veranstaltung einen guten Verlauf.

**Autor:** Steffi Belke,

2. Sprecherin der Sächsischen Friedensinitiative Dresden

Peter Strutynski

## Die USA sind nicht allmächtig

### Kriegsvorbereitungen mit unerwarteten Hindernissen

Es grenzt schon an ein kleines Wunder, daß das heutige Symposium noch in der *Vorkriegszeit* stattfindet, der US-Angriffskrieg gegen Irak also noch nicht mit der ganzen Wucht eingesetzt hat.

Bereits auf dem vorjährigen Symposium haben verschiedene Teilnehmer/innen vor einem weiteren Feldzug der USA gegen den Irak gewarnt. Vorausgegangen war bekanntlich die Rede des US-Präsidenten George W. Bush zur *Lage der Nation* am 29.01.2002, worin er erstmals öffentlich eine *Achse des Bösen* ausgemacht hatte, der die drei *Schurkenstaaten* Irak, Iran und Nordkorea angehörten. Kennzeichen dieser Staaten sind nach Auffassung der US-Administration ein diktatorisches und menschenverachtendes Regime, der Besitz von oder das Streben nach Massenvernichtungswaffen und die Unterstützung - oder gar Beherbergung - terroristischer Netzwerke.

Nun wären diese drei Vorwürfe für sich genommen für die USA kein Grund, einen Staat für *böse* zu halten und unter weltpolitische Quarantäne zu stellen. Mit wie vielen anderen Diktaturen pflegten und pflegen die USA gute bis herzliche Kontakte? Wie viele Staaten - außer den drei genannten - betätigen sich regelmäßig oder sporadisch als Proliferanten des Todes?

So waren z.B. honorige westliche Staaten und Firmen maßgeblich an der Ausrüstung des Irak mit biologischen und chemischen Waffen - einschließlich der dafür benötigten Trägersysteme - beteiligt. Die enthüllende Liste der Lieferanten machte 1991 die Runde. Sie befand sich auch in dem vom Irak den UN-Inspektoren vorgelegten Waffenbericht vom Dezember 2002 - wo sie allerdings auf Geheiß der US-Regierung geschwärzt wurde.

Und auch das dritte Kennzeichen *böser* Staaten, sie unterstützten Terroristen, könnte mit wesentlich mehr Recht auf zahlreiche andere Staaten zutreffen als auf die *Achse des Bösen*. So stammen beispielsweise 16 von 19 mutmaßlichen Terroristen des 11. September 2001 nicht aus Irak, Iran oder Nordkorea, sondern aus Saudi-Arabien. Doch dieser Staat zählt zu den engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten in der Golfregion.

Die *Achse des Bösen* ist im Grunde genommen nichts anderes als eine zweckdienliche Reduzierung des *Schurkenstaaten*-Konzeptes früherer Präsidenten auf

die Länder, die zur Zeit in der Hauptrichtung der US-Expansionsbestrebungen liegen - und diese Richtung führt nun einmal über den Nahen Osten bis nach Zentralasien und bis an die Grenzen der Volksrepublik China. Charles Krauthammer, konservativer Kolumnist der Washington Post mit großem politischen Einfluß auf das Weiße Haus, war schon Anfang Februar letzten Jahres der Meinung gewesen, daß der interne Meinungsstreit in der US-Administration zwischen den reaktionärsten Hardlinern um Bush, Cheney und Rumsfeld und den bündnisorientierten Pragmatikern um Außenminister Powell zugunsten ersterer entschieden sei. Präsident Bush habe den *Krieg gegen den Terrorismus* in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar neu definiert und ihm eine klarere Zeitachse gegeben:

„Wir werden uns beraten“, sagte Bush vor dem Kongreß, „aber die Zeit ist nicht auf unserer Seite. Ich werde nicht auf Ereignisse warten, während die Gefahren zunehmen. Ich werde nicht untätig zusehen, während die Gefahr näher und näher kommt. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden es den gefährlichsten Regimes der Welt nicht erlauben, sie mit den zerstörerischsten Waffen der Welt zu bedrohen.“

Krauthammer meinte nun, Bush werde seine Popularität für einen weitaus größeren und riskanteren Krieg nutzen. Wohin gehen die USA „nach Phase eins, Afghanistan“, fragte Krauthammer. Seine Antwort: Phase zwei beginne jetzt mit der Terroristenjagd von den Philippinen über Bosnien bis nach Somalia. Und Phase drei, der Sturz Saddam Hussains, werde in aller Ruhe vorbereitet, während Phase zwei noch wochenlang Schlagzeilen macht. Einen groß angelegten Feldzug gegen Irak sagte Krauthammer innerhalb von 12 Monaten voraus.

Im Sommer letzten Jahres begannen die USA sowohl mit einer detaillierten Planung des Krieges als auch mit dem Truppenaufmarsch in der Golfregion. Am 05.07.2002 veröffentlichte die New York Times einen Bericht, in dem die Planungen des Pentagon für einen Krieg gegen den Irak preisgegeben wurden. Zehntausende von amerikanischen Marines und anderen Bodentruppen sollten sich ihren Weg ins Innere des Irak freikämpfen, hieß es unter Berufung auf ein geheimes Planungsdokument des US-Zentralkommandos in Tampa, Florida. Von dort sollte der nächste Krieg gegen den Irak geleitet werden. Unterstützt von schlagkräftigen Luft- und Seestreitkräften würde der US-amerikanische Angriff mit bis zu 250.000 Mann von drei Seiten geführt werden, vom Norden, Süden und vom Westen. US-Spezialeinheiten oder CIA-geführte Operationen würden im Hinterland des Irak Depots und Waffenlager angreifen. Der größte Teil der US-Bodentruppen sollte Irak von Kuwait aus überfallen.

Der Planung entsprach die Verlegung von Truppen und Kriegsgerät an den Golf. Hierbei spielt die US-Airbase Frankfurt a.M. eine herausragende Rolle. Am 02.08.2002 meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrem Frankfurter Lokalteil unter der Überschrift *Amerikaner verstärken Militärtransportflüge*: „Bis Ende August wickeln die amerikanischen Streitkräfte über den Frankfurter Flughafen bis zu 30 zusätzliche Flüge täglich ab. Das teilte der Lärmschutzbeauftragte der Landesregierung, Johann Bruinier, der Stadt Frankfurt und anderen Kommunalverwaltungen im Flughafenumkreis mit. Ein Viertel der Transportflüge, die nach amerikanischen Angaben der Unterstützung der Antiterror-Aktion *Dauerhafter Frieden* gelten, findet zur Nachtzeit statt - auch mit schweren und lauten Maschinen.“

Großbritannien begann derweil mit dem Abzug von 1.700 Soldaten aus Afghanistan und von 1.500 Soldaten von der NATO-Eingreiftruppe (Juni 2002) sowie von 3.000 Soldaten einer Panzerdivision aus Polen (Juli 2002). Außerdem wurde im Juli mit der massenhaften Einberufung von Reservisten begonnen. Seither wurden etwa 200.000 US-Soldaten und rund 30.000 britische Soldaten in der Golfregion stationiert.

Frappierend war auch die Offenheit, mit der vor aller Welt der Truppenaufmarsch als kriegsvorbereitender Vorgang hingestellt wurde. Dies stellt zweifellos ein Novum in der neueren Geschichte dar. Seit Monaten predigt die US-Administration einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Irak - und kein einziges Mal ist sie dafür - etwa vom UN-Generalsekretär - abgemahnt worden.

Dabei ist die UN-Charta in diesem Punkt eindeutig: In Art. 2, Ziffer 4 wird ja nicht nur die *Anwendung von Gewalt*, sondern auch schon deren *Androhung* in den internationalen Beziehungen untersagt. Wenn der historisch belegte Begriff des *Appeasement* je Sinn macht - er wird als Vorwurf bisher fälschlicherweise fast ausschließlich gegenüber den kriegsunwilligen Europäern gebraucht, die durch ihr Beharren auf einer *friedlichen Abrüstung* des Irak angeblich Saddams Position stärken -, dann muß er gegenüber den Vereinten Nationen und der EU, gegen die Staatengemeinschaft insgesamt, erhoben werden.

Mir ist nicht bekannt, daß eine dieser Institutionen oder irgend eine Regierung den USA diplomatische Proteste oder gar Sanktionen angedroht hätten. Im Gegenteil. Die Diplomatie und das Regierungshandeln der Staaten dieser Welt - selbst wenn sie im Widerspruch zur US-Kriegspolitik stehen - erschöpfen sich im Beschwichtigen, in der Suche nach *Kompromissen* - als könne es zwischen Krieg und Frieden einen Kompromiss geben - und nach *intelligenten Lösungen*, mit denen die USA vielleicht ohne den großen Krieg an ihr Ziel

kämen, das da heißt: Regimewechsel und Etablierung einer den USA genehmen (Protektorats-)Verwaltung.

Auch die mehrfache Verschiebung des möglichen Angriffstermins spricht nicht unbedingt für die Souveränität der einzigen Weltmacht, diesen Krieg nach eigenem Gutdünken zu führen. Wir erinnern uns, daß seit dem letzten Sommer mindestens vier *günstige* Zeitpunkte für einen möglichen Kriegsbeginn *gehandelt* und immer wieder verworfen bzw. verschoben wurden. Zunächst war es der September, dann der November - vor den Kongreßteilwahlen! Im November hieß es dann, daß der Krieg Ende Januar beginnen müsse, weil dann die klimatischen Bedingungen für die US-Soldaten und das militärische Gerät am günstigsten seien. Schließlich verstrich auch der nächste *Termin* - Mitte bis Ende Februar.

Es kam ein weiteres retardierendes Moment hinzu, der Gang der US-Regierung vor die Vereinten Nationen. Nach der Ankündigung des US-Präsidenten vor der UN-Generalversammlung am 12.09.2002, man werde von den Vereinten Nationen verlangen, daß sie ihre Aufgaben im Kampf gegen den internationalen Terrorismus - und insbesondere bei der Entwaffnung des Irak - wahrnehmen müsse, war zumindest klar, daß sich die US-Administration den Mechanismen der UNO unterwerfen würde. So wurde schließlich im November 2003 die Resolution 1441 (2002) im UN-Sicherheitsrat einstimmig verabschiedet und somit ein gewisses Zeitfenster für die Tätigkeit der UN-Waffeninspektoren geöffnet. Der angekündigte Krieg gegen den Irak wurde somit weiter vertagt.

Dies alles deutet darauf hin, daß selbst die einzige Supermacht dieser Welt nicht allmächtig ist, daß sie bisweilen in ihrem Drang nach Unilateralismus gebremst wird und außenpolitische Rücksichten nehmen muß.

Das sture Festhalten an den einmal beschlossenen Kriegsplänen zeigt aber auf der anderen Seite, wie Ernst es den USA ist, diesen Krieg tatsächlich zu führen. Washington muß also triftige Gründe für seinen Krieg haben. Welche sind das?

Mit dem Ende des *klassischen* Ost-West-Konfliktes in Europa haben sich die Koordinaten der Weltpolitik zweifellos stark verändert. Wir befinden uns seither in einer Übergangszeit, in der drei verschiedene Konstellationen nebeneinander existieren und möglicherweise eine brisante Mischung ergeben. Erstens hat der Kalte Krieg nicht wirklich aufgehört, zweitens stehen wir an der Schwelle eines neuen Kalten Kriegs und drittens befinden wir uns auf der Rückkehr in die Zeit vor dem Kalten Krieg.

Meine **erste These** lautet: Der Kalte Krieg, der in den 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg der ganzen Welt seinen Stempel aufgedrückt hatte, ist nur aus einer eurozentrierten Perspektive beendet worden. In Ostasien und im pazifischen Raum hat der Kalte Krieg in Wirklichkeit nie aufgehört zu existieren.

Dies hat damit zu tun, daß in Asien der große Antipode der USA, die Volksrepublik China, von der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts nicht betroffen war und nicht in den Strudel des Zerfalls des Realsozialismus geriet. Unabhängig davon, wie sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in China entwickeln werden, stellt das Land für die Supermacht USA eine große Herausforderung dar - auch wenn sich Peking zur Zeit selbst weniger als Supermacht, sondern allenfalls als Regionalmacht begreift.

Dennoch ist sie in eine Reihe von Konflikten involviert, die über die Region hinaus weisen und die pazifische Hegemonialmacht USA auf den Plan rufen: der Streit um Inseln im Chinesischen Meer etwa oder - vor allem - Pekings Anspruch auf Taiwan. Daß der politische Wind im Fernen Osten rauher wird, hat der Flugzeugzwischenfall Anfang April 2001 schlagartig deutlich gemacht. Die Kollision eines US-Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Abwehrjäger über dem Südchinesischen Meer erinnerte fatal an ähnliche hochdramatische Vorkommnisse während der Blütezeit des sowjetisch-amerikanischen Kalten Kriegs. Ähnlich provokativ verläuft für die chinesische Seite auch die mit gesteigerter Energie fortgesetzte Aufrüstungshilfe für Taiwan.

Auch die koreanische Halbinsel spielt eine herausragende Rolle in der Kontinuität des *Kalten Krieges*. Dies wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, daß US-Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation am 29.01.2002 Nordkorea explizit seiner *Achse des Bösen* zugeordnet hat. Im Hin und Her der letzten Wochen und Monate um die zivilen und militärischen Atomprogramme Nordkoreas haben die Kontrahenten alle Register des gängigen gegenseitigen Bedrohungsrituals gezogen. Kalter Krieg also wie gehabt!

Zu meiner **zweiten These**: Es bestehen einerseits noch überkommene Strukturen des Kalten Kriegs - mit der Tendenz, sich wieder zu verfestigen. Andererseits ziehen gleichzeitig neue Strukturen eines *Kalten Kriegs* am Horizont auf. Diese sind zweifacher Natur. Einmal geht es um die hochgradig ideologisch ausgetragene Konfrontation zwischen der *zivilisierten* und der *nicht zivilisierten*, der christlich-abendländisch-modernen Welt und der islamisch-mittelalterlichen Welt. Der unvermeidbare Zusammenstoß der Kulturen, den Samuel Huntington schon Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts kommen sah, scheint mit den Angriffen auf die Twin Towers eingeläutet

worden zu sein. Die Kriegsrhetorik des US-Präsidenten in den vielen Reden, die er seither gehalten hat, beschwört einen solchen neuen Kalten Krieg geradezu herauf.

Was die Situation heute von dem *alten* Kalten Krieg unterscheidet und so gefährlich macht, ist die Tatsache, daß die USA aufgrund ihrer militärischen Stärke diesen Kalten Krieg nach Belieben auch heiß führen können.

Die zweite Variante des neuen Kalten Kriegs taucht in Asien auf. Hier ist die Schanghai-Kooperations-Gruppe zu nennen, die 1996 von China und Rußland sowie den zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan ins Leben gerufen wurde. Damit war nicht nur der Versuch verbunden, zu einer Verbesserung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu kommen, sondern auch die Absicht, der zunehmend als Bedrohung empfundenen Unipolarität des USA entgegenzutreten und den Anspruch auf eine *multipolare* Welt zu unterstreichen.

Hinzu kam die gemeinsame Furcht vor dem Anwachsen islamistischer Bewegungen, die sich z.B. auch in Form einer uigurischen Unabhängigkeitsbewegung in der westlichen Provinz Chinas breit zu machen begann. Als sich im Juni 2001 Usbekistan der Gruppe hinzugesellte, benannte man sich in *Organisation für die Zusammenarbeit von Schanghai (OCS)* um. Ziel der nunmehr sechs Staaten ist es, die islamistische Bedrohung auch mittels militärischer Absprachen und Hilfen in Schach zu halten. Unverkennbar war aber auch die chinesisches-russische Stoßrichtung gegenüber den USA, denen man vorwarf, mit ihrem Engagement in Zentralasien Öl ins Feuer zu gießen.

Die Gegnerschaft gegen einen US-amerikanischen Unilateralismus dürfte auch in anderen Weltregionen zahlreiche unbotmäßige Staaten auf den Plan rufen.

Zu meiner **dritten These**: Eine dritte Konstellation wird von den westlichen Industriestaaten - einschließlich Japan - selbst gebildet. Die Risse, die periodisch immer wieder zwischen den USA und den EU-Staaten virulent werden - Streit um den ICC, Kyoto-Protokoll und andere Beispiele aus der Umwelt- und Handelspolitik -, deuten auf langfristige strategische Widersprüche hin, die über den Weg des politischen Kompromisses nicht endlos zu kitten sein werden. Die Hauptakteure sind wahrscheinlich dieselben, die schon vor hundert Jahren den Kampf um die Vorherrschaft ausgetragen haben.

Nach dem bekannten Sozialwissenschaftler und Philosoph Immanuel Wallerstein waren dies seit 1873 Deutschland und die Vereinigten Staaten. Sie repräsentierten bis 1913 die erfolgreichsten Ökonomien und lieferten sich von 1914 bis 1945 einen *dreißigjährigen Krieg*, der - in der Zwischenkriegszeit - nur

von einem Waffenstillstand unterbrochen war. Deutschland hat nun im Rahmen der EU Verstärkung erhalten - die USA sind weitgehend auf sich gestellt und im Moment dabei, trotz weltweiten Engagements politisch in die Isolation zu geraten. Wallerstein gibt den USA nur noch zehn Jahre für den unabwendbaren Abstieg als einer entscheidenden Macht in der Weltpolitik. Schon heute sei es so, daß die USA lediglich auf militärischem Gebiet eine Weltmacht darstellen, ökonomisch seien sie es längst nicht mehr. Für Wallerstein stellt sich deshalb in dem ungemein anregenden Aufsatz, den er im August 2002 in der Zeitschrift *Foreign Policy* veröffentlichte, nicht mehr die Frage, „ob die US-Hegemonie schwindet, sondern ob die Vereinigten Staaten einen Weg finden, in Würde abzudanken, mit einem Minimum an Schaden für die Welt und für sie selbst.“

Die relativ einfache und gut durchschaubare Weltordnung der Bipolarität und des Systemwettstreits zwischen einem gezähmt und attraktiv erscheinenden Kapitalismus auf der einen und einem ökonomisch ineffizient und demokratisch defizitär erscheinenden Sozialismus auf der anderen Seite ist also heute von einem höchst explosiven Gemisch dreier sich überlagernde Konfliktkonstellationen abgelöst worden. In ihnen entwickelt sich eine neue Welt(un)ordnung, die gekennzeichnet ist durch eine

- von der Welthandelsorganisation und dem Internationalen Währungsfonds gestützte Durchsetzung neoliberaler Grundsätze in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fast aller Staaten der Erde,
- Entsouveränisierung, Marginalisierung oder/und Radikalisierung von Staaten und Gesellschaften, die von der *Globalisierung* ausschließlich negativ betroffen sind oder die aus ressourcialsen und geostrategischen Gründen zum Objekt der Begierde der USA und der anderen führenden kapitalistischen Staaten werden,
- relativ ungehemmte Ausbreitung und Barbarisierung regionaler, zumeist innerstaatlicher, Kriege und bewaffneter Konflikte insbesondere in der Dritten Welt und der ehemaligen *Zweiten Welt*,
- fortschreitende Umwandlung der Vereinten Nationen in ein Hilfsorgan der führenden Mächte, insbesondere der USA, das im wesentlichen nur noch auf zwei Funktionen reduziert sein soll: Legitimierung militärischer Interventionen und humanitäre Nachsorge in militärisch *befriedeten* Staaten und in den von jeder Entwicklung abgekoppelten Hunger- und Katastrophengebieten der Erde,
- in den letzten Jahren immer deutlicher zum Ausdruck kommende Begierde der USA zum *Unilateralismus*, der von der komfortablen Situation einer uneinholbaren militärischen Stärke begleitet wird und

- zunehmende Differenzierung der ökonomischen und geostrategischen Interessen zwischen den führenden Staaten der *Triade* USA - Europa - Ostasien - einschließlich der sich verschärfenden Konkurrenz zwischen den global operierenden transnationalen Konzernen.

Insgesamt haben wir es also mit einer Verschärfung des Nord-Süd-Konfliktes sowie mit einer Revitalisierung der Widersprüche zwischen den Hauptmächten der industrialisierten Welt des *Nordens* zu tun. Diese Widersprüche waren nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund des dominanten Systemwettstreits zwischen Kapitalismus und Realsozialismus jahrzehntelang außer Kraft gesetzt worden. Diese neue Konstellation erinnert sehr an ältere imperialistische Konfliktslagen. Dennoch scheint mir, haben sich die Voraussetzungen und das Gesicht des Imperialismus in mancher Beziehung verändert.

Heute geht es z.B. nicht mehr in erster Linie um den Kampf der großen Konzerne für neue Absatzmärkte. Der Weltmarkt liegt den TNK vielmehr zu Füßen, und es gibt keine relevanten Grenzen mehr für die Waren der Ersten Welt. Schwieriger ist es da schon für die umgekehrten Warenströme - etwa für Agrarprodukte aus der Dritten Welt in die entwickelten kapitalistischen Länder. Doch imperialistische Austauschbeziehungen beruhen nun einmal nicht auf dem Prinzip der Gleichheit und Gleichberechtigung.

Eine Einschränkung des unbeschränkten Weltmarktes - dies wurde in der Diskussion kritisch angemerkt - gibt es. Sie betrifft ein weltwirtschaftlich weniger ins Gewicht fallendes, für bestimmte Volkswirtschaften aber durchaus interessantes Marktsegment, den Rüstungshandel. Da er in der Regel staatlich kontrolliert ist, kann er im Zweifelsfall auch nur politisch, d.h. notfalls auch militärisch, erschlossen bzw. umverteilt werden. Die partielle Neuregelung der Verhältnisse im Nahen Osten nach dem zweiten Golfkrieg 1991 haben die USA z.B. in die komfortable Lage gebracht, fast den gesamten Rüstungsimportbedarf von Kuwait und Saudi-Arabien zu befriedigen.

Heute geht es auch nicht mehr um den seinerzeit erbittert geführten Kampf um den Zugang zu den Kapitalmärkten anderer Staaten und Regionen. Kapitaleexport und Direktinvestitionen sind heute fast überall auf der Erde uneingeschränkt möglich, ja die Nationalstaaten sind im Zuge der weltweiten Standortkonkurrenz zu *nationalen Wettbewerbsstaaten* geworden

Schließlich geht es auch nicht mehr um die Eroberung fremder Territorien nach dem Muster des klassischen Kolonialismus/Imperialismus. Koloniale Besitzungen wären heute eher ein lästiger Kostenfaktor, denn ein Gewinn für den erobernden Staat. So erklärt sich im übrigen die Abkoppelung ganzer Weltregionen von jeglicher Entwicklung. Länder oder Regionen, in denen

nichts zu holen ist, werden zur Sozial- und Ökobrache der neoliberalen Globalisierung.

Das einzige, was heute noch zählt und in Zukunft sogar noch an Bedeutung gewinnen dürfte, ist die (neo)imperialistische Konkurrenz um knappe Ressourcen, insbesondere um die endlichen fossilen Energievorräte dieser Erde. Da diese Vorräte lokalisiert sind, d.h. nur an bestimmten Standorten vorkommen und dort *gehoben* werden müssen, sind selektive territoriale *Eroberungen* doch wieder angebracht. Die weltweite Rohstoff- und Energiesicherung zieht sich wie ein roter Faden durch alle strategischen Konzepte der NATO sowie der einzelstaatlichen Sicherheitsdoktrinen der führenden Industriestaaten:

- Die Römische Erklärung der NATO vom November 1991 enthielt bereits die strategische Neuorientierung des ursprünglich auf Verteidigung ausgelegten Militärbündnisses. Die Gefahr eines „großangelegten, gleichzeitig an allen europäischen NATO-Fronten vorgetragenen Angriffs“ sahen die NATO-Strategen als „praktisch nicht mehr gegeben“ an. Stattdessen erwachsen dem Bündnis neue Sicherheitsrisiken, die „ihrer Natur nach vielfältig“ seien und „aus vielen Richtungen“ kämen. Und als Beispiele für solche neuen Risiken nannte das NATO-Dokument die „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“, die „Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ sowie „Terror- und Sabotageakte“.
- Das deutsche Verteidigungsministerium übernahm das strategische Konzept der NATO ein Jahr später fast wortgleich in seine *Verteidigungspolitischen Richtlinien* vom 28.11.1992, die übrigens bis zum heutigen Tag in Kraft geblieben sind und im Frühjahr - einer Ankündigung Peter Strucks zufolge - überarbeitet werden sollen. In einer global vernetzten, chaotischen Welt, so heißt es dort, würden „unwägbar Risiken“ überall lauern und stets auch „deutsche Interessen“ berühren. Daher, so schlußfolgerten die Richtlinien, ließe sich „Sicherheitspolitik weder inhaltlich noch geografisch eingrenzen.“ Die Ziele deutscher Sicherheitspolitik werden dagegen sehr exakt beschrieben und lauten u.a.: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ...“
- Ähnlich argumentierte das Verteidigungs-Weißbuch aus dem Jahr 1994, das damals zeitgleich mit dem französischen Weißbuch veröffentlicht wurde, in dem sich gleiche Formulierungen bezüglich der weltweiten Rohstoffsicherung finden.
- Eine der ersten Amtshandlungen des von einem US-Gericht eingesetzten US-Präsidenten George W. Bush war die Bildung einer Nationalen Energiekommission unter der Leitung seines Vizepräsidenten Richard Cheney.

„Im großen Spiel des beginnenden 21. Jahrhunderts“, so schrieb Heiko Flottau am 28.01. in der Süddeutschen Zeitung, „geht es ... um wirtschaftliche Einfluß-Sphären: Wer würfelt so viele Sechser, daß er als Erster das Etappenziel Irak und danach das Feld mit der Aufschrift *Welt-Erdölreserven* erreicht?“ Zu den außenpolitischen Prioritäten der Regierung des Texaners George W. Bush gehört die Sicherstellung des wachsenden Ölbedarfs. Im Mai 2001 legte Cheneys *Nationale Gruppe für Energie-Entwicklung* ihren Bericht vor. Thema: *Wie ist der Erdölbedarf der USA in den nächsten 25 Jahren zu sichern?* Immerhin werde der Anteil des von den USA importierten Rohöls bis 2020 von jetzt 52 auf 66 Prozent steigen. Die Sicherung der Ölquellen durch Diversifizierung der Importe von Kolumbien über Venezuela bis zum Persischen Golf und nach Zentralasien ist eine der Forderungen des Cheney-Berichtes. Und der Irak ist mit seinen 11 Prozent Weltölvorkommen der erste Mosaikstein - dahinter lauern möglicherweise Saudi-Arabien und der Iran.

Wenn man möchte, kann man sogar noch weiter in die Geschichte zurück gehen und zeigen, daß die USA schon im Zweiten Weltkrieg versuchte hatten, die Kontrolle über die strategischen Zentren der Weltwirtschaft zu gewinnen. Noam Chomsky beschrieb in der *Monthly Review* vom November 1981 die Formierung der geopolitischen Strategie der USA in jener Periode so: „Der allgemeine Rahmen, innerhalb dessen sich die außenpolitischen Überlegungen der USA nach dem Zweiten Weltkrieg bewegten, ist am besten beschrieben in den Dokumenten, die während des Krieges von den Strategen des State Department und dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten gefertigt wurden. Diese trafen sich sechs Jahre lang, von 1939 bis 1945, im Rahmen des War and Peace Studies Programms. Sie wußten spätestens seit 1941/42, daß die Vereinigten Staaten bei Kriegsende eine Position enormer globaler Vorherrschaft einnehmen würden. Und so stellte sich die Frage: Wie organisieren wir die Welt?

Sie entwarfen eine Konzeption, die als Grand Area Planning (Großgebietsplanung) bekannt wurde. Die Grand Area wird darin bestimmt als jenes Gebiet, das, in ihren Worten, *strategisch notwendig (ist), um die Welt zu kontrollieren*. Die zugrunde liegende geopolitische Analyse versuchte herauszuarbeiten, welche Weltregionen *offen* sein müssen - offen für Investitionen, offen für die Rückführung von Profiten. Offen also für die Beherrschung durch die Vereinigten Staaten.

Damit die US-Wirtschaft ohne interne Veränderungen würde prosperieren können (ein ganz wesentlicher Punkt, der in allen damaligen Diskussionen aufscheint), also ohne Umverteilung von Einkommen oder Macht oder strukturelle Modifikationen, hatte dem War and Peace Program zufolge das für die

strategische Kontrolle über die Welt notwendige Gebiet zumindest die gesamte westliche Hemisphäre, das frühere, jetzt in Auflösung begriffene Britische Empire und den Fernen Osten zu umfassen. Das war das Minimum - das Maximum war das Universum.

Irgendwo zwischen beidem war die Konzeption der Grand Area angesiedelt - und die Aufgabe, sie in Form von Finanzinstitutionen und Finanzplanung zu organisieren. Dies war der Rahmen, der für die gesamte Nachkriegsperiode gültig blieb.“<sup>1</sup>

Entscheidend für die gesamte Konzeption der Grand Area war demnach die Kontrolle des Mittleren Ostens, der als Teil des alten Britischen Empire betrachtet wurde und als absolut unentbehrlich für die wirtschaftliche, militärische und politische Kontrolle über den gesamten Globus galt - nicht zuletzt deshalb, weil dort der größte Teil der bekannten Welterdölvorräte lag.

Die Vereinigten Staaten starteten deshalb in den 1950er Jahren eine lange Reihe offener und verdeckter Interventionen in der Region, deren erste und wichtigste der Sturz der demokratisch gewählten Mossadegh-Regierung im Iran war, die ausländische Ölgesellschaften nationalisiert hatte. Der US-amerikanische Großangriff war ein klarer Erfolg. Zwischen 1940 und 1967 steigerten die US-Gesellschaften ihre Kontrolle über die Ölreserven des Mittleren Ostens von 10 auf nahezu 60 Prozent, während die unter britischer Kontrolle stehenden Reserven von 72 Prozent 1940 auf 30 Prozent 1967 abnahmen.<sup>2</sup>

Mit der Verstaatlichung der ausländischen Erdölgesellschaften im Irak durch die regierende Baath-Partei 1972 und die Revolution der Ayatollahs im Iran 1979 sank der Einfluß Großbritanniens und der USA erheblich. Dennoch blieben die angloamerikanischen Konzerne führend in der Ausbeutung des Nahostöls. Das meiste davon wurde aber in Saudi-Arabien realisiert, einem Land, dem man am ehesten zutraut, daß es vollends unter den Einfluß islamistischer Fundamentalisten gerät, auf die sich die USA langfristig nicht werden stützen können. So gesehen ist der Griff der USA nach dem irakischen Öl ein Teil der ihrer *Diversifizierungsstrategie*.

Die US-Amerikaner sagen das übrigens viel unverblümter als wir uns das zu denken getrauen. Jay Bookman, Redakteur und Leitartikler des Atlanta Journal Constitution, schrieb am 29.09.2002 folgendes: „Die offizielle Version der Irak-Geschichte hat noch nie Sinn gemacht ... (Die angedrohte Invasion) hat

---

<sup>1</sup> Zitiert nach H. Magdoff u.a., Die imperialen Ambitionen der USA und der Irak, in: Marxistische Blätter, Special zum Irakkrieg, Heft 01/2003, S. 5 f.

<sup>2</sup> Siehe ebenda, S. 6.

nichts zu tun mit Massenvernichtungswaffen oder Terrorismus oder Saddam oder UN-Resolutionen. Dieser Krieg, so er denn kommt, soll dazu dienen, den Status der Vereinigten Staaten als flügge gewordenes Weltreich zu bestätigen, das die alleinige Verantwortung und Autorität des Weltpolizisten übernimmt. Es wäre die Krönung eines Plans, an dem seit zehn oder mehr Jahren gearbeitet wurde und der jetzt verwirklicht wird von denen, die überzeugt sind, daß die Vereinigten Staaten die Gelegenheit zur Weltherrschaft ergreifen müssen, selbst wenn dies bedeutet, daß wir die *amerikanischen Imperialisten* werden, die wir unseren Feinden zufolge immer waren ... Rom hat sich nie zu Containment (einer Politik der Eindämmung) herabgelassen; es hat erobert. Und das sollten auch wir tun.“<sup>3</sup>

Genau hierin liegen wohl auch die Gründe, warum sich das *alte Europa* quer stellt. Die Europäer befinden sich eigentlich in einem Dilemma der besonderen Art. Die meisten europäischen Staaten, unter ihnen vor allem Deutschland, Frankreich, Belgien und Österreich, bevorzugen gegenüber dem Nahen Osten eher eine Politik der wirtschaftlichen Kooperation und des politischen und sozialen Wandels.

Immerhin hat eine solche Strategie im Rahmen der KSZE schon einmal funktioniert. Die sozialdemokratische Formel der siebziger Jahre vom *Wandel durch Annäherung* hat mit dem Dahinscheiden des Realsozialismus und dessen sanfter *Übernahme* durch den Westen Ende der achtziger Jahre doch späte Früchte getragen. Aus dieser Perspektive erklärt sich das Nein der meisten europäischen Staaten zu den US-Kriegsplänen als plausible Alternative. Auf der anderen Seite läuft das kontinentale Europa (Großbritannien stand als Kriegsgefährte der USA immer schon fest) Gefahr, bei einer Kriegsabstinenz nicht in den Genuß der *Kriegsbeute* zu kommen. Und es geht neben dem Öl um nichts geringeres als um die Neuordnung der gesamten Region.

Die inkonsequente Nein-Haltung der Bundesregierung und das theoretische Offenhalten der Kriegsfrage durch Frankreich sind letztlich ein Reflex dieses Dilemmas. Für Frankreich und Rußland kommt hinzu, daß sie beide über eine Reihe von Vorverträgen mit dem Regime in Bagdad zur Förderung irakischen Erdöls verfügen, die hinfällig würden, wenn die USA den Krieg führen und gewinnen würden - an letzterem wäre ohnehin nicht zu zweifeln. Vermutlich nützte Frankreich aber auch ein Mitmachen als *Juniorpartner* der USA nicht viel. So einfach erwirbt man im knallharten Ölgeschäft keine Zuschläge. Der günstigste, aber eben unwahrscheinlichste Fall wäre daher aus französischer Sicht der Verzicht auf die militärische Option.

---

<sup>3</sup> Zitiert nach ebenda, S. 6.

Neben zahlreichen europäischen Regierungen haben sich fast alle Staaten der Welt gegen den drohenden Krieg ausgesprochen. Zusammen mit einer weitgehend geschlossenen Front der *öffentlichen Weltmeinung*, einer zuletzt rasant wachsenden und global agierenden Friedensbewegung, die ich die *Internationale des Friedens* nennen möchte, und der zunehmenden Kritik in *God's own country* geriet die US-Administration immer mehr in die Defensive.

Der Gang vor den UN-Sicherheitsrat sollte ein Befreiungsschlag für die USA werden, die sich schon im November eine kriegslegitimierende Resolution erhofft hatten. Statt dessen sprang lediglich eine zwar für den Irak überaus harte, für die USA aber unzulängliche weiche Resolution 1441 (2002) heraus, die keine Kriegsermächtigung darstellte. Die Vetomächte Frankreich, Rußland und China hatten bei der Erarbeitung der Resolution und vor der Abstimmung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie keinerlei Automatismus zum Krieg enthielte.

Ein großer Teil der Verantwortung wurde in die Hände der UN-Waffeninspektoren gelegt. Ihr Vorgehen, ihre Berichte und Empfehlungen sollten das Drehbuch des Geschehens zunächst bis zum 14. Februar bestimmen.

Die Isolierung der USA und ihrer Verbündeten - neben dem treuen Pudel Blair waren das Ende Januar noch ein paar europäische Abweicherregierungen wie Spanien und Italien - war in dieser Phase so vollständig, daß die Kriegstreiber mit allen möglichen Tricks versuchten, den UN-Sicherheitsrat doch noch auf ihre Seite zu ziehen und eine zweite, kriegslegitimierende Resolution zu verabschieden. Erst als dies nicht gelang, setzte die Kriegsallianz alles auf eine Karte und begann den Krieg am 20. März nicht nur ohne UN-Mandat, sondern gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit der UN-Sicherheitsrates und der UN-Waffeninspektoren.

Die USA mögen diesen Krieg gewinnen. Die Tatsache, daß er überhaupt geführt wird, und die Umstände, unter denen er zustande kam, zeigen, daß dieser Krieg eine schwere Niederlage für die Vereinigten Staaten darstellt. Ihr politischer Einfluß entwickelt sich in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer militärischen Stärke. Dies ist ein Trost, aber auch eine anhaltende Bedrohung für die Menschheit.

**Autor:** Dr. Peter Strutynski,

Sprecher des *Friedenspolitischen Ratschlages*, Kassel

**Kadhim Habib**

## **Gegen den Krieg und das despotische Regime im Irak**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mein heutiger Beitrag wird einige Gedanken in Form von Thesen über folgende Fragen zur Diskussion stellen:

- Der Charakter der Baath-Partei im Irak.
- Die Lage der Menschen und der Menschenrechte.
- Die Haltung der Oppositionskräfte zur Frage des Krieges und des Friedens.
- Die Drohung eines Krieges im Irak und seine Folgen.

Im Jahre 1968 gelang es der arabischen sozialistischen Baath-Partei zum zweiten Mal die Macht zu übernehmen, die sie bis zum heutigen Tag noch ausübt. Diese regionale Partei wurde im Irak 1952 in Bagdad gegründet. Die Mutterpartei, gegründet im Jahre 1947 in Damaskus, wurde schon als eine laizistische, nationalistisch-sozialistische und panarabistische Partei bezeichnet. Ihre Hauptlosung war Einheit, Freiheit und Sozialismus. Die Führungsmitglieder dieser Partei stammen aus dem Kleinbürgertum.

Die Baath-Partei formulierte ihre Ziele wie folgt:

- Die Befreiung der arabischen Heimat vom Kolonialismus.
- Die Befreiung Palästinas und die Bekämpfung des Zionismus als Bollwerk des Imperialismus.
- Die Beseitigung der feudalistischen Produktionsverhältnisse und die Errichtung eines arabischen Sozialismus.
- Die Errichtung der arabischen Einheit unter dem Motto: Eine Heimat, ein Volk und eine Armee.
- Die Bekämpfung des Kommunismus als eine internationale Bewegung.

Im Jahre 1963 hat die arabische sozialistische Baath-Partei einen blutigen Putsch gegen den Gründer der Republik General A. K. Qassim geführt. Als die Baath-Partei die Macht übernahm, richtete sie ein Massaker gegen die oppositionellen Kräfte an. Zehntausende, darunter Kommunisten, Demokraten sowie Sympathisanten des Generales A. K. Qassims wurden verhaftet, gefoltert und viele sogar ermordet. Dieser Putsch wurde von den Feudalherren, den Stammesführern, den Erdöl-Monopolgesellschaften und von den Ländern USA, England und Frankreich unterstützt.

Seit 1968 führt das Regime eine zwiespältige Politik durch. Einerseits ist es despotisch und grausam in seiner menschenverachtenden Innenpolitik, andererseits öffnete sich das Regime in seiner wirtschaftlichen Außenpolitik nach Osten wie auch nach Westen. Dabei bezweckte das Regime dreierlei:

- durch eine terroristische Politik im Innland die oppositionelle Parteien und andersdenkende Menschen zu beseitigen und sie von der politischen Bühne des Landes zu verdrängen;
- die despotische und grausame Politik im Inland zu verschleiern und das Schweigen des Ostens und Westens zu erkaufen;
- ein Waffenarsenal zu schaffen.

Durch seine terroristische Innenpolitik kamen in der Zeit von 1972 bis 1980 Hunderttausende Menschen in die Gefängnisse. Es waren Mitglieder und Sympathisanten der KPI, der demokratischen und patriotischen religiösen Parteien sowie Angehörige von Minderheiten. Viele von ihnen wurden getötet. Gleichzeitig führte das Regime eine Aktion vornehmlich gegen schiitische Araber im Mittel- und Südirak sowie gegen die Faili-Kurden, bei der über 500.000 Menschen nach dem Iran deportiert wurden.

Im Jahre 1975 hat das Regime mit Unterstützung der USA einen Vertrag mit dem Schah in Iran abgeschlossen. Als Gegenleistung machte die irakische Seite Zugeständnisse im Grenzstreit im Süden Iraks. Die iranische Seite hat daraufhin ihre Unterstützung der Kurden im Norden des Landes eingestellt. Dadurch konnte die bewaffnete kurdische Befreiungsbewegung zerschlagen werden. Zehntausende Kurden, Männer, Frauen und Kinder, flohen nach dem Iran. Die zurückgebliebenen Kurden mußten sich ergeben und ihre Waffen an die irakische Regierung abliefern. Viele von ihnen landeten im Kerker oder wurden getötet.

In dieser Zeit begann das Regime zum ersten Mal sich stark hochzurüsten und ein Waffenarsenal anzulegen. Das Regime wurde bei seinen Bemühungen, Massenvernichtungswaffen zu erlangen, von Ländern wie USA, Frankreich, Deutschland und sozialistischen Länder ständig unterstützt. In der Zeit von 1976 bis 1990 hat das Regime mehr als 253 Milliarden US-Dollar für Militärzwecke ausgegeben.

Im Jahre 1979 übernahm Saddam Hussain die Alleinherrschaft im Lande. Gleich zu Beginn richtete er ein blutiges Massaker an vielen seiner Parteigenossen und an Mitgliedern der Führung an. 1980 entfachte Saddam Hussain einen Krieg gegen das neue Mullah-Regime im Iran. Dieser unsinnige Krieg dauerte ca. acht Jahre. Das Regime erhielt moderne Waffen sowie logistische, materielle und politische Unterstützung vieler Länder, hauptsächlich von den USA. Dieser Krieg forderte ca. eine Million Tote, noch mehr Verletzte und

viele Behinderte. Die Rüstungskonzerne und die waffenexportierenden Länder erzielten dabei Gewinne in Milliardenhöhe auf beiden Seiten, d.h. im Irak und im Iran. Die USA, die Sowjetunion, Frankreich, beide deutsche Staaten, Großbritannien, Spanien und andere Länder haben nicht nur Waffen geliefert, sondern auch neue Technologien für den Aufbau und die Produktion von traditionellen und Massenvernichtungswaffen.

Am 02.08.1990 überfiel Saddam Hussain Kuwait. Er wurde dazu indirekt von der USA-Botschafterin Frau April in Bagdad ermuntert. Kurz danach, am 06.08.1990, wurde durch den Sicherheitsrat der Beschluß Nr. 661 über das Embargo gegen den Irak gefaßt. Das Szenario eines zweiten Golfkrieges war somit vorprogrammiert.

Der zweite Golfkrieg begann am 16.01.1991 und dauerte nur 42 Tage. Er kostete dem irakischen Volk über 110.000 Soldaten und über 15.000 Zivilisten. 35.000 kamen durch das Regime bei der Zerschlagung des Aufstandes von 1991 ums Leben. Die Zerstörung Tausender Häuser, Schulen, über 100.000 Obdachlose und einige Hunderte von Milliarden US-Dollar Kriegsfolgen waren das Ergebnis.

In diesem Krieg haben die USA die modernsten traditionellen Waffen eingesetzt, auch mit Uran angereicherte Geschosse (D.U., depleted Uranium, Abfälle der Uran-Industrie). Infolge des Einsatzes dieser Waffen kam es zu einem Anstieg von Mißgeburten und neuen unbekanntem Krankheiten, besonders im Süden Iraks. Die US-Armee hat über 25.000 Bomben auf Städte und Dörfer des Irak abgeworfen. Durch den Krieg wurden auch 700 Erdölquellen in Brand gesteckt. Außerdem löste der Krieg im Irak eine Umweltkatastrophe aus, die unvorstellbar ist.

Das despotische Regime wird von der Mehrheit der Bevölkerung gehaßt und ist vom Volk isoliert. Saddam Hussain konnte sich bisher nur an der Macht halten, durch

- den ständigen militärischen Ausnahmezustand, der im Lande herrscht,
- die Existenz der fünf verschiedenen Geheimdienstapparate, die das Volk ständig überwachen und durch die Unterstützung der Baath-Partei sowie der regimehörigen Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen,
- die Existenz der Palastgarde und der Saddam-Kämpfer,
- den Schutz von Armeeeinheiten, die in Bagdad stationiert sind,
- das Bestehen verschiedener Unterdrückungs- und Foltermethoden. Ich denke hierbei an Erniedrigung der Menschen, Folterung bis zum Tode sowie die Vertreibung ins Ausland und schließlich
- seine Befehlsgewalt, denn Gesetze gibt es im Irak nicht.

Die Menschenrechte werden im Irak in zwei Richtungen grob und ständig verletzt - durch die Politik der irakischen Regierung und durch das fortgeführte Embargo, das 1990 vom UN-Sicherheitsrat beschlossen wurde.

Das heutige Regime in Bagdad ist ein menschenverachtendes Regime. Es ist mit dem Blut von Millionen Menschen behaftet. Man kann uneingeschränkt sagen, daß alle grundlegenden Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte enthalten sind, im Irak ignoriert werden - sowohl die politischen als auch die bürgerlichen Rechte.

Das irakische Volk ist nicht nur seiner grundlegenden Freiheiten beraubt, sondern auch seiner Rechte auf Leben, Freiheit, Würde und Sicherheit. Der Mensch ist in jedem Moment seines Lebens den Henkern des Regimes ausgeliefert. Im Jahre 1988 führte das Regime acht Monate lang Militäroperationen gegen das kurdische Volk und gegen nationale Minderheiten im irakischen Kurdistan durch. Hier wurden auch chemische Waffen eingesetzt. Dabei fanden 5.000 Menschen den Tod und viele wurden verletzt. Während dieser Operationen wurden außerdem über 182.000 Menschen verschleppt. Bis jetzt sind an verschiedenen Stellen im irakischen Kurdistan einige Massengräber gefunden worden. Weiterhin wurden 8.000 Menschen des Barasani-Stammes verschleppt und getötet.

Es kommt noch hinzu, daß die Wirtschaftspolitik der Machtelite in keiner Weise rational und gerecht ist. Diese Politik ist auf die Produktion und den Import von traditionellen Waffen ausgerichtet, anstatt Nahrungsmittel und Medikamente für das Volk einzuführen.

Die Regierung verkauft über den Schwarzmarkt große Mengen an Erdöl. Der erzielte Gewinn wird für die Rüstung, den Aufbau neuer Paläste und Moscheen sowie für die Elite und die Sicherheitsapparate ausgegeben.

Aufgrund dieser Politik und des Embargos befinden sich im Irak zur Zeit ca. 70 Prozent der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung in der Arbeitslosigkeit. Die Gehälter und Einkommen vieler Familien sind so niedrig, daß der Verdienst nur für einen Zeitraum von 10 bis 15 Tagen ausreicht. Manche Familien sind sogar gezwungen, ihre Kinder auf die Straße zu schicken, um etwas Geld zu verdienen. Für die Schule haben diese Kinder kaum noch Zeit.

Viele Familien verkaufen über illegale Wege ihre Organe an die Krankenhäuser, damit sie von dem Geld Medikamente und Nahrungsmittel kaufen können. Mehrere Familien haben sogar ihre Kinder verkauft, um einmal etwas Geld zum Leben zu erhalten und den Kindern vielleicht eine bessere Lebenschance zu geben.

Die Menschenrechte werden auch durch das Beharren der USA auf Fortführung des Embargos grob und ständig verletzt. Wenn man die Berichte der UNO verfolgt, wird man erkennen, daß im Irak von 1991 bis heute über 600.000 Kinder nur an den Folgen des Embargos gestorben sind. Viele alte bzw. kranke Frauen und Männer sind wegen Mangel an Nahrungsmitteln, Medikamenten, medizinischen Geräten und gesundheitlicher Fürsorge gestorben. Außerdem gibt es heute ca. eine Million Kinder und viele kranke und alte Menschen, die als Todeskandidaten betrachtet werden müssen. Die ehemalige US-Außenministerin Madelene Albright sagte, wenn jeden Monat 5.000 Kinder nur wegen des Embargos im Irak sterben, sei das ein erträglicher Preis, um das Embargo weiterzuführen.

Das Programm *Erdöl für Nahrungsmittel* sorgt nur für das Notwendigste der Menschen und auch nur für eine begrenzte Zeit von 15 Tagen im Monat. Für die restlichen Tage eines Monats muß jeder selbst die Waren auf dem Markt - und das zu hohen Preisen - kaufen. Kurz gesagt, die Lage der Menschen im Irak ist unerträglich und verschlechtert sich dramatisch.

Zur Zeit gibt es in den Reihen der Oppositionskräfte zwei unterschiedliche Meinungen und Haltungen dazu. Sie sind in bestimmter Hinsicht miteinander verflochten.

- Mehrere Parteien und Organisationen stehen an der Seite der USA. Sie sehen die Lösung des irakischen Problems wie folgt: Die Weiterführung des Embargos und die Durchführung eines Krieges im Irak ist die einzige Alternative, um das despotische Regime zu beseitigen. Bei der Durchsetzung ihrer Ziele interessieren sie sich nicht für die Folgen des Krieges - wie z.B. Hunderttausende Tote und Verletzte, Ruin des gesamten Landes, Zerstörung der Betriebe und Infrastruktur, Verschmutzung der Umwelt, Brennen der Erdölfelder und ein mögliches Chaos im Nahen Osten. Einige planen sogar, eine langfristige Besetzung des Landes durch die USA. Leider schließen sich viele Iraker sowohl im Irak als auch im Ausland diesem amerikanischen Vorhaben an, da sie sehr verzweifelt sind und keine Hoffnungen mehr haben.
- Mehrere irakische Parteien lehnen - vom Prinzip her - einen Krieg gegen das Land ab. Sie wollen Saddam Hussain beseitigen, aber nicht durch einen Krieg, der das Leben der Menschen auf das Spiel setzt. Sie sind davon überzeugt, daß der Sturz des Regimes die Aufgabe des irakischen Volkes und nicht George W. Bushs und seiner Administration ist. Sie benötigen dafür die Unterstützung und Solidarität der Weltgemeinschaft und der Weltöffentlichkeit, um das Regime zu stürzen.

Man muß sich folgende Frage stellen: Wird es einen Krieg geben? Jeder vernünftige Mensch wird auf Grund der heutigen Lage sagen: Es darf zu keinem Krieg kommen, weil

- er Hunderttausenden Menschen das Leben kosten würde,
- die Mehrheit der Menschen in der ganzen Welt, darunter auch die amerikanische Bevölkerung, gegen einen Krieg ist,
- die überwiegende Zahl der Staaten in der UNO und im Weltsicherheitsrat auch dagegen ist,
- die heutige Wirtschaftskrise in den USA noch mehr Menschen betreffen würde,
- die zugespitzte Lage im Nahen Osten sich weiter verschärfen und zu neuen Katastrophen führen könnte.

Aber alle Zeichen deuten darauf hin, daß der Krieg kommen wird. Wir dürfen den Kampf gegen den eventuellen sogenannte präventiven Krieg nicht aufgeben.

Kurz nach dem schrecklichen Verbrechen vom 11. September 2001 beschloß die Bush-Administration, einen Krieg gegen den Irak zu führen. Seitdem laufen die Vorbereitungen und die Mobilisierung der Streitkräfte in den USA und in England in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß auf Hochtouren. Dieser Krieg ist ein Bestandteil der neuen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strategie der USA im 21. Jahrhundert. Es scheint, daß die US-Administration und ihre Verbündeten nur das eine wollen, nämlich den Krieg.

Diese reale Einschätzung wird durch den Informationsbericht des Außenministers der USA Colin Powell vor dem Weltsicherheitsrat am 05.02.2003 und durch die Rede des Präsidenten George W. Bush am 06.02.2003 bestätigt. Die Informationen des Außenministers waren nicht neu, denn sie waren bereits seit langer Zeit bekannt. Die Inspektoren hatten die angegebenen Gebiete bereits vorher kontrolliert. Man kann sich die Frage stellen, ob nicht einige dieser Informationen manipuliert worden sind? Die Erfahrung aus dem zweiten Golfkrieg, aus den Kriegen im Kosovo, in Vietnam sowie in Afghanistan bestätigten den Verdacht einer Manipulation. Auch der Despot Saddam Hussain versucht durch Lügen seine Unschuld zu beweisen, aber er hat in der Welt seine Glaubwürdigkeit längst verloren.

Hier werde ich versuchen folgende Frage zu beantworten: Warum will die USA-Administration den Krieg führen - koste es, was es wolle? Nach meiner Analyse und Betrachtung wollen sie folgende Ziele erreichen:

- Sie versuchen, Embargos und Kriege als Mittel für ihre Bestrebungen nach Hegemonie in der Weltpolitik und nach Neuordnung der Welt einzusetzen.
- Ihre neue veränderte Strategie heißt: Durchführung eines präventiven Krieges. Dadurch wird die Menschheit jedoch in die Barbarei bzw. in das Mittelalter zurückgeworfen.
- Sie wollen einen Alleingang in der Weltpolitik und dabei die Rolle der UNO und des Sicherheitsrates ausschalten bzw. einschränken.
- Das gesamte Golf- und Nahostgebiet soll beherrscht werden, um dort ihre Politik diktieren zu können.
- Die Besetzung des Irak soll jahrelang andauern, weil sich der Irak in einer wichtigen geostrategische Lage im Nahen Osten befindet.
- Die völlige Kontrolle über das Erdöl - Förderung, Verteilung und Preise - sowie die Ausschaltung bzw. Liquidierung der OPEC sollen erreicht werden.
- Die Monopolisierung des Waffenexportes und die Ausschaltung aller anderen Konkurrenten im Nahen Osten ist das Ziel.
- Die USA bezwecken die Stilisierung dieses Krieges zu einem Präzedenzfall für das Vorgehen gegen weitere Länder - gegen die sogenannte *Achse des Bösen*.
- Der Krieg bietet eine gute Gelegenheit, die neuesten und modernsten USA-Waffen zu testen.
- Seit geraumer Zeit überlegen die Erdöl-Monopol-Gesellschaften und die amerikanische Regierung, wie sie sich von dem Erdöl Saudi-Arabiens unabhängig machen können, ohne aber auf darauf zu verzichten. Saudi-Arabien ist im Besitz von über 21 Prozent der gesamten Erdölvorräte der Welt. Dabei sollte das Erdöl im Irak eine wichtige Rolle spielen. Wie bekannt ist, besitzt Irak 11 Prozent der gesamten Erdölvorräte der Welt. Hinzu kommt, daß die Medien in der USA berichten, daß Saudi-Arabien in der gesamten Welt die islamischen Terroristen finanziell unterstützt. Seit den 80er Jahren wurden in Zusammenarbeit mit der USA und Pakistan die Terroristen vielseitig unterstützt.
- Der Irak eignet sich durch den laizistischen und offenen Charakter der Bevölkerung politisch und militärisch besser für die Nahost-Strategie der USA als der Gottesstaat Saudi-Arabien.

Warum sind Millionen Menschen gegen einen Krieg im Irak?

- Sie wissen genau, daß ein Krieg keine Probleme löst, sie eher kompliziert und neue schafft. Der Krieg darf grundsätzlich kein Mittel zur Lösung politischer, wirtschaftlicher und ethnischer sowie religiöser Probleme sein.

Außerdem ist der Sturz des irakischen Regimes einzig und allein die Aufgabe des irakischen Volkes und seiner oppositionellen Kräfte.

- Ein Krieg würde eine gewaltige Zerstörung der irakischen Wirtschaft, der Industrie und der gesamten Infrastruktur mit sich bringen. Noch katastrophaler würden die Folgen für die Bevölkerung ausfallen. Einige Beispiele dafür sind die Bombardierung von Hiroshima, Nagasaki, Dresden, Vietnam und Irak während des zweiten Golfkrieges sowie Jugoslawien und Afghanistan.
- Der Krieg gefährdet die Errungenschaften des kurdischen Volkes im irakischen Kurdistan, was einen Rückfall auf die Verhältnisse der Kurden in der Türkei und im Iran bedeuten könnte.
- Die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von chemischen und biologischen Waffen seitens des irakischen Regimes gegen das eigene Volk läßt sich bei einer Konfliktsituation genauso wenig ausschließen, wie die Verwendung geächteter Waffen seitens der USA.
- Der Krieg würde den gemeinsamen internationalen Kampf gegen den Fundamentalismus und Terrorismus nicht nur schwächen, sondern diesen schüren und ausweiten. Man muß betonen, daß der Krieg selbst der schlimmste Terrorakt gegen die Bevölkerung ist.

Wie kann die Weltgemeinschaft dem Volk des Irak bei der Beseitigung der Massenvernichtungswaffen, bei der Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten, bei der Leistung von solidarischem Beistand gegen die Diktatur helfen, ohne einen Krieg zu entfachen, der zu einem Inferno führen würde?

Am 14. Februar hat der Weltsicherheitsrat deutlich gezeigt, daß die Weltgemeinschaft keinen Krieg haben will, sondern eine friedliche Lösung des Problems anstrebt. Die überwältigenden Demonstrationen am 15. Februar in der Welt haben wieder einmal gezeigt, daß die Weltöffentlichkeit und die friedliebenden Menschen keinen Krieg wollen. Diese Tatsache müßte nun die Regierungen der USA und Englands zur Vernunft bringen und sie von ihrem kriegerischen Kurs abhalten.

Die Demonstrationen sind nicht gegen die amerikanische oder englische Bevölkerung gerichtet, sondern gegen die Falkenpolitik von Bush und Blair. Die Demonstrationen richten sich aber auch gegen das despotische Saddam Hussain-Regime und solidarisieren sich mit dem irakischen Volk für Frieden, Demokratie und Menschenrechte.

Ich stehe an der Seite der irakischen Kinder, Frauen und Männer sowie Millionen Menschen unserer Welt, die für folgende Ziele kämpfen:

- Die UNO-Inspektoren sollen mehr und genügend Zeit bekommen, die Suche nach den Massenvernichtungswaffen fortzusetzen.

- Ein Alleingang der USA bei der Lösung dieser Frage muß vermieden werden. Nur der Weltsicherheitsrat der UNO kann und muß das Problem friedlich lösen - durch die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, die Aufhebung des Embargos und die Herstellung von Demokratie und Menschenrechten.
- Die Umsetzung der UNO-Resolution Nr. 688 von 1991 nach der Einstellung des Terrors und der Wahrung der Menschenrechte im Irak ist zu fordern.
- Die irakische Opposition in ihrem gerechten Kampf für einen föderativen, demokratischen Irak auf der Basis der Prinzipien einer modernen zivilen und demokratischen Gesellschaft ist umfassend zu unterstützen.
- Eine internationalen Konferenz über den Irak unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und mit Teilnahme der irakischen demokratischen Opposition ist einzuberufen, um das despotische Regime friedlich zu überwinden und wahrhafte demokratische Verhältnisse zu schaffen, damit die Gefahren des Krieges und des Bürgerkrieges abgewendet werden können.

**Autor:** Prof. Kadhim Habib,

Berlin

Dr. Horst-Dieter Strüning

## Kritische Anmerkungen zum Diskurs US-amerikanischer und deutscher Intellektueller über das Thema *gerechter Krieg*\*

### Problemformulierung

Am 09.08.2002 veröffentlichte der Spiegel einen Artikel mit dem Titel *US-Brandbrief gegen deutsche Intellektuelle*. Gemeint war ein offener Brief, den 66 US-Intellektuelle unterzeichnet hatten - als Antwort auf einen offenen Brief von deutschen Intellektuellen, der Anfang Mai unter der Überschrift, *Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus*, veröffentlicht wurde.<sup>1</sup> Die deutschen Absender hatten auf ein erstes Schreiben der US-amerikanischen Seite geantwortet, in dem diese den Antiterror-Krieg der USA gegen Afghanistan als *gerecht* beurteilten. Zu den Unterzeichnern des offenen Briefes der deutschen Seite gehörten Persönlichkeiten wie der Psychoanalytiker H.-E. Richter, der Theologe F. Schorlemmer, der Rhetorikprofessor W. Jens, die Schriftsteller P. Rühmkorf, Ch. Hein und G. Wallraff. Die deutschen Intellektuellen hatten moniert, ihre US-amerikanischen Kollegen hätten in ihrem ersten Brief den *Massenmord* an viertausend afghanischen Zivilisten mit keinem einzigen Wort erwähnt<sup>2</sup>.

In ihrer Replik auf diesen offenen Brief Anfang August 2002 äußerten sich nun ihrerseits die US-amerikanischen Intellektuellen enttäuscht von der Haltung ihrer deutschen Kollegen, weil diese keine schlüssige moralische Position zur Frage des Gebrauchs von Waffengewalt gegeben hätten. Sie seien sich aber mit ihnen darin einig, daß es keine moralische Rechtfertigung für den entsetzlichen Massenmord am 11. September 2001 gebe.<sup>3</sup>

Im Rahmen des Spiegel-Berichterstattung über den *US-Brandbrief* präsentierte das Wochenjournal ein Bild, das die Zivilschäden in Afghanistan nach einem angeblich irrtümlichen Bombardement eines Wohnhauses in dem Dorf Kabarak im Juli 2002 dokumentieren sollte. Die Legende zu diesem Bilde endet mit

---

\* Vorliegender Redebeitrag wurde auf dem 7. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 23.11.2002 gehalten und kann aus technischen Gründen erst jetzt abgedruckt werden.

<sup>1</sup> Siehe Friedenspolitischer Ratschlag, in: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Terrorismus/antwort.html>, S 1-4.

<sup>2</sup> Siehe ebenda, S. 1.

<sup>3</sup> Siehe [http://propositiononline.com/html/is\\_the\\_use\\_of\\_force\\_ever\\_moral.html](http://propositiononline.com/html/is_the_use_of_force_ever_moral.html), S. 1.3.

der Frage: *Gibt es einen gerechten Krieg?* Diese Frage ist in der Tat das zentrale Problem in dem US-amerikanisch-deutschen Diskurs und der daran beteiligten Personen. Dabei hat sich diese allgemeine Frage konkret am Krieg der USA gegen Afghanistan entzündet.

### **Modalitäten des Diskurses**

Am 12.03.2002 veröffentlichten 58 US-Intellektuelle ein Manifest mit dem Titel *Wofür wir kämpfen*<sup>4</sup> und erklärten den *Krieg gegen den Terror*, der in Afghanistan seinen Anfang genommen hat, zum *gerechten Krieg*. Zu den Unterzeichnern des Manifestes gehören der Soziologe F. Fukuyama, der Kulturhistoriker S. P. Huntington, der Gesellschaftswissenschaftler A. Etzioni, der Philosoph M. Walzer, zahlreiche Religionswissenschaftler, Politologen und Völkerrechtler. Zu den Befürwortern der Antiterror-Kriege der US-Administration, die auch einen möglichen Präventivkrieg gegen den Irak für moralisch gerechtfertigt halten, gehört ebenso D. Blankenhorn<sup>5</sup>, der Gründer des Instituts für amerikanische Werte, eines Bush nahestehenden Think Tank.

Das Manifest löste in Deutschland lebhaftere Diskussionen aus, während die Reaktion in den USA verhalten war, so als wäre „der gerechte Krieg zur ethischen Selbstverständlichkeit“ geworden, wie die Süddeutsche Zeitung vom 11.04.2002 schreibt. Das Manifest scheint uns ein wichtiges zeitgeschichtliches Dokument zu sein, das zugleich die geistig-ideologische Verfaßtheit und Befindlichkeit eines nicht unerheblichen Teils der US-amerikanischen Geistes-schaffenden reflektiert.

Als Antwort auf das kämpferische Manifest erschien im April zunächst ein Brief von US-Bürgern *An unsere Freunde in Europa*<sup>6</sup> in dem 150 US-Wissenschaftler den Antiterror-Krieg der USA und dessen intellektuelle Befürworter kritisierten.

Zunächst hatte es den Anschein, als stünde die gesamte Öffentlichkeit in den USA hinter ihrem Präsidenten und seiner martialischen Politik, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 einen zeitlich unbegrenzten *Krieg gegen den Terrorismus* erklärt hatte. Nachdem der Krieg seine erste Etappe am 07.10.2001 nahm, als US-Flugzeuge mit britischer Unterstützung Afghanistan zu bombardieren begannen, hat G. W. Bush in der Zwischenzeit seinen Antiterror-Kampf auf weitere Schauplätze ausdehnen lassen. So operieren

---

<sup>4</sup> Siehe [http://www.propositionsonline.com/html.fighting\\_for.html](http://www.propositionsonline.com/html.fighting_for.html), S. 1-20 (=Manifest).

<sup>5</sup> Siehe <http://pewforum.org/events/print.php?EventsID=36>.

<sup>6</sup> Siehe Friedenspolitischer Ratschlag, in: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/intellektuelle2.html>, S. 1-5.

mittlerweile US-Militärs auf den Philippinen, in Georgien, im Jemen, im Per-sischen Golf und werden am Horn von Afrika von bundesrepublikanischen Marineverbänden unterstützt.

Im Januar 2002 nahm nun der US-Präsident Nordkorea, Irak und Iran ins Vi-sier mit der Unterstellung, diese *Achse des Bösen* beherberge Terroristen und produziere Massenvernichtungswaffen. Einen Monat später erhielt G. W. Bush die geistige Unterstützung für seinen Antiterror-Krieg von eben dem oben erwähnten kämpferischen Manifest jener hochangesehenen Intellektuel-len der US-Eliteuniversitäten und Braintrusts.

Knapp zwei Monate darauf meldete sich nun eine weitere Gruppe US-Intellektueller in einem offenen Brief *An unsere Freunde in Europa* und ging mit dem Antiterror-Krieg der US-Regierung hart ins Gericht. Zu den Unterzeich-nern dieses Briefes gehörten der Schriftsteller G. Vidal, der Historiker H. Zinn, der Physiker A. Sokal, der katholische Bischof Th. Gumbleton und die Wirtschaftswissenschaftler E. Hermann, M. Perelman und D. Baker.

Durch das Schreiben *An unsere Freunde in Europa* ermutigt, erfolgte dann am 02.05.2002 eine Antwort von 103 Intellektuellen aus Deutschland, die in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht wurde. Dieser offene Brief trug die Überschrift: *Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus*. In ihm wird betont, daß eine Welt solcher Qualität jedenfalls nicht durch Kriege kon-stituiert werden könne.

Auf diesen offenen Brief zur möglichen Verfaßtheit einer gerechten und friedlichen Welt kam nun am 08.08.2002 eine Antwort der den Afghanistan-Krieg der USA befürwortenden Intellektuellen aus den Vereinigten Staaten, die sich auf das Problem konzentrierte: *Ist die Anwendung von Gewalt moralisch gerechtfertigt?*<sup>7</sup>. Die US-Intellektuellen werfen der deutschen Seite vor, keinen konsistenten moralischen Standpunkt, sei er *pazifistisch* oder politisch *realistisch*, zur Frage des Gebrauchs von Waffengewalt zu beziehen.<sup>8</sup> Die deutschen In-tellektuellen seien darüber hinaus gleichgültig gegenüber den Gefahren, die von muslimischen Extremisten ausgingen und ergingen sich in anti-amerikanischer Rhetorik.<sup>9</sup>

Darauf kam am 25.09.2002 nun ein zweiter Antwortbrief von der *Koalition für Leben und Frieden* der deutschen Intellektuellen, die erneut Kritik an der Position des gerechten Krieges, wie sie im Kampf-Manifest und im Brief zur

---

<sup>7</sup> Siehe [http://propositionsonline ...](http://propositionsonline...), a.a.O.

<sup>8</sup> Siehe ebenda, S. 1.

<sup>9</sup> Siehe ebenda, S. 2.

moralischen Rechtfertigung von Gewalt durch die US-Intellektuellen präsentiert wird, übten.<sup>10</sup>

## Das Problem des gerechten Krieges

Läßt sich der Antiterror-Kampf des US-Administration und ihrer Verbündeten als gerechter Krieg begründen? Das ist das zentrale Problem des Diskurses der Intellektuellen von diesseits und jenseits des Atlantik. In der Präambel des Manifestes erklären die Unterzeichner es für eine Notwendigkeit einer Nation, sich mit Waffengewalt bzw. durch Krieg zu verteidigen.<sup>11</sup> Da aber Krieg eine schwerwiegende Angelegenheit ist, die das Opfern und das Auslösen wertvollen menschlichen Lebens einschließt, sei es eine Forderung des Gewissens (*conscience*) an diejenigen, die einen Krieg führen, klar die moralische Berechtigung ihrer Handlungen (*the moral reasoning behind their actions*) darzulegen. Dabei diene diese Rechtfertigung dem Zwecke, voreinander und vor der Weltgemeinschaft die zu verteidigenden Prinzipien (*principles*) zu klären.<sup>12</sup>

Die Autoren des Manifests versuchen von vornherein klarzustellen, daß es sich bei dem Antiterror-Kampf der Bush-Administration und ihrer Verbündeten in Afghanistan um einen Verteidigungskrieg handle. Verteidigt würden *wir selbst* und universale Prinzipien. Das Manifest versucht den Eindruck zu erwecken, daß es bei diesem Verteidigungskrieg weniger um politische, militärstrategische und ökonomische Zielsetzungen gehe, als vielmehr vorrangig um die Verteidigung ideeller Wesenheiten. Es spricht darum von fünf fundamentalen schützenswerten Wahrheiten, die allen Menschen unterschiedslos zukämen.<sup>13</sup>

Dabei stehe an der Spitze dieser Prinzipien der aus der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN im Artikel 1 stammende Grundsatz, wonach alle Menschen frei geboren und gleich im Hinblick auf ihre Würde und Rechte seien. Die zweite fundamentale Wahrheit betrifft den Grundsatz, daß der Mensch, verstanden als *Person*, das tragende Subjekt der Gemeinschaft sei. Das dritte Prinzip meint ein vorgeblich natürliches Bedürfnis der Menschen, nach Wahrheit zu suchen. Dabei erstrecke sich die Wahrheitssuche zum einen auf den Sinn des menschlichen Lebens und zum anderen auf letzte Ziele.<sup>14</sup> Das vorletzte Prinzip bezieht sich auf Gewissens- und Religionsfrei-

---

<sup>10</sup>Siehe <http://www.literaturhaus-muenchen.de/forum/beitrag.asp?ID=10>, S. 1 f.

<sup>11</sup>Siehe Manifest, S 1.

<sup>12</sup>Siehe ebenda.

<sup>13</sup>Siehe ebenda.

<sup>14</sup>Siehe ebenda.

heit - die unverletzlichen Rechte der Menschen als Person. Das letzte Prinzip schließlich hat es mit Tötungshandlungen im Namen Gottes zu tun, die im Widerspruch zum Glauben an Gott stünden und den größten Betrug an der Universalität des religiösen Glaubens darstellen.<sup>15</sup>

Der Verteidigungskrieg wird also - so sieht es das Manifest - in erster Linie um ideelle Werte geführt, deren Konstitutionshorizont ein grundsätzlich individualistisches, allerdings durch ein kommunitaristisches Regelwerk familiärer und nachbarschaftlicher Werte moderiertes Menschenbildkonzept, darstellt. Ein Kampf um materielle Werte wird schamhaft verschwiegen, jedenfalls übergangen, wenn es den Unterzeichnern konkret um das Eingeständnis geht: Zu gewissen Zeiten hat unsere Nation eine fehlgeleitete und ungerechte Politik verfolgt<sup>16</sup>

Wie sehen aber die Zwecke und Ziele konkret aus, und wie weist sich der Wertehorizont solcher fehlgeleiteten und ungerechten politischen Akte der US-Regierung, die mit der *Nation* gleichgesetzt wird, aus? Diese Ziele und Zwecke dürften sich wohl, wie der am 11.04.2002 in der Süddeutschen Zeitung von US-Intellektuellen *An unsere Freunde in Europa* veröffentlichte Brief klar und deutlich ausführt, aus der „Ausübung von wirtschaftlicher und vor allem militärischer Macht der USA im Ausland“ ergeben.<sup>17</sup>

Dieser angebliche Verteidigungskrieg hat es danach primär mit ganz unheiligen Geschäften des ökonomischen und militärischen Strebens nach Hegemonie - bzw. deren Erhalt in der Welt - seitens der USA-Regierung zu tun. In diesem offenen Briefe *An unsere Freunde in Europa* heißt es weiter: „Die meisten US-Bürger haben keine Ahnung, daß die Außenpolitik der USA nichts mit den bei uns so gefeierten *Werten* zu tun hat, sondern im Gegenteil oftmals dazu dient, Menschen in anderen Ländern die Möglichkeit vorzuenthalten, diese *Werte* ebenfalls zu genießen, sollten sie einmal den Versuch unternehmen, dies zu tun. Die Machtpolitik der USA hat in Lateinamerika, Afrika und Asien meist dazu gedient, die Überbleibsel der Kolonialherrschaft und verhaßte Diktatoren an der Macht zu halten, für die Wirtschaft dieser Länder verheerende wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen aufzuzwingen, repressive Militärkräfte zu unterstützen, unabhängige Regierungen zu stürzen oder durch Sanktionen in den Würgegriff zu nehmen, und als letztes Mittel Bom-

---

<sup>15</sup>Siehe ebenda.

<sup>16</sup>Siehe ebenda.

<sup>17</sup>Siehe <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/intellektuelle2.html>, S. 1.

ben und Raketen gegen sie loszuschicken, die Tod und Verderben auf sie herab regnen lassen.“<sup>18</sup>

Auffällig bei der Beschwörung der fünf *fundamentalen Wahrheiten*, diesen *allgemeingültigen Prinzipien* und *universalen Werten*, durch das Kampf-Manifest ist zweierlei: Einmal werden sie ohne Wenn und Aber zugleich als *American values*, amerikanische Werte, identifiziert. Zum anderen werden diese Werte primär nicht säkular, sondern als religiös-geistige Entitäten ausgelegt. In letzter Hinsicht nimmt daher der angebliche Verteidigungskrieg der USA mindestens tendenziell den Charakter eines Krieges zum Schutze höchster religiöser Güter, also die Qualität eines Religionskrieges an.

Sofern aber die religiöse Dimension im Sinne des Manifestunterzeichners Huntington den Kern der Kultur ausmachen soll, nimmt dieser vom Manifest befürwortete Krieg den Charakter eines Kampfes um höchste Kultur-, und Zivilisationsgüter der USA an. Letztlich tendiert die Manifest-Interpretation in Richtung des von Huntington konzipierten *clash of civilisations*. Dabei werden die ethischen Attribute von moralisch und amoralisch zu realen Wesenheiten des Guten und Bösen verdinglicht, von den Befürwortern des Manifestes asymmetrisch an die handelnden Akteure in der Welt verteilt. Dabei gehört die US-Administration, samt ihrer Verbündeten, - ungeachtet einiger Fehler - zweifellos zu den *Rechtschaffenen dieser Welt*.<sup>19</sup> Demgegenüber wird der Feindespool begrifflich widergespiegelt durch den Terminus *Islamismus*, wenn die US-Intellektuellen versuchen, differenziert über diese in vierzig Ländern agierende „gewalttätige, extremistische und radikal intolerante religiös-politische Bewegung“, die die *Welt* netzwerkartig bedrohe, zu reden.<sup>20</sup>

Wenngleich das Manifest weiß, daß die Trennungslinie zwischen *Gut* und *Böse* nicht zwischen der einen und anderen Gesellschaft oder zwischen der einen und anderen Religion verläuft, brauchen sie dieses zweistellige, variabel zu belegendes Prädikat, diese unterstellte Dichotomie kosmologischer und anthropologischer Reichweite - die Trennungslinie verläuft durch die Mitte jeden menschlichen Herzens - als Basis ihrer Rechtfertigung des Antiterror-Kampfes mit dem Auftakt in Afghanistan. Allerdings wollen die Unterzeichner des Manifests nicht den Anschein erwecken, es handele sich bei diesem Antiterror-Kampf um einen *Kreuzzug* zum Zwecke der Tötung und Besiegung anderer Menschen im Namen Gottes.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup>Siehe ebenda, S.2.

<sup>19</sup>Siehe ebenda.

<sup>20</sup>Siehe ebenda, S. 7 f.

<sup>21</sup>Siehe ebenda, S. 6.

Die religiöse Semantik ihres Präsidenten, der in Kreuzzugsmanier von der *Achse des Bösen* sprach, übergehen sie stillschweigend. Um so mehr sind sie überzeugt, wenn sie sich in Gottes Hand wähnen, diesen ihrerseits nicht in ein menschlichen Zwecken dienendes Idol verwandelt zu haben.<sup>22</sup> „Sektiererische christliche Gewalt“ in Form von Religionskriegen würde der Welt zum Unheil gereichen.<sup>23</sup> Das Manifest ist überzeugt, daß im Unterschied zur USA keine andere Nation in ihrer Geschichte ihre *Identität* so direkt und ausdrücklich mit den Menschenrechten verbunden hat.<sup>24</sup> Freilich verstehen die Unterzeichner des Manifests, wenn sie die universalen Menschenrechte mit den US-amerikanischen Values verwechseln, unter Menschenrechten primär individualistisch gedeutete Freiheitsrechte, die nicht mit den sozialen Rechten der Menschen verkettet sind. Dafür interessieren sie sich mehr für die Gemeinschaftswerte primärer Gruppen und Nachbarschaftsverhältnisse, die nach kommunitaristischer Auffassung die zentrifugalen gesellschaftlichen Fliehkräfte eines sozial entfesselten *uneingeschränkt souveränen Individuums* bändigen sollen.<sup>25</sup>

In der Anerkennung, daß jeder Krieg schrecklich und das Resultat politischen Versagens sei, entschließen sich die namhaften - gegenüber der Bush-Administration solidarisch eingestellten - Intellektuellen des Manifestes nicht nur Unterstützer des Afghanistankrieges zu sein, sondern darüber hinaus auch ein allgemeines Plädoyer für die Rechtfertigung eines gerechten Krieges geben zu wollen. Dabei berufen sie sich auf die *Vernunft* und die sorgfältige moralische Abwägung, welche sie lehrten, es gebe Zeiten, in denen es die „erste und wichtigste Reaktion auf das Böse“ sein müsse, es zu stoppen. Demnach gebe es Zeiten, in denen es nicht nur moralisch erlaubt, sondern moralisch geboten sei, Krieg zu führen - und zwar als Antwort auf unheilvolle Gewaltakte, Haß und Ungerechtigkeit.<sup>26</sup> Nunmehr sei es im Falle Afghanistan an der Zeit, dies zu tun.

Bei der Rechtfertigung dieses Krieges beruft sich das Manifest weniger auf säkulare Moraltraditionen als vielmehr auf eine breite religiöse Grundlage. Die „Wurzeln“ der Theorie des gerechten Krieges „finden sich in vielen Religionen, sei es der jüdischen, christlichen und moslemischen Lehre.“<sup>27</sup> Bei dieser religiösen Ableitung der *bellum iustum*-Konzeption landen die Autoren des

---

<sup>22</sup>Siehe ebenda, S. 4.

<sup>23</sup>Siehe ebenda.

<sup>24</sup>Siehe ebenda, S. 3.

<sup>25</sup>Siehe ebenda, S. 2.

<sup>26</sup>Siehe ebenda, S. 6.

<sup>27</sup>Siehe ebenda.

Manifests nolens volens dort, wo sie sich weder selbst noch den US-Präsidenten verortet wissen wollen: bei der radikal-islamistischen Rechtfertigung des Heiligen Krieges des Fundamentalisten Osama bin Laden. Denn aus den oben genannten Religionen läßt sich die Berechtigung, einen Krieg zu führen, nur dann ableiten, wenn eine fundamentalistische Interpretation der jeweiligen Religion vorgenommen worden ist.<sup>28</sup> Hierbei scheint es, wie W. Wolf betont, „kurios und dann doch wieder konsequent“, wenn die Verfasser des Manifestes ebenfalls die „moslemische Lehre“ als Fundament für einen gerechten Krieg reklamieren.<sup>29</sup> Sicherlich, so Wolf, könnten die Taleban-Schüler der Koran-Schulen in Pakistan, soweit sie nicht im Kampfe gefallen sind bzw. die Käfige von Guantánamo überlebt haben, eine solche Rechtfertigung des gerechten Krieges für akzeptabel finden.

### **Kriterien des *ius ad bellum* und *ius in bello***

Insofern sich die Autoren des Manifestes auf die Traditionslinie des gerechten Krieges beziehen, unterscheiden sie zwischen den *Kriterien des Rechtes zum Kriegseintritt (ius ad bellum)* und den *Kriterien des Rechtes im Krieges (ius in bello)*. Die ersten Kriterien entscheiden, ob es gerechtfertigt ist, einen Krieg anzufangen, die letzteren entscheiden über die Rechtmäßigkeit der Kriegsführung. Es werden in der Regel fünf Kriterien des *ius ad bellum* genannt:<sup>30</sup>

- Erstens muß ein gerechtfertigter Krieg einen gerechten Grund haben (*causa iusta*).
- Zweitens muß ein gerechter Krieg von einer legitimen Autorität (*auctoritas principis*) erklärt werden.
- Damit drittens eine Entscheidung, in den Krieg zu ziehen, gerechtfertigt ist, muß sie mit einer rechten Absicht (*intentio recta*) getroffen werden.
- Viertens darf ein gerechter Krieg nur das letzte Mittel (*ultima ratio*) sein.
- Schließlich muß ein gerechtfertigter Krieg eine *vernünftige Hoffnung auf Erfolg* haben.

Andererseits gibt es zwei Kriterien des *ius in bello*:

- Zum einen muß die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten eingehalten werden.

---

<sup>28</sup>Siehe W. Wolf, Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung, Hamburg 2002, S. 174.

<sup>29</sup>Siehe ebenda, S. 174 f.

<sup>30</sup>Siehe L. David, Kann es gerechte Kriege geben? Eine philosophische Auseinandersetzung am Beispiel des NATO-Einsatzes in Jugoslawien, in: <http://www.druckversion.studien-von-zeitf....Kann%20es%20gerechte%Kriege%20geben.htm>, S. 1-10.

- Zum anderen muß eine angemessene Verhältnismäßigkeit zwischen den Schäden und Kosten des Krieges und den guten, anzustrebenden Folgen bestehen.

Entsprechend der Theorie des gerechten Krieges kann ein Staat einen Krieg zu Recht nur beginnen und führen, wenn all diese Kriterien erfüllt sind.

Im folgenden werden wir versuchen zu entscheiden, ob der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan diesen Kriterien genügt, wie es die Autoren des Manifestes Glauben machen wollen. Ist dieser Antiterror-Kampf, der Auftakt für weitere ähnliche Aktionen, ein gerechter Krieg? Dabei soll sich der Ausdruck *iustum* sowohl auf den rechtlich-legalen Aspekt, die Legalität, als auch auf die moralische Dimension, die Legitimität des martialischen Handlungsmodus beziehen. Die Separierung zwischen dem *ius ad bellum* und dem *ius in bello* ist zunächst analytisch zu verstehen. Demnach sind im Sinne M. Walzers beide iura „logisch voneinander unabhängig“, denn es ist denkmöglich, „daß ein gerechter Krieg ungerecht ausgetragen wird oder daß ein ungerechter Krieg sich strikt an die Regeln (der Kriegsführung) hält.“<sup>31</sup>

### ***Zur causa iusta***

Hat der Afghanistan-Krieg der US-Administration einen gerechten Grund? U.E. nein, denn Afghanistan hat weder die USA noch einen anderen Staat angegriffen oder bedroht, was die Autoren des Manifestes auch nicht explizit unterstellen. Die Attentäter des 11. September waren größtenteils Bürger Saudi-Arabiens, jedenfalls keine afghanischen Staatsbürger. Die US-Regierung kann darum für ihr militärisches Vorgehen seit dem 07.10.2001 weder Notwehr oder Selbstverteidigung als Folge eines Angriffskrieges geltend machen, noch kann sie die Verteidigung eines Nachbarstaates als den rechtfertigenden Grund des Krieges angeben. Sie kann sich dabei nicht auf die Regularien der Vereinten Nationen berufen. Denn nach Artikel 2 der Satzung der UN sollen alle Mitglieder der UNO „in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete ... Androhung oder Anwendung von Gewalt“ unterlassen. Darüber hinaus ist es laut Artikel 1 dieser Charta ein Ziel der Vereinten Nationen, „Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken.“ Die Bombardierung Afghanistans durch US- und britische Flugzeuge entsprach aber der Definition einer *Angriffshandlung* oder eines *Aktes der Aggression*, weil sie die Souveränität Afghanistans verletzte. Darum sind wir der Ansicht, daß

---

<sup>31</sup>Siehe M. Walzer, *Gibt es den gerechten Krieg?*, Stuttgart 1982, in: S. Krause, K. Malowitz, M. Walzer, Hamburg 1998, S. 42 f.

dieser Krieg völkerrechtswidrig - illegal - war. Allerdings entscheidet das noch nicht die Frage, ob dieser Krieg auch unmoralisch - illegitim - war.

Nun ist aber unsere Verantwortung, Gesetze zu befolgen, nicht absolut, unbedingt - wie es der platonische Sokrates stets wollte. Wir haben manchmal sogar die moralische Pflicht, ein Gesetz zu übertreten. So gibt es - insbesondere auch in den USA - eine Tradition des zivilen Ungehorsams. Dort führte z.B. die Weigerung, Diskriminierung von Farbigen verlangende Gesetze zu befolgen, zur Änderung eben dieser Gesetze.

Andererseits ist das Prinzip der nationalen Souveränität nach wie vor von Wichtigkeit - auch in der Zeit weltweiter Globalisierung. Wenn es jedoch möglich gewesen wäre, das Leben von Abertausenden von Unschuldigen, z.B. vor den Gewaltakten der Taliban in Afghanistan zu schützen, dann wäre es vielleicht moralisch gerechtfertigt gewesen, in diesem Lande einzugreifen - und zwar ohne Erlaubnis der afghanischen Regierung und ohne eine Resolution des Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Die Autoren des Manifestes scheinen genau diese Rechtfertigungsstrategie für einen legitimen Krieg zu befolgen, wenn sie unter Berufung auf Augustins *Gottesstaat* betonen: „Die primäre moralische Rechtfertigung eines Krieges ist, Unschuldige vor sicherem Leid zu bewahren. Wenn jemand unbezweifelbare Beweise hat, daß Unschuldigen, die sich nicht selbst schützen können, schweres Leid droht, sofern der Aggressor nicht mit zwingenden Gewaltmaßnahmen gestoppt wird, dann verlangt der moralische Grundsatz der Nächstenliebe, die Gewalt einzusetzen.“<sup>32</sup>

Wenn also mit dem Schutz unschuldiger Menschen, wie man zunächst annehmen könnte, der Schutz friedlicher Afghanen vor den Taliban gemeint wäre, so ergäbe sich ein schwerverständliches Problem: Wie kann man Zivilisten überhaupt schützen, wenn man sie bei den durch den Krieg bewirkten geschlossenen Grenzen intensiv mit Splitterbomben und Flächenbombardements belegt oder aushungert? Nun haben sich allerdings die Bush nahestehenden Intellektuellen primär und konkret auf den Schutz US-amerikanischer Zivilisten vor Terroranschlägen verlegt, wenn sie in abstrakter Allgemeinheit von der Verteidigung Unschuldiger sprechen. Allein dieser Ratschlag ist zutiefst zweifelhaft, denn die massive und undifferenzierte Gewalt, wie sie die US-Armee in Afghanistan einsetzte, dürfte nur die antiamerikanischen Ressentiments weiter gesteigert haben - und das erhöht die Wahrscheinlichkeit weiterer Attentate gegen US- Bürger oder US-Einrichtungen.

---

<sup>32</sup>Siehe Manifest, S. 6.

### Zum Kriterium der *legitimen Autorität*

Das Manifest betont: Ein gerechter Krieg könne nur von einer legitimen Autorität geführt werden, die Verantwortung trägt für die öffentliche Ordnung - und meint damit konkret die Bush-Administration. Nichtstaatliche Instanzen, Individuen und Gruppen, seien nicht berechtigt, einen Krieg zu erklären. Andererseits darf aber auch der Weltsicherheitsrat - laut Artikel 42 der Charta der Vereinten Nationen - mit „Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen.“

Wenn über den Kriegseintritt eine legitime Autorität entscheiden soll, dann ist das Kriterium keinesfalls schon dadurch erfüllt, daß eine legitime, nach *westlichen* Vorstellungen demokratisch gewählte Regierung, die Entscheidung trifft. Vielmehr sollte eine solche Regierung repräsentativ-demokratischen Charakters auch sorgfältig die Argumente der Kriegsgegner prüfen. Diese Forderung hat schon im Mittelalter der bedeutendste Theoretiker des gerechten Krieges Francisco de Vittoria ausgesprochen. In den USA allerdings wurden diese Argumente bereits zu Beginn der öffentlichen Debatte unterdrückt, worauf am 19.09.2002 US-Intellektuelle und Persönlichkeiten aus Literatur und dem Medienbereich in einer ganzseitigen Anzeige in der New York Times unter dem Titel *Nicht in unserem Namen* aufmerksam gemacht haben.<sup>33</sup> Die Autoren des Manifestes andererseits haben die beginnenden Repressionen unter der Bush-Administration mindestens stillschweigend gebilligt. Ihre Forderung nach Gewissensfreiheit klänge um so glaubhafter, wenn die Redefreiheit in den USA nach dem 11. September voll wiederhergestellt wäre.

Gegenüber der Vorstellung, die Vereinten Nationen als legitime Autorität in punkto Kriegserklärung zu akzeptieren, reagiert das Manifest allergisch. Diese Auffassung ist aus zweierlei Gründen *problematisch*. Zum einen gehört die Vorstellung über ein internationales Gremium als legitime Autorität hinsichtlich der Entscheidung über Krieg und Frieden nicht zum alten Grundbestand der *Bellum-iustum*-Theorie. Zum anderen sei es „fraglich, ob ein internationales Gremium wie die UN der beste Richter sein kann, wann und unter welchen Bedingungen ein Waffeneinsatz als letzter Ausweg gerechtfertigt ist. Es könnte selbstmörderisch sein, die UN zu einer Schatten-Imitation eines Staates zu machen mit dem Ziel, den internationalen Gebrauch von Gewalt zu regeln

---

<sup>33</sup> Am 19.09.2002 erschien in der New York Times eine Anzeige, in der sich US-amerikanische Intellektuelle und Persönlichkeiten aus Film und Literatur gegen die kriegerische, imperialistische Außenpolitik und die innere Repression der Bush-Administration wandten. Der Aufruf trägt die Überschrift: *Nicht in unserem Namen*. Er nimmt Stellung gegen die von der politischen Führung gegebene simplifizierende Botschaft von *Gut versus Böse* zur Klassifizierung und Rechtfertigung des politischen Weltgeschehens.

...<sup>34</sup> Im Hintergrund einer solchen Auffassung steht der Unilateralismus der Hegemonialmacht USA, die um das unteilbare nationale Interesse als Achse des Guten kreist.

### **Zum Kriterium der *intentio recta***

Die Entscheidung zum Kriege ist nur dann moralisch gerechtfertigt, wenn die Absicht und die Zielsetzungen des Akteurs gut sind, d.h. wenn sie darauf abstellen, den Frieden zu fördern oder wiederherzustellen. Die Autoren des Manifestes unterstellen, daß die US-Administration mit ihrer Entscheidung zum Eintritt in den Krieg nicht auf nationalen Ruhm, auf Rache für erlittenes Unrecht oder auf Gebietserweiterung abzielt.<sup>35</sup> Sie leugnen jede anderen Absichten der USA, die nicht der Verteidigung dienen, und unterlassen es, über geostrategische Vorteile und die Aneignung von für die eigene Wirtschaft lebenswichtigen Ressourcen zu sprechen. Darüber hinaus halten sie die Zielsetzungen der US-Regierungen im Hinblick auf den Antiterror-Kampf für klar und legitimieren auch damit den durch ihre Regierung vollzogenen Eintritt in den Krieg als moralischen Akt.

### **Zur *ultima ratio***

Ein gerechter Krieg darf nur das letzte Mittel sein.<sup>36</sup> Alle anderen nicht-militärischen Mittel müssen ausgeschöpft worden sein. Solange politische Mittel zu einer nicht-gewaltsamen Lösung der Probleme bestehen, z.B. Verhandlungen, Appell an die Vernunft, Vermittlung Dritter usw., ist es nicht erlaubt, militärische Waffengewalt zu rechtfertigen. Dabei unterstellt das Kampf-Manifest, daß die US-Administration alle nicht-gewaltsamen Mittel ausgeschöpft hat.

Schließlich muß ein *bellum iustum* eine vernünftige Hoffnung auf Erfolg haben. Wenn keine hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß das gerechte Ziel des Krieges erreicht wird, ist es illegitim, moralisch verwerflich, Zerstörung und Vernichtung zu initiieren. Darüber hinaus müßten die Autoren des Manifestes, um die Aussicht auf Erfolg des gerechten Krieges richtig einschätzen zu können, zunächst einmal klare Vorstellungen davon haben, worin der Erfolg bestehen sollte. Ist es der Sieg über die Islamisten in Afghanistan? Besteht der Erfolg in der Einführung der universalen Prinzipien der Menschenrechte in Kabul? Ist es die Installierung einer US-hörigen, für ihre geostrategischen Belange offenen Regierung in der afghanischen Hauptstadt?

---

<sup>34</sup>Siehe Manifest, S. 16.

<sup>35</sup>Siehe ebenda, S. 6.

<sup>36</sup>Siehe ebenda.

Oder ist es der Aufbau einer angemessenen Infrastruktur und die Besiegung des Hungers in Afghanistan? Zielt der militärische Sieg auf die Abschaffung des Schadors und die Koedukation im Bildungsbereich? Über die Konsistenz dieser oder anderer Parameter und über ihre mögliche Hierarchie besteht bei den Unterzeichnern des Manifestes keine Klarheit. Ob der destruktive Mars wirklich das geeignete Mittel darstellt, um einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen, bleibt höchst zweifelhaft.

Das Manifest betont die einzuhaltende *Differenzierung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten*.<sup>37</sup> So darf man keine Nichtkämpfenden und nicht militärische Ziele mit Absicht vernichten und muß auch versuchen, ihnen nicht unabsichtlich zu schaden. Daß die Flächenbombardements aus großer Höhe, daß die abgeworfenen Splitterbomben und die sogenannten humanen Kollateralschäden dieses Kriterium legitimer Kriegsführung erfüllt haben, davon gehen die intellektuellen Apologeten der Bush-Administration stillschweigend aus. Der Krieg ist zudem nur dann moralisch zu rechtfertigen, wenn die Kriegsführung ein *verhältnismäßiges Mittel* ist, das wahrscheinlich nicht mehr Unheil, Unrecht und Übel schafft als es vorgibt, abzuwenden.

### Schlußbemerkung

Den Unterzeichnern des Manifestes erscheint summa summarum der Krieg in Afghanistan trotz *Arroganz und Chauvinismus* der Herrschenden moralisch gerechtfertigt. Feierlich und einstimmig erklären sie: „Im Namen der universalen menschlichen Moral und in vollem Bewußtsein der Begrenzungen und Anforderungen eines gerechten Krieges unterstützen wir die Entscheidung unserer Regierung und unserer Gesellschaft, Waffengewalt gegen sie - soll heißen organisierte, nach Massenvernichtungswaffen strebende Killer mit globaler Reichweite - (d.V.) einzusetzen.“<sup>38</sup>

Die ZEIT vom 21.02.2002 verneint kategorisch, daß es sich bei dem Manifest der 58 um eine Kreuzzugpropaganda handelt. Den Lesern überlasse ich es, sich darüber selbst ein Urteil zu bilden. So viel ist allerdings sicher, daß es im Manifest nicht um ein kritisches Abwägen der sieben Bedingungen für einen gerechten Krieg gegangen ist. Das Vorliegen der Bedingungen wird nicht sorgfältig geprüft, sondern einfach vorausgesetzt. Die *Bellum-iustum*-Theorie, sofern sie im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen überhaupt noch Sinn macht, dient hier nicht vorrangig der Begrenzung, sondern wird geradezu als Durchlauferhitzer martialischer Gewalt verwendet. Um so erfreulicher allerdings erscheinen uns die Aktivitäten des *anderen* Amerika und der deutschen

---

<sup>37</sup>Siehe ebenda.

<sup>38</sup>Siehe ebenda, S. 8.

Intellektuellen aus der *Koalition für Leben und Frieden*, die in schonungsloser Kritik die uneingeschränkte Solidarität mit dem im Weißen Haus angekommenen Fundamentalismus und seinen intellektuellen Ideologen aufgekündigt haben.

**Autor:** Dr. Horst-Dieter Strüning

Philosophielehrer und Friedensforscher, Bonn

Max Schmidt

## **Sicherheit durch Sicherheitsrat? Kann der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen demokratisiert werden?\***

Mit der aktuellen Politik der USA gegenüber dem Irak, dem Schwenk in ihrer Strategie zur militärischen Erzwingung eines Regimewechsels und der am 20.09.2002 proklamierten neuen *Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten (NSS 2002)* ist erneut auch die Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen<sup>1</sup> ins Blickfeld der internationalen Diskussion geraten.

Die Sicherheitsdoktrin *NSS 2002* stellt die sogenannte präventive Selbstverteidigung, also das Recht auf den präemptiven, vorwegnehmenden militärischen Schlag in den Mittelpunkt. Dies soll generell und speziell gegenüber dem Irak gelten, wobei die USA darunter auch die unilaterale gewaltsame Intervention durch sie verstehen.

Eine solche Strategie ist völkerrechtlich unzulässig und durch keinerlei internationales Recht vorgesehen. Dies hat insbesondere in Europa, mit Ausnahme in der Blair-Regierung, erheblichen Widerspruch und auch Widerstand hervorgerufen.

Vor diesem Hintergrund haben die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zwei Monate um eine gemeinsame Position hinsichtlich des weiteren Vorgehens gegen den Irak gerungen. Frankreich, Rußland und China widersetzten sich einem Automatismus des Übergangs der Politik zur Erzwingung der UN-Waffeninspektionen und der Abrüstung zum militärischen Schlag gegen den Irak und der Beseitigung des Saddam-Regimes und einem unilateralen Vorgehen des USA.

Die am 8. November 2002 einstimmig verabschiedete Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrates räumt dem Irak eine sogenannte letzte Chance für die vorbehaltlose Zusammenarbeit mit den UN-Waffeninspektoren und die Erfüllung seiner Abrüstungsverpflichtungen unter verschärften Auflagen und Bedingungen ein.<sup>2</sup> Von Gewaltanwendung, militärischen Sanktionen und

---

\* Vorliegender Beitrag wurde schriftlich nachgereicht.

<sup>1</sup> Siehe Textauszüge in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2002, Dokumententeil, S. 1505 ff.

<sup>2</sup> Wortlaut siehe ebenda, S. 1512 ff.

Regimewechsel ist nicht die Rede. Heißt dies, das Völkerrecht und der Sicherheitsrat spielen wieder eine größere Rolle?

Politische und publizistische Stimmen sind in Reaktion auf die Resolution und den Beginn der neuen Inspektionsrunde sehr geteilter Meinung. Die US-Administration hält an ihrer Sicherheitsstrategie laut *NSS 2002* unverrückt fest, die Vorbereitungen für den militärischen Aggressionsakt gegen den Irak sind angeblich abgeschlossen. Dementsprechend wird auch in konservativen Presseorganen weiter der unmittelbaren Gewaltanwendung das Wort geredet. Der Völkerrechtler Christian Tomuschat dagegen meint, mit der Resolution sei der „Sicherheitsrat gestärkt“ und „die Grundlage für einen Präventivkrieg“ entfallen.<sup>3</sup>

Meines Erachtens ist größte Skepsis angebracht. Die US-Strategie gilt nicht nur, sondern wird nach der Taktik des pragmatischen Multilateralismus - oder anders gesagt - eines *Multilateralismus a la carte* betrieben. Das heißt, multilaterales Vorgehen, also auch über den Sicherheitsrat, wenn es im amerikanischen Interesse liegt. Handlungsfreiheit bis zur unilateralen militärischen Aktion, wenn die multilaterale Präferenz die Interessen der USA *einengt*.<sup>4</sup>

Es gilt aber auch: Im Hinblick auf den Irak hat der Sicherheitsrat eine gewisse Chance, einseitiges Vorgehen der USA zumindest zu erschweren. Er hat „einen Fuß in der Tür“, wie Gerhard Stuby schreibt.<sup>5</sup> Viel hängt in dieser Richtung vom internationalen Druck ab. Und zwar auch vom Druck auf die irakische Führung und Saddam Hussain, sich der bedingungslosen Umsetzung der Resolution 1441 des Sicherheitsrates zu stellen, um einen Krieg zu vermeiden.

Über die weitere Entwicklung der Situation soll hier nicht spekuliert werden. In diesem Beitrag soll es vor allem darum gehen, Möglichkeiten und Probleme einer Demokratisierung und Reformierung des Sicherheitsrates zu untersuchen und Anregungen für eine progressive Haltung zu geben.

## **Sicherheitsrat demokratisieren**

In allen Reformvorschlägen für die UNO der letzten Jahrzehnte, seien sie aus der Mitte der Vereinten Nationen oder von beauftragten oder nichtbeauftragten Gremien gekommen, spielt die Änderung von Zusammensetzung, Struktur und Arbeitsweise des Sicherheitsrates eine große Rolle. Es gibt grundsätzlich internationalen Konsens über die Notwendigkeit von Veränderungen, aber zugleich auch starke Hemmnisse und eine Vielzahl unterschiedlicher

---

<sup>3</sup> Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.11.2002.

<sup>4</sup> Siehe H. W. Maull, in: Blätter für ..., a.a.O., S. 1467 ff.

<sup>5</sup> Siehe Gerhard Stuby, in: Blätter für ..., a.a.O., S. 1489.

Meinungen über Modalitäten und Zeiträume einer Reform des Sicherheitsrates. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Thema durch den Anspruch der Bundesregierungen auf einen ständigen Sicherheitsratssitz für die Bundesrepublik Deutschland - mal stärker, mal leiser artikuliert - zusätzlich angereichert.

### **Gründe für die Reform des Sicherheitsrates**

In erster Linie wird die grundsätzlich veränderte Weltsituation seit der Gründung der Vereinten Nationen vor rund 55 Jahren angeführt. So sagt Kofi Annan in seinem Millenniumsbericht: „Die Zusammensetzung des Rates, die auf der Machtverteilung und der Bündniskonstellation von 1945 beruht, trägt heute weder dem Charakter noch den Erfordernissen unserer globalisierten Welt richtig Rechnung.“<sup>6</sup>

Zweitens wird die Notwendigkeit einer deutlich stärkeren Berücksichtigung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Zusammensetzung des Sicherheitsrates betont.

Drittens wird die uneingeschränkte Privilegierung der jetzt fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates als Grund für Veränderungen angesehen.

Viertens werden die mangelnde Transparenz des Sicherheitsrates, oft sogar als Geheimdiplomatie bezeichnet, seine wenig demokratischen Verfahrensweisen sowie die fehlende Rechenschaft bzw. Kontrolle seiner Tätigkeit kritisiert.

Und schließlich wird die nicht genügende oder nur selektive Wahrnehmung der ihm übertragenen Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit hervorgehoben.

### **Verstärkte Reformdiskussion nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes**

Eine Reform- und Erweiterungsdiskussion gab es bereits zu Beginn der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, nachdem die Zahl der unabhängig gewordenen Staaten sprunghaft zunahm und die Zahl der UN-Mitglieder auf das Doppelte seit der Gründung angestiegen war. Relativ schnell und unkompliziert - weil die Rechte der ständigen Mitglieder nicht berührend - wurde 1963 durch die 28. Generalversammlung eine Erhöhung der Zahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates von sechs auf zehn vorgeschlagen, die nach Änderung der Charta gemäß Art. 108 Ende August 1965 in Kraft trat.

---

<sup>6</sup> Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, Millenniumsbericht 2000, UNIC, Bonn, Juni 2000, S. 66.

Ende der 70er Jahre eingebrachte Vorschläge - inzwischen betrug die Mitgliederzahl der Vereinten Nationen 152 - von Ländergruppen des Südens, noch einmal die Zahl der nichtständigen Mitglieder um vier oder sechs zu erhöhen, wurden nunmehr regelmäßig vertagt. Bei dann vierzehn bis sechzehn Nichtständigen und fünf Ständigen hätten sich zumindest in Verfahrensfragen die Gewichte verschoben.

Dies änderte sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Das Drängen nach Veränderungen wurde stärker. Es ging nun nicht mehr nur um mehr nichtständige, sondern auch um neue ständige Mitglieder. Das Veto-Recht der fünf Ständigen kam in die Kritik und ebenso die Arbeitsmethoden und Prozeduren des Rates. Der damalige Generalsekretär Boutros-Ghali wurde 1992 durch die Generalversammlung (GV) beauftragt, von den Mitgliedern schriftliche Stellungnahmen zu den aufgeworfenen Fragen einzufordern.

1993 wurde dann nach einer ersten Diskussion der Stellungnahmen von der 48. GV die Bildung einer *Offenen Arbeitsgruppe*<sup>7</sup> beschlossen, die seit dem an diesen Fragen arbeitet. Die Stellungnahmen der Mitgliedsländer erreichten bereits bis zum 50jährigen Jubiläum der Vereinten Nationen im Jahre 1995 die Zahl von 140. Dazu kamen die Anregungen von verschiedenen Kommissionen wie der sogenannten Weizsäcker-Kommission und der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik.

Trotzdem gelang es nicht, zu übereinstimmenden Auffassungen - oder gar zu Beschlüssen - zu kommen. Dies hat sich auch in den Jahren nach dem Jubiläum 1995 nicht geändert. Eine gewisse positive Bewegung wurde 1997 durch einen neuen Vorschlag des Vorsitzenden der genannten *Offenen Arbeitsgruppe* Razali Ismail (Malaysia) ausgelöst. In ihm wird die Erhöhung der Zahl der Sicherheitsratsmitglieder von 15 auf 24 (fünf neue ständige, aber ohne Veto-Recht und vier neue nichtständige Mitglieder) angeregt, wobei zwei der neuen ständigen Mitglieder aus Industriestaaten und je eines aus Asien, Afrika und Lateinamerika kommen sollten.

Diese, wie viele andere Anregungen auch, führten aber bisher leider nicht zum gewünschten Erfolg. So ist in der Resolution der Vereinten Nationen aus Anlaß des Millenniums-Gipfels im Jahre 2000 erneut lediglich enthalten, daß man den Beschluß treffe, sich „verstärkt darum zu bemühen, eine umfassende Reform des Sicherheitsrates in allen Aspekten herbeizuführen.“<sup>8</sup> Reform und

---

<sup>7</sup> Genaue Bezeichnung in Englisch: Open-Ended Working Group on the Question of Equitable Representation on the Increase of the Membership of the Security Council.

<sup>8</sup> Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, Übersetzungsdienst der VN, 13.09.2000.

Demokratisierung des Sicherheitsrates sind inzwischen zu einer Art unendlicher Geschichte geworden.

### **Hauptsächliche Hindernisse**

- In erster Linie ist hier die zögerliche - im Grunde sogar ablehnende - Haltung der jetzigen ständigen Ratsmitglieder, allen voran die USA, zu nennen, die keinerlei Einschränkungen ihrer Gründungsprivilegien hinnehmen wollen.
- Hinzu kommt die schwierige und komplizierte Prozedur einer Charta-Änderung, die für eine Reform des Sicherheitsrates erforderlich ist. Sie erfordert die Annahme der Änderung mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Generalversammlung und die Ratifizierung durch zwei Drittel der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen - einschließlich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates nach Maßgabe ihres Verfassungsrechtes.
- Des weiteren sind die Meinungen unter den Industriestaaten, unter den Entwicklungsländern verschiedener Regionen und unter den Mitgliedsländern insgesamt über die Änderung der Zusammensetzung, die Anwartschaften auf neue Sitze und die Frage des Vetos so unterschiedlich - und zum Teil gegensätzlich - , daß Kompromisse - oder gar eine Einigung - mehr als schwierig sind.<sup>9</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, daß der gegenwärtige Zustand über viele Jahre anhalten wird, die Reformdiskussion sich dementsprechend hinschleppt oder sogar scheitert.

### **Zur inhaltlichen Problemlage**

#### **Die Zahl der Mitglieder und die Zusammensetzung des Sicherheitsrates**

Ein wichtiges Problem besteht in der Zahl der Mitglieder und in der Zusammensetzung des Sicherheitsrates - oder anders ausgedrückt - in der Erweiterungsfrage. Es ist nahezu unbestritten, den Sicherheitsrat zu erweitern und die Zahl der ständigen und nichtständigen Mitglieder zu erhöhen. Dabei hat sich in den Vorschlägen weitgehend übereinstimmend herausgeschält, daß die Gesamtzahl von 26 Mitgliedern nicht überschritten werden sollte, um die Funktionsfähigkeit nicht zu gefährden.

Am weitesten verbreitet ist die Forderung nach einer Aufstockung auf 24 Sitze. Auch die USA haben durch ihren Ständigen Vertreter Holbrooke im Frühjahr 2000 im Reformausschuß erklären lassen, daß sie Vorschläge mit ei-

---

<sup>9</sup> Eine sehr informative Auswertung und Analyse der Stellungnahmen der Mitgliedstaaten enthält das Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Reform des VN-Sicherheitsrates, SPW-AP 2919, Juli 1995.

ner Zahl geringfügig über 21 prüfen würden.<sup>10</sup> Das würde bedeuten, die Gesamtzahl der Sitze um 9 bis 11, ausgehend von jetzt 15 Sitzen, zu erhöhen. Sie würden sich etwa in 5 ständige und 4 bis 6 nichtständige Mitglieder aufteilen, wohin die meisten Vorschlägen tendieren.

Wenig strittig ist auch die Forderung, die Länder der bisher nicht oder kaum vertretenen Kontinente Asien, Afrika, Lateinamerika plus Karibik stärker als ständige wie nichtständige Mitglieder - mit je einem Sitz beider Kategorien - zu berücksichtigen. Keine Einigkeit besteht jedoch darüber, welche Staaten aus diesen geographischen Regionen Kandidaten, insbesondere für eine ständige Mitgliedschaft, sein sollen.

Auf diese Tatsache geht deshalb auch die Anregung zurück, die neuen ständigen Sitze nicht einzelnen Staaten, sondern den genannten Regionen zuzuschlagen, wobei deren führende Mächte sich entweder auf einen Kandidaten einigen oder den Sitz abwechselnd, also im Rotationsverfahren, besetzen sollten.

Äußerst strittig ist auch, welche Industrieländer gegebenenfalls als weitere ständige Mitglieder in Frage kommen. Bekannt sind die Ambitionen von Japan und der Bundesrepublik Deutschland, die dies auch in den Vereinten Nationen mehrfach öffentlich kundgetan haben. Der deutsche Anspruch ist auf entschiedenen Widerspruch Italiens gestoßen, das überhaupt keine neuen ständigen Sitze will, und wenn, dann auch einen für Italien. Auch eine große Zahl anderer Mitgliedsstaaten ist unschlüssig, ob sie die Ansprüche der Bundesrepublik und Japans, vor allem im Zusammenhang mit dem von ihnen geforderten Vetorecht, hinnehmen sollen. In all diesen Fragen gibt es keine Entscheidung, und alles ist offen.

### **Die Erweiterung des Sicherheitsrates in Verbindung mit den Rechten neuer Mitglieder**

Das Vetorecht räumt den bisherigen fünf ständigen Mitglieder einerseits enorme Rechte - und damit Macht - ein. Nach der gegenwärtigen Praxis kann kaum eine bedeutende Entscheidung in den Vereinten Nationen ohne oder gegen sie getroffen werden. Das stellt andererseits gerade deshalb einen wesentlichen und fast allgemein vorgetragenen Streitpunkt dar und eine Veränderung ist Teil der Reformforderungen gegenüber dem Sicherheitsrat.

Daraus resultiert, daß die Erweiterungsfrage für zukünftige ständige Mitglieder aufs engste mit der Frage verbunden ist, ob ihnen ein Vetorecht zustehen soll, so wie den jetzigen ständigen Mitgliedern, oder ob es in irgendeiner Wei-

---

<sup>10</sup>Siehe Tagesspiegel vom 06.04.2000.

se eingeschränkt sein soll. Der Widerstand zur Gewährung des Vetorechtes für neue ständige Mitglieder geht - teils unterschwellig, teils offen - vornehmlich von den bisherigen Veto-Mächten aus. Ihre bisherige Privilegierung würde eingeschränkt. Die Einwände richten sich besonders gegen ein Vetorecht für neue ständige Mitglieder aus den Entwicklungs- bzw. Schwellenländern. Doch auch eine beträchtliche Zahl anderer Mitgliedsstaaten erhebt Einwände gegen die Zuteilung des Vetorechts für neue Mitglieder. In einer Situation, in der eigentlich die Einschränkung des Vetorechts auf der Tagesordnung stehe, werde es ausgeweitet. Sie befürchten damit eine noch größere Gefahr mißbräuchlicher Anwendung als bisher bzw. die Nutzung des Vetos zur Durchsetzung eigener politischer, militärischer und anderer Interessen. So würde es statt zu einer Verbesserung, eher zur Behinderung der Arbeit des Rats kommen. Diesen Befürchtungen kann man sich aus meiner Sicht anschließen.

Die widersprüchliche und eine Sicherheitsratsreform blockierende Situation hat dazu geführt, daß Erweiterungsmodelle mit neuen Kategorien von Sitzen präsentiert wurden:

Erstens, ständige Sitze ohne Vetorecht - so im Vorschlag von Razali Ismail, dem Vorsitzenden des Reformausschusses. Japan und die Bundesrepublik haben diese Form dezidiert abgelehnt, weniger deutlich auch Brasilien und Indien als mögliche Anwärter. Sie wollen einen Status quo minus gegenüber den anderen ständigen Mitgliedern nicht akzeptieren.

Zweitens, semi-ständige Sitze, die sich zwei oder drei Staaten im Rotationsverfahren - z.B. im zweijährigen Rhythmus - teilen, wobei die Zuteilung eines Vetorechtes offen gelassen oder verneint wird. Hier zeigen besonders mittlere Mächte ein großes Interesse wie Italien, Türkei, Argentinien, Ägypten, Spanien und Chile, die einen solchen Anspruch mit ihrer regional bedeutenden Position begründen und andererseits ihre globale Bedeutung nicht so hoch einschätzen, daß sie einen ständigen Vetositz durchsetzen können. Sprecher dieser Option ist vor allem Italien.

Drittens, quasi-ständige Sitze, bei denen für die Staaten das Wiederwahlverbot nach Artikel 23.2 der Charta aufgehoben wird, sie also wiederholt gewählt und für einen längeren Zeitraum Mitglieder des Sicherheitsrates werden können. Hieran sind die Staaten aus den bisher unterrepräsentierten Regionen Afrika, Asien und Lateinamerika interessiert.

Insgesamt zeigt sich, daß es für die verschiedenen Forderungen keine Mehrheiten gibt und auch für die nächste Zukunft keine Entscheidungen zu erwarten sind.

## **Das Vetorecht**

Die Reform des Vetorechtes ist - wie gesagt - eine nahezu einhellige Forderung innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen, wenn man von den jetzigen Veto-Mächten und einigen, die es gern werden wollen, absieht.

In der notwendigen Zuspitzung gehört dazu die Forderung nach Abschaffung des Vetorechtes, wie es besonders auch von einigen großen nichtstaatlichen Organisationen gefordert wurde oder wie es eine Reihe kleinerer Staaten wünschen.

Das Vetorecht ist ganz offensichtlich von den Gründern der Vereinten Nationen auch deshalb in die Charta aufgenommen worden, um zu verhindern, daß Maßnahmen der Friedenssicherung gegen den erklärten Willen wichtiger Mitglieder der Staatengemeinschaft und des Sicherheitsrates beschlossen und realisiert werden.<sup>11</sup>

Insofern ist das Vetorecht ein legitimes Mittel der Politik. Man könnte es auch als eine Art politisches Druckmittel bezeichnen, um Konsens und Kompromisse in Fragen der Bewahrung internationaler Sicherheit zu suchen. Dabei tut sich die Frage auf, ob es z.B. nicht ein Fehler war, daß Rußland und China im Sicherheitsrat ein Veto gegen eine UNO-Lösung des Kosovo-Konfliktes ankündigten. Ich teile die von dem deutschen Rechtswissenschaftler Norman Paech vertretene Auffassung, daß Rußland und China ihre Politik dahingehend gestalten sollten, daß sie die USA, Großbritannien und Frankreich bei der Lösung solcher Krisen wie im Kosovo im Sicherheitsrat nicht von der Kette lassen sollten.<sup>12</sup>

Das einleitend erwähnte zweimonatige Ringen um eine neue Irak-Resolution mit ihrer zumindest teilweisen Eingrenzung US-amerikanischer Interventionsabsichten bestätigt - bei aller Vorsicht und Skepsis - diese Auffassung. Wobei in diesem Falle auch Frankreich eine US-kritische Position vertrat. Es sollte dabei auch das chartawidrige Spiel der NATO-Vormächte, voran die USA, in Betracht gezogen werden.

Das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Vetorecht wird im Falle der Ankündigung oder Anwendung durch Rußland und China als mißbräuchlich ausgegeben, um die eigene Selbstmandatierung zum militärischen Eingreifen zu rechtfertigen. Schon 1993 war im NATO-Hauptquartier in Brüssel ein inoffizielles Memorandum der USA-Botschaft bei der NATO mit dem Ti-

---

<sup>11</sup>Siehe auch Bothe, Martenczuk, Die Nato und die Vereinten Nationen nach dem Kosovo-Konflikt, in: Vereinte Nationen, Heft 04/1999.

<sup>12</sup>Siehe N. Paech, Letzte Linie der Verteidigung, in: Neues Deutschland vom 24.09.1999.

tel, *Mit den Vereinten Nationen wenn möglich, ohne sie wenn erforderlich*,<sup>13</sup> im Umlauf. Darin wird eine dann im Kosovo-Krieg praktizierte Handlungsweise vorbereitet. Es heißt im Text: „Warum sollte eine Elite, die nominell das bevölkerungsreichste Land der Erde repräsentiert, in Wirklichkeit aber nur für sich selbst steht, sich der gleichen Veto-Macht erfreuen wie die Eliten, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangen sind, wie es in allen NATO-Staaten der Fall ist? Was für die klar undemokratische Volksrepublik China wahr ist, gilt kaum weniger für das nur auf kryptische Weise demokratische Rußland.“<sup>14</sup>

Das ist eine perfide Zurechtstutzung der Charta. So wird Völkerrecht zur Magd ideologischer Anschauungen. Meine Meinung ist deshalb: Zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen durch die internationale Öffentlichkeit sollte zusammen mit dem Verbot der Gewaltanwendung, dem Gewaltmonopol des Sicherheitsrates auch das Veto-Recht in dem Sinne gehören, daß es dieses Gewaltmonopol sichert. Es darf also nicht beliebig angewandt oder mißbraucht, sondern nur für den Fall von Maßnahmen nach Kapitel VII eingeschränkt gehandhabt werden.

### **Das Vetorecht begrenzen und relativieren**

Eine ganz andere Frage ist die Demokratisierung des Vetorechts. Unabhängig davon, ob man an der Forderung nach völliger Aufhebung des Vetorechts festhält, was legitimerweise vertreten werden kann, aber bei den gegenwärtigen Machtstrukturen illusorisch ist,<sup>15</sup> unabhängig auch von der von mir oben vertretenen Meinung, ist die schrittweise Eingrenzung und Konditionierung des Vetorechts notwendig. Auch dazu gibt es sehr brauchbare Vorschläge, sowohl aus den Reihen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen als auch aus den Reihen der Mehrzahl der NGO's,<sup>16</sup> die der Prüfung und Einführung wert sind:

- Die Reduzierung des Vetos auf Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta, die schon bei der Gründungskonferenz diskutiert und von den damaligen ständigen Mitgliedern abgelehnt wurden, aber unter den heutigen Bedin-

---

<sup>13</sup>Text bei: O. Nassauer, Junger Wein in alten Schläuchen, in: Vereinte Nationen, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Heft 04/1999, S. 136.

<sup>14</sup>Siehe ebenda.

<sup>15</sup>Siehe T. Debiel, Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Sonderdienst, 09/1995 und N. Paech, Interview mit junge Welt vom 16.09.2000.

<sup>16</sup>Siehe Declaration and Agenda for Action des Peoples Millenium Forum vom Mai 2000, englische Fassung vom 12.07.2000.

gungen neu geprüft werden sollte. Auf diesem Gebiet halte ich die Möglichkeit des Vetos im oben begründeten Sinne für unverzichtbar.

- Intensive Begründungspflicht für die Einlegung eines Vetos - evtl. auch vor der Generalversammlung. Es läßt sich dabei trefflich mit der Tatsache argumentieren, daß der Sicherheitsrat nach der Charta im Namen und Auftrag aller Mitglieder der Vereinten Nationen handelt, diese also einen Anspruch auf die Gründe eines Vetos haben.
- Freiwilliger Verzicht auf Veto oder Teilnahme an der Abstimmung oder auch verbindliches Verbot, wenn das Mitglied in einen Konflikt unmittelbar verwickelt ist.
- Das Doppel- oder Dreifach-Veto, d.h. es gilt nur, wenn zwei oder drei ständige Mitglieder die Zustimmung versagen. Dies sollte m.E. nicht bei Beschlüssen zu Kapitel VII gelten.
- Die Einschränkung jener Fragen, bei denen Zustimmung aller ständigen Mitglieder notwendig ist - z.B. Empfehlungen für die Wahl des Generalsekretärs, Aufnahme oder Suspendierung von Mitgliedern, Maßnahmen gemäß Artikel VI der Charta, also für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten.
- Die Möglichkeit, ein Veto durch qualifizierte Mehrheit in der GV zu überstimmen.

Den Vorschlag von Wissenschaftlern der UNO-Universität in Tokio,<sup>17</sup> zur Verhütung von Völkermord wie in Ruanda und im Kosovo das Vetorecht aufzuheben und allein eine Mehrheit der ständigen Sicherheitsratsmitglieder über bewaffnete Intervention entscheiden zu lassen, halte ich dagegen für sehr gefährlich. Er geht davon aus, daß die NATO moralisch richtig, aber juristisch falsch gehandelt habe, als sie ohne UNO-Auftrag militärisch in Jugoslawien intervenierte.

Um diesen Mangel zu heilen, soll künftig eben eine Mehrheitsentscheidung der fünf ständigen Mitglieder ausreichen, die juristische Grundlage für solches Handeln - auch der USA oder der NATO - zu schaffen. Dies wäre unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nur ein anderer Weg zur Selbstmandatierung der USA und der NATO für die Anwendung militärischer Gewalt. Auch aus diesem Grund halte ich es für richtig, daß bei Maßnahmen des Kapitels VII an der Veto-Regelung als einem Auftrag zum Kompromiß und einstimmigen Handeln festzuhalten ist.

Ohne Pessimismus verbreiten zu wollen, muß zu diesem Punkt abschließend gesagt werden: Es könnte wieder eintreten, was der peruanische Delegierte

---

<sup>17</sup>Siehe Süddeutsche Zeitung vom 22.03.2000.

auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen im Juni 1945 in San Franzisko erklärte: „Wir standen vor einem Dilemma, entweder eine UN mit Veto oder überhaupt keine UN.“<sup>18</sup> Diesmal könnte es heißen: Entweder unverändertes Vetorecht oder überhaupt keine Sicherheitsratsreform.

### **Transparenz und Prozeduren des Sicherheitsrates**

Gerade für die kleinen und mittleren Länder, die sich keine Chance ausrechnen, jemals als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat vertreten zu sein<sup>19</sup> sowie die von vielen nichtstaatlichen Organisationen<sup>20</sup> repräsentierte internationale Öffentlichkeit sind die Verbesserung der Arbeitsmethoden, die Transparenz, Information, Kommunikation - und in gewissem Maße - die Mitwirkung in Bezug auf die Arbeit des Sicherheitsrates ein wesentlicher Teil der Reformbemühungen. Es geht dabei vor allem um folgende Anliegen:

- Es muß eine bessere Information über die Arbeit des Sicherheitsrates gewährleistet werden. Obwohl hier durch rechtzeitige Vorlage von Materialien und Informationsaustausch zwischen Sicherheitsrat, Sekretariat und Generalversammlung einige kleinere Fortschritte erreicht wurden, ist der Zustand nicht befriedigend. Vor allem die fünf ständigen Mitglieder - und oft auch nur die USA, Großbritannien und Frankreich - praktizieren Geheimberatungen hinter verschlossenen Türen, von denen die anderen Mitglieder - und selbst der jeweilige Präsident des Sicherheitsrates - dann überrascht werden. Öffentliche Information über die informellen Beratungen der ständigen Mitglieder, des gesamten Sicherheitsrates und regelmäßige Unterrichtung aller Mitglieder der Vereinten Nationen gehören zu einer mehr transparenten Arbeitsweise. Zu überlegen wäre hier auch die Unterrichtung von Vertretern bei den Vereinten Nationen zugelassener NGO's in bestimmten Abständen über die Arbeit des Rates und bedeutende Entscheidungen.
- Weiter steht eine Verbesserung des Konsultationsmechanismus innerhalb des Sicherheitsrates und zwischen ihm und anderen Organen der Vereinten Nationen an. Dazu gehören u.a. regelmäßige Konsultationen zwischen Sicherheitsrats-Präsidenten, dem Präsidenten der Generalversammlung und den Vorsitzenden der Hauptausschüsse der Generalversammlung sowie den Vorsitzenden der Regionalgruppen der Vereinten Nationen, Konsultationsmechanismen im Hinblick auf alle Fragen, die mit Sanktionen

---

<sup>18</sup>Zitiert nach Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, a.a.O., S. 11.

<sup>19</sup>So in einem ausführlichen Positionspapier der Blockfreienbewegung vom 13.02.1995. Siehe Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, a.a.O., S. 28.

<sup>20</sup>Siehe Declaration ..., a.a.O., S. 16.

gemäß der Artikel 47 und 50 der Charta zusammenhängen unter Einbeziehung der Sanktionskomitees, Konsultationsregeln für alle mit UNO-Missionen verbundenen Fragen, ein effektiver Mechanismus, der Nichtmitglieder des Sicherheitsrates rechtzeitig über Dringlichkeitssitzungen in Kenntnis setzt.

- Es müssen klare Regeln über die Beteiligung von Betroffenen an Maßnahmen des Sicherheitsrates geschaffen und eingehalten werden. Von einer Maßnahme des Sicherheitsrates betroffene Länder sollten ihre Positionen vor dem Rat öffentlich darlegen und auch an informellen Konsultationen und Beratungen des Sicherheitsrates als Beobachter teilnehmen können. Gehört werden sollten auch die von Sanktionen direkt oder indirekt betroffenen Staaten. Die Artikel 31, 32 und 50 der Charta eröffnen diese Möglichkeiten.
- Eine Forderungen geht dahin, die Demokratisierung der Arbeitsmethoden und Verfahrensregelungen zu institutionalisieren. Darauf läuft insbesondere das Verlangen der Staaten der Blockfreien-Bewegung hinaus. Gemeint ist damit, Veränderungen auf diesem Gebiet nicht allein dem guten Willen und der Freiwilligkeit zu überlassen, sondern das in der Geschäftsordnung des Sicherheitsrates zu verankern, die bis zum heutigen Tag eine zwar verbindliche, aber immer noch vorläufige Geschäftsordnung ist.<sup>21</sup>
- Es wird die Forderung erhoben, den Sicherheitsrat einer Kontrolle durch die Generalversammlung zu unterstellen. Sie findet sich in den Vorschlägen der verschiedenen Kommissionen, die sich mit der Reform der Vereinten Nationen befaßt haben und wird auch von NGO's erhoben, wengleich sie nicht in Stellungnahmen von Mitgliedsstaaten zur Sicherheitsratsreform enthalten ist.

Nach meiner Auffassung ist dieses Begehren durchaus legitim, denn der Sicherheitsrat agiert gewissermaßen als Legislative, Exekutive und Judikative in einer Institution. Die Regelung des Artikels 24.3 der UN-Charta, daß der Sicherheitsrat der Generalversammlung Jahresberichte und erforderlichenfalls auch Sonderberichte zur Prüfung vorlegt, reicht bei weitem nicht aus, um die Generalermächtigung zu kompensieren, die von den Vereinten Nationen im Artikel 24.1 ausgesprochen wird, daß der Sicherheitsrat in ihrem Namen handelt.

Eine Kontrolle ist mehr als gerechtfertigt, wobei diese nur Sinn macht, wenn die Vollversammlung den Sicherheitsrat überstimmen oder an seiner Stelle bei der Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit handeln kann. Eine solche Forderung ist allerdings angesichts einer so gravierenden Verän-

---

<sup>21</sup>Siehe Arbeitspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, a.a.O., S. 28-30.

derung des gesamten Chartagefüges und der internationalen Machtverhältnisse nur als auf lange Sicht angelegt zu verstehen. Ob die 1950 unter der Bedingung einer Blockade des Sicherheitsrates von der Generalversammlung angenommene sogenannte *Uniting-for-Peace-Resolution* in diesem Sinne interpretiert werden kann, bedarf sicher einer weiteren völkerrechtlichen Prüfung. Mit dieser Resolution verlieh sich die Generalversammlung seinerzeit das Recht, den UN-Mitgliedern notfalls selbst Empfehlungen - keine verbindlichen Anordnungen - für Kollektivmaßnahmen zu erteilen, wenn der Sicherheitsrat blockiert war.<sup>22</sup>

Anders sieht es mit der Forderung nach Überprüfung von Sicherheitsratsentscheidungen durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) aus. Diese Forderung ist bereits auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Franzisko erhoben und abgelehnt worden. Eine solche generelle Kompetenz ist also nicht gegeben. Eine Entwicklung dahin ist als langfristige Forderung zu verstehen. Möglich aber wäre eine Überprüfung von Sicherheitsratsentscheidungen als Teil eines konkreten Verfahrens, in dem der IGH eine Jurisdiktion hat und eine Sicherheitsratsresolution bewerten muß. Auch diese Frage wäre völkerrechtlich weiter zu untersuchen.

### **Deutscher Sitz im Sicherheitsrat?**

Das Streben nach einem ständigen Sitz der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat ist nach der staatlichen Vereinigung mit ziemlicher Energie und bei ständiger Suche nach Unterstützung und Fürsprache in den Vereinten Nationen vorgetragen worden. Unter den CDU/CSU/FDP-Regierungen war das oft mit krankhaftem Ehrgeiz behaftet. Seit der sozialdemokratisch geführten Regierung wird eine solche Forderung weniger laut, aber nichtsdestoweniger mit deutlicher Sprache vertreten.

Als Gründe werden die gewachsene politische Verantwortung Deutschlands, seine Position als führender Industriestaat, seine langjährige aktive Politik innerhalb der Vereinten Nationen, seine Rolle als drittgrößter Beitragszahler - und nicht zuletzt - seine bedeutende, oft führende Rolle bei sogenannten friedenserhaltenden Missionen mit militärischen Mitteln angeführt. Dabei wird die Beteiligung an Militäraktionen, für die das Bundesverfassungsgericht den Weg frei machte, geradezu als Eintrittskarte in den Sicherheitsrat als eigentliches Machtzentrum der Vereinten Nationen betrachtet.

Gleichberechtigt in diesem Machtzentrum mitzumischen, darin liegt die eigentliche Motivation der herrschenden politischen Klasse. Der Anspruch auf

---

<sup>22</sup>Siehe Unser, Wimmer, Die Vereinten Nationen - Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn 1995, S. 41.

einen ständigen Sitz ist mit dem Beharren verbunden, das volle Vetorecht wie die bisherigen ständigen Mitglieder zu bekommen.

Gegen einen ständigen Veto-Sitz wird von Kritikern der Außen-, Sicherheits- und UNO-Politik der Bundesrepublik u.a. vorgebracht, daß damit dem Wiedererstehen von Großmachtpolitik nicht nur nicht Einhalt geboten, sondern es durch eine so privilegierte Stellung noch gefördert werde. Westeuropa würde dann nicht nur zwei, sondern drei ständige Sitze haben, und die Dominanz gegenüber anderen Regionen würde sich noch vergrößern. Die Tendenz zu stärkerem militärischen Wirken der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen würde sich durch eine engere Einbindung in militärische Interventionen gegenüber heute noch verstärken. Das Beharren auf einem deutschen Veto-Sitz erschwere zudem die Reform des Sicherheitsrates.

Die Reform-Diskussion in den Vereinten Nationen hat inzwischen klar gemacht, daß die Position der Bundesrepublik zu einem wesentlichen Hindernis für Fortschritte und für ein absehbares Ergebnis der Reform des Sicherheitsrates geworden ist. Mittlere Mächte wie Italien sprechen sich gegen einen ständigen Sitz der Bundesrepublik aus oder fordern das gleiche Recht. Viele Entwicklungsländer fürchten eine weitere Verfestigung der Vormacht der Industriestaaten im Rat. Länder aus anderen Regionen verweisen auf die schon jetzt vorhandene Eurozentrierung, die sich verstärken würde und die beiden westeuropäischen ständigen Ratsmitglieder Großbritannien und Frankreich behalten ihre Vorbehalte für sich, während sie verbal ab und zu als Befürworter auftreten.

Es ist wiederholt von NGO's, wissenschaftlichen Einrichtungen und seitens linksliberaler Politik<sup>23</sup> die Forderung aufgestellt worden, anstelle eines ständigen Sitzes für die Bundesrepublik einen solchen für die EU anzustreben. Man kann eine solche Auffassung als eine Vision vertreten. Angesichts der definitiven Absage Großbritanniens und Frankreich an ein derartiges Modell halte ich seine Umsetzung in einer absehbaren Zeit für nicht realisierbar.

Es würde dem Anliegen einer zivilen Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik und auch der demokratischen Reform der Vereinten Nationen im allgemeinen und des Sicherheitsrates im besonderen dienen, wenn die Bundesrepublik Deutschland *expressis verbis* auf den Erwerb einer Stellung als ständige Veto-Macht im Sicherheitsrat verzichten und auf diese Weise für schnellere Fortschritte der Reform wirksam werden würde.

## Zusammenfassung

---

<sup>23</sup>Siehe Thesen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen „Prioritäten für eine deutsche UN-Politik“, Bonn, November 1995.

Aus der bisher vorgenommenen Analyse könnte die Position linker Politik zu einer prinzipiellen demokratischen Reform des Sicherheitsrates wie folgt bestimmt werden:

- Es geht um eine Reform des Sicherheitsrates mit dem Ziel, seine Rolle als Hauptorgan zur Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, bei der Rüstungsregulierung und Abrüstung, bei der friedlichen Streitbeilegung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts und bei der Wahrung des Prinzips des Gewaltverzichts in den internationalen Beziehungen und der Durchsetzung des Gewaltmonopols entsprechend der Charta der Vereinten Nationen zu stärken.
- Sie wendet sich dagegen, daß der Sicherheitsrat - gleich durch welchen Staat und welche Staatengruppe - zur Durchsetzung eigener strategischer, politischer, militärischer oder sonstiger Ziele instrumentalisiert wird. Dies gilt unter den heutigen Bedingungen besonders für die USA und das Militärbündnis NATO, die den Sicherheitsrat dazu degradieren wollen, ihrem Vorgehen den Anschein der Legitimität zu verschaffen.
- Um die Legitimität des Handelns des Sicherheitsrates im Namen der Vereinten Nationen zu erhöhen, setzt sie sich für eine repräsentative Erweiterung des Sicherheitsrates ein, die den veränderten Weltbedingungen, dem heutigen Stand der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, der gewachsenen Rolle bedeutender Entwicklungs- und Schwellenländer und einer angemessenen geographischen Verteilung der Sitze entspricht. Die Erweiterung sollte ständige und nichtständige Mitglieder erfassen.
- Sie plädiert eindeutig für neue ständige Sitze für Länder aus den gegenwärtig völlig unterrepräsentierten Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika/Karibik. Welche Länder aus diesen Regionen als ständige Mitglieder in den Sicherheitsrat einziehen, sollte Übereinkünften der Staaten dieser Regionen vorbehalten sein wie auch die Entscheidung darüber, ob die Sitze permanent oder in einem Rotationsverfahren zu besetzen sind. Die Festlegungen über die Erweiterung in der Charta sollten beide Möglichkeiten einräumen. Die Erweiterung der Zahl der nichtständigen Sitze müßte vor allem mittleren und kleineren Staaten aus den Reihen der Entwicklungsländer und aus Osteuropa zugute kommen.
- Linke Politik sollte außerdem die Auffassung vertreten, daß bei den Kandidaturen für den Sicherheitsrat „in erster Linie der Beitrag von Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Verwirklichung der sonstigen Ziele der Organisation“ zu berücksichtigen ist, wie es ausdrücklich der Artikel 23 der Charta vorschreibt.

- Das Vetorecht sollte darauf ausgerichtet sein, mißbräuchliche Entscheidungen zu verhindern und das Gewaltmonopol des Sicherheitsrates im Sinne der Charta zu bewahren und durchzusetzen. In diesem Sinne ist eine Reduzierung auf Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta anzustreben. Unter diesen Bedingungen wäre auch neuen ständigen Mitgliedern das Vetorecht zuzugestehen. Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich sind wegen ihrer die Einstimmigkeit auflösenden und das Vetorecht aushebelnden Wirkung nicht für eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse geeignet. Weitere Forderungen nach Modifizierung und Begrenzung des Vetorechts wie Begründungspflicht, freiwilliger Verzicht auf Veto und Abstimmung bei Verwicklung im zur Rede stehenden Konflikt, Einschränkung der Fragen, bei denen Zustimmung aller ständigen Mitglieder gefordert wird, sollten sorgfältig geprüft und im Sinne der Verbesserung der Arbeit des Rates und der Vereinten Nationen generell umgesetzt werden.
- Eine Demokratisierung der Tätigkeit des Sicherheitsrates ist des weiteren auf die Entscheidungsfindung, stärkere Information und Transparenz seiner Arbeit, Regeln für Konsultationen und Teilnahme von Betroffenen, Rechenschaft gegenüber der Generalversammlung - wie Begründungspflicht und Kontrolle - und die Rechtsbindung von Entscheidungen zu richten. Solche Veränderungen müssen in der Geschäftsordnung des Sicherheitsrates verankert werden.
- Für die deutsche UNO-Politik sollte gelten: Die Bundesrepublik Deutschland verzichtet definitiv auf einen ständigen Sitz mit Veto-Recht im Sicherheitsrat und erleichtert auf diese Weise die anstehende Reform dieses Hauptorgans der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.
- Die ständigen Mitglieder Frankreich und Großbritannien sollten in stärkerem Maße abgestimmte europäische Interessen - und damit auch die Meinung anderer europäischer Staaten im Sicherheitsrat - vertreten. In diesem Sinne könnte die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* auch zu einem Instrument abgestimmter europäischer UNO-Politik werden. Ob aber die Entwicklung dahin führt, daß die EU einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat einnimmt, kann heute nicht definitiv beantwortet werden. Man kann diese Forderung vertreten, doch wird darüber die künftige Entwicklung Europas und auch die Haltung der jetzigen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Großbritannien und Frankreich entscheiden.
- Der Verzicht auf einen ständigen Sicherheitsratssitz bedeutet nicht, den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen zu schmälern. Im Gegenteil. Der konstruktive, auf die Interessen der Bundesrepublik - wie aller anderen Staaten

und Völker - orientierte Beitrag könnte vor allem darin bestehen, daß die Bundesrepublik mit konkreten politischen Initiativen auf den wesentlichen multilateralen Politikfeldern mit Augenmaß, Selbstbeschränkung und Bescheidenheit auftritt. Eine Politik des positiven Beispiels der zivilen Problem- und Konfliktlösung ist die gefragte Alternative.

**Autor:** Prof. Dr. Max Schmidt,

Mitglied der Leibniz-Sozietät in Berlin

Ernst Woit

## Das Gewaltverbot der UNO-Charta und die aktuelle Praxis der UNO

Die aktuelle Situation ist wesentlich dadurch charakterisiert, daß die USA-Regierung vom UNO-Sicherheitsrat einen Angriffskrieg gegen den Irak legitimiert haben möchte, während andere Regierungen die Verhinderung eben dieses Krieges legitimiert haben wollen. Dabei berufen sich die Vertreter beider Positionen auf ein und dasselbe Dokument: die Resolution 1441 des Sicherheitsrates, das seinem Wesen nach ein sehr unterschiedlich interpretierbares Kompromiß-Papier ist. Allein schon daran wird deutlich, wie groß die Gefahr einer Irritation ist, wenn man sich im Kampf um die Verteidigung des Friedens wesentlich an Beschlüssen des UNO-Sicherheitsrates orientiert. Auf diese Gefahr muß vor allem deshalb hingewiesen werden, weil die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates seit dem Ende der Block-Konfrontation tendenziell eine immer geringere Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Normen der UNO-Charta haben.

### Negierung des Gewaltverbots der UNO-Charta

Gewalt in den internationalen Beziehungen anzuwenden oder auch nur anzu-drohen, ist laut UNO-Charta eindeutig verboten. So heißt es im Artikel 2 der Charta, der die Grundsätze festlegt, nach denen die Mitgliedstaaten der UNO zu handeln haben: „Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.“(2.3) „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede sich gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“(2.4).

In voller Übereinstimmung damit bestimmt Artikel 26 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Entsprechend dieser völkerrechtlichen Normen bestimmt das *Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge* vom 23.05.1969 als Konsequenz für das Vertragsvölkerrecht in Art. 52: „Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Beschluß durch Androhung oder

Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts herbeigeführt wurde.“

Wir erleben seit Monaten, wie die USA-Regierung eklatant gegen diese grundlegenden Normen des Völkerrechts verstößt, indem sie den Irak mit einem Angriffskrieg bedroht und dazu inzwischen auch gemeinsam mit Großbritannien ihre Streitkräfte für den Überfall disloziert hat. Das geschieht nicht nur ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates, sondern auch, ohne daß der UN-Sicherheitsrat diesen offenkundigen Verstoß gegen *die* grundlegende Völkerrechtsnorm der UN-Charta kritisiert oder verurteilt.

Angesichts der immer intensiveren Bemühungen der USA-Regierung, für ihren auf Unterwerfung und Besetzung des Irak zielenden Angriffskrieg doch noch das Mandat des UN-Sicherheitsrates zu erhalten, muß die Friedensbewegung ihre Anstrengungen zur Verhinderung dieses Krieges noch erheblich verstärken. Vor allem darf sie sich nicht durch die Tricks irritieren lassen, mit denen Politiker und Ideologen des USA-Imperialismus gegenwärtig im UN-Sicherheitsrat eine Resolution durchzusetzen versuchen, die ihren lange geplanten Krieg gegen den Irak so oder so legitimiert.

## **Präzedenzfall Golfkrieg II**

Zur Verhinderung des nun drohenden *Golfkrieges III* kann die genaue Erinnerung daran hilfreich sein, mit welchen Mitteln die USA seinerzeit eine Legitimierung des *Golfkrieges II* durch den UN-Sicherheitsrat erreicht haben und wieviel Zeit dafür erforderlich war.

Erinnern wir uns: Am 02.08.1990 überfielen irakische Truppen Kuwait und besetzten es. Noch am gleichen Tag beschloß der UN-Sicherheitsrat seine Resolution 660, die den unverzüglichen und bedingungslosen Rückzug der irakischen Streitkräfte forderte. Am 06.08.1990 nahm der Sicherheitsrat die Resolution 661 an, in der umfassende wirtschaftliche und handelspolitische Sanktionen gegen den Irak verhängt wurden. Diese Resolution 661 dient bis heute der Legitimierung der Wirtschaftssanktionen gegen den Irak.

Am 12.08.1990 forderte der Irak als Verhandlungsbasis die Durchsetzung aller UN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt, womit vor allem die UN-Resolutionen gemeint waren, die Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten auffordern. Damit befaßte sich der UN-Sicherheitsrat natürlich nicht. Es dauerte nun noch fast vier Monate, ehe sich der UN-Sicherheitsrat am 29.11.1990 mit seiner Resolution 678 auf eine als Kriegslegitimation interpretierbare Formulierung einigte, indem er „die Mitgliedstaaten, die mit der Regierung Kuwaits kooperieren, ermächtigte, alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 Geltung zu verschaffen“. Am 17.01.1991 begannen die

schweren Bomben- und Raketenangriffe auf den Irak, die länger als einen Monat anhielten, ehe schließlich am 24.02.1991 die Bodenoffensive begann.

Hauptursache dafür, daß der UN-Sicherheitsrat erst fast vier Monate nach dem Überfall Iraks auf Kuwait eine solche als Kriegslegitimierung zu deutende Resolution beschloß, war die Tatsache, daß die absolute Mehrzahl der Staaten zunächst davon überzeugt war, den Aggressor Irak durch wirtschaftliche und handelspolitische Sanktionen - und damit *ohne Krieg* - zum Rückzug zu zwingen und zu bestrafen.

Es ging diesen Staaten darum, zur Vermeidung eines Krieges jene Mittel auszuschöpfen, die die UN-Charta ausdrücklich empfiehlt. So lautet der zum Kapitel VII der UN-Charta *Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffsbehandlungen* gehörende Artikel 41: „Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen - unter Ausschluß von Waffengewalt - zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.“

Einen Krieg gegen den Irak lehnte 1990 zunächst nicht nur die absolute Mehrheit der Staatengemeinschaft ab, sondern auch die Mehrheit des USA-Kongresses. Um diese Kriegsablehnung zu kippen und das angestrebte Kriegsmandat zu erhalten, inszenierte die USA-Administration unter Präsident George Bush, dem Vater des heutigen USA-Präsidenten, eine historisch beispiellose Täuschung der USA- und Weltöffentlichkeit.

Am 10.10.1990 ließ sie eine Frau und einen Mann vor dem Menschenrechtsausschuß des USA-Kongresses mit der Behauptung auftreten, sie seien Augenzeugen gewesen, als irakische Truppen in Kuwait 312 Säuglinge aus den Brutkästen gerissen und grausam getötet hätten. Am 27.10.1990 wurde die gleiche Szene noch einmal vor dem UN-Sicherheitsrat abgespielt.

Diese Behauptung, die auch wesentlich dazu benutzt wurde, Saddam Hussein der Weltöffentlichkeit als *Hitler von heute* zu präsentieren, war von der Public Relation Agency Hill & Knowlton fabriziert worden, nachdem diese ermittelt hatten, daß die US-Amerikaner Babymord als das bei weitem schlimmste Verbrechen ansehen. Deshalb erfand Hill & Knowlton - im Auftrage der US-Administration - die Lüge vom Babymord in Kuwait und schreckte nicht einmal davor zurück, als angebliche Augenzeugen für diesen Babymord in der Rolle einer Krankenschwester die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA und in der Rolle eines Chirurgen einen New Yorker

Zahnarzt vor dem USA-Kongreß und dem UN-Sicherheitsrat auftreten zu lassen. Zwei Tage nach dem Auftritt vor dem UN-Sicherheitsrat beschloß dieser seine als Kriegsmandat interpretierbare Resolution 678. Als der Schwindel aufgedeckt wurde, war der Golfkrieg II längst im Gange.<sup>1</sup>

## **Die Normen der UN-Charta und die Praxis des UN-Sicherheitsrates**

Die Aufgaben und Vollmachten des UN-Sicherheitsrates sind in Artikel 24 der UN-Charta grundsätzlich und eindeutig folgendermaßen geregelt: „Um ein schnelles und wirksames Handeln der Vereinten Nationen zu gewährleisten, übertragen ihre Mitglieder dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und erkennen an, daß der Sicherheitsrat bei der Wahrnehmung der sich aus dieser Verantwortung ergebenden Pflichten in ihrem Namen handelt.“ Aber es heißt dann weiter: „Bei der Erfüllung dieser Pflichten handelt der Sicherheitsrat im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen“ und: „Der Sicherheitsrat legt der Generalversammlung Jahresberichte und erforderlichenfalls Sonderberichte zur Prüfung vor.“

Davon ausgehend ist es schon aufschlußreich zu untersuchen, wozu der UN-Sicherheitsrat Resolutionen beschlossen hat und wozu nicht und inwieweit seine Resolutionen den in der UN-Charta fixierten völkerrechtlichen Normen entsprechen. Ich möchte das an einigen wenigen Beispielen versuchen.

Das nun schon länger als zwölf Jahre exekutierte *Wirtschaftsembargo* gegen den Irak beruht auf der Resolution 661 des UN-Sicherheitsrates vom 06.08.1990 und war damals beschlossen worden, um den Irak - ohne Krieg - zum Rückzug aus Kuwait, zur Wiedergutmachung der angerichteten Schäden und zur künftigen Einhaltung der UN-Charta zu zwingen. Obwohl diese Ziele - und darüber hinaus eine weitgehende Entwaffnung des Irak unter UN-Kontrolle längst erreicht sind - hat der UN-Sicherheitsrat unter dem Druck der USA und Großbritanniens diese schärfsten Wirtschaftssanktionen, die je über ein Land verhängt worden sind, bis heute immer wieder verlängert.

Inzwischen sind infolge dieser Sanktionen mindestens 1,5 Millionen Iraker verstorben, unter ihnen mehr als 500.000 Kinder. Zu diesen schlimmen Folgen befragt, hatte die frühere Außenministerin der USA Madeleine Albright ausdrücklich erklärt, „daß die Sanktionen diesen Preis wert sind.“ Tatsächlich handelt es sich um einen Genozid, einen Völkermord, und zwar um einen

---

<sup>1</sup> Siehe u.a. J. R. McArthur, Die Schlacht der Lügen. Wie die USA den Golfkrieg verkauften, München 1993, S. 46 ff.; M. Beham, Kriegstrollen. Medien, Krieg und Politik. München 1996, S. 108 ff.

durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verursachten Völkermord! Damit verstößt der UN-Sicherheitsrat selbst seit Jahren nicht nur gegen die *Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* vom 09.12.1948, sondern gegen alle in der UN-Charta fixierten völkerrechtlichen Grundnormen.

Ähnlich - wenn auch formal anders - verhält es sich mit den über den Norden und den Süden Iraks festgelegten **Flugverbotszonen**. Für sie gibt es keine Resolution des UN-Sicherheitsrates. Sie wurden von den USA und Großbritannien in Kolonialherrenmanier eigenmächtig verkündet und dienen den Luftstreitkräften der USA und Großbritanniens als Überwachungszonen und Zielgebiete für nahezu tägliche willkürliche Bombardements. Doch die Luftstreitkräfte dieser imperialistischen Staaten bombardieren den Irak nicht nur innerhalb der von ihnen deklarierten Flugverbotszonen.

Einen Höhepunkt dieser Praxis bildete ihre Operation *Wüstenfuchs* im Dezember 1998. Die US-amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte flogen in dieser viertägigen Operation mehr als 600 Angriffe und feuerten über 400 Cruise Missiles auf Bagdad und die umliegende Infrastruktur, denen etwa 1.600 Zivilisten zum Opfer fielen. Es hatte weder einen Angriff seitens des Irak noch eine Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat für diese extrem völkerrechtswidrigen Bombardements gegeben. Der UN-Sicherheitsrat hat diese Verbrechen an einem Mitgliedstaat der UNO aber auch nicht verurteilt. Er hat sie faktisch stillschweigend akzeptiert und sogar hingenommen, daß diese Bombardements immer wieder bewußt und provokativ - auch unmittelbar vor bzw. während seiner Beratungen - über den Irak durchgeführt wurden.

Insofern war es schon ein sehr bemerkenswerter Akt, als Picassos Bild *Guernica* im Sitzungssaal des UN-Sicherheitsrat - offenbar auf Wunsch der USA - verhüllt wurde, ehe US-Außenminister Powell am 05.02.2003 den von den USA angestrebten Krieg gegen den Irak zu begründen versuchte.<sup>2</sup>

Nach Einschätzung des Völkerrechtlers Norman Paech hat dieser nahezu alltägliche Luftkrieg gegen den Irak zwar nicht vermocht, den irakischen Staat zu destabilisieren, aber dazu beigetragen, diesen Staat „im Bewußtsein der atlantischen Bevölkerung zu einer Region zu reduzieren, für die die Grundsätze und Prinzipien der UNO-Charta nicht mehr gelten, wo alles erlaubt ist, um

---

<sup>2</sup> Siehe u.a. W. Spies, Was wir lieben, wird sterben. Picasso und das alte Europa: Das entschleierte „Guernica“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.02.2003, S. 33.

ein Regime zu stürzen, welches sich der US-amerikanischen Außenpolitik in den Weg stellt.“<sup>3</sup>

## Rechtsförmiges Unrecht

Die Nichtachtung der UN-Charta durch den UN-Sicherheitsrat findet ihren Ausdruck auch in den Fällen, wo durch seine Resolutionen rechtsförmiges Unrecht, also Unrecht in juristisch fixierter Form, installiert wurde. Auch dafür war der durch kein UN-Mandat gerechtfertigte Angriffskrieg gegen das UNO-Mitglied Bundesrepublik Jugoslawien ein Präzedenzfall.

Um diesen völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg faktisch noch nachträglich zu legalisieren, inszenierten die USA und ihre Verbündeten eine Anklage jugoslawischer Spitzenpolitiker vor dem bereits am 25.05.1993 mittels der Resolution 827 des UN-Sicherheitsrates geschaffenen *Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ISGHJ)*. Mit dieser Resolution hat der UN-Sicherheitsrat eindeutig seine Befugnisse überschritten. Nach den Bestimmungen der UN-Charta hat der UN-Sicherheitsrat keinerlei Zuständigkeit in Angelegenheiten der Rechtsprechung. Allein zuständig in allen Angelegenheiten der internationalen Rechtsprechung ist der Internationale Gerichtshof (IGH) und künftig auch der Internationale Strafgerichtshof (ISGH). Beide internationalen Gerichtshöfe sind in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch zwischenstaatliche Verträge und nicht durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates geschaffen worden. Und beide internationalen Gerichtshöfe werden bekanntlich durch die USA ignoriert und boykottiert.

Mit dem Prozeß gegen Slobodan Milosevic haben die USA und ihre NATO-Verbündeten die allen Grundnormen der UN-Charta Hohn sprechende Tatsache geschaffen, daß das Staatsoberhaupt jenes Staates als Angeklagter vor einem Tribunal steht, der zum Opfer eines ohne UN-Mandat geführten Aggressionskrieges wurde.

Treffend wird dieser Tatbestand im Gutachten der *International Progress Organization (Wien)*, einer Konsultationsorganisation der UNO, so eingeschätzt: „Wenn eine selbsternannte Gruppe von Staaten in Verletzung der Charta der Vereinten Nationen behauptet, im Namen des internationalen Friedens und der Menschenrechte zu handeln, einen Krieg mit allen Mitteln gegen einen souveränen Mitgliedstaat der Vereinen Nationen führt und ungestraft vorsätzlich die zivile Infrastruktur dieses Landes zerstört, dann kann das derzeitige Unterfangen von Funktionsträgern des sogenannten Tribunals, die legitimen Führer des angegriffenen Landes zu Straftätern zu erklären, nur als ein Akt

---

<sup>3</sup> N. Paech, Beginn einer neuen Weltordnung, in: R. Göbel, J. Guilliard, M. Schiffmann (Hrsg.), *Der Irak. Ein belagertes Land.*, Köln 2001, S. 14.

angesehen werden, der die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft behindert, den Konflikt in Jugoslawien mit friedlichen Mitteln zu lösen. Dieses Vorgehen untergräbt alle Anstrengungen, den Konflikt im Rahmen der Vereinten Nationen zu lösen, und verlängert nur die Leiden des Volkes von Jugoslawien, einschließlich der Kosovo-Albaner.“<sup>4</sup>

Aus dieser Entwicklung müssen alle Frieden wollenden Menschen lernen, daß sie ein gutes Gedächtnis brauchen, wenn sie den Täuschungsmanövern der Kriegstreiber widerstehen wollen. Was die UNO-Problematik betrifft, sollten wir besonders die oft sehr raffiniert formulierten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates mit kritischer Distanz beurteilen und immer wieder auf die UN-Charta zurückkommen. Wir sollten uns von niemandem davon abbringen lassen, die dort formulierten völkerrechtlichen Grundnormen *wörtlich* zu nehmen und die Politik ausnahmslos aller Staaten - besonders natürlich die des eigenen Staates - konsequent daran zu messen.

**Autor:** Prof. Dr. Dr. Ernst Voit,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

---

<sup>4</sup> Zitiert nach R. Hartmann, Der Fall Milosevic. Ein Lesebuch, Berlin 2002, S. 86 f.

Horst Großmann

## Der Irak und die Geopolitik der USA

Ein wichtiges Argument vieler Gegner der Kriegspolitik der Bush-Administration gegenüber dem Irak ist der Vorwurf, es ginge vor allem um den Zugriff auf das irakische Öl. *Kein Blut für Öl* - das ist wohl die häufigste Losung, die man auf den Plakaten und Transparenten der Friedendemonstrationen lesen konnte.

Wen wundert es da, daß diese These von allen Befürwortern eines Krieges der USA gegen den Irak vehement attackiert wird - und nicht nur von ihnen. Auch Kritiker der Kriegspolitik der USA argumentieren sehr häufig gegen den Vorwurf, es ginge im gegenwärtigen Konflikt vorwiegend um Öl.

*Die Mär vom Ölkrieg*, so titelt z.B. Thomas Kleine-Brockhof einen Artikel in der Zeit. Der Ölvorwurf, schreibt er, gehöre zum „Grundbestand transatlantischer Vorurteile.“ Bushs riskante Nahost-Politik hätte eine schlagkräftigere Kritik verdient: Eine Kritik, „die amerikanische Außenpolitik nicht auf zwei Buchstaben reduziert. Das Problem ist nicht der Regimewechsel, obwohl ein bißchen mehr Demokratie nicht nur Arabien, sondern der ganzen Welt gut täte. Das Problem ist der Krieg als Mittel. Einen Krieg zu beginnen ist einfacher, als den Frieden zu gewinnen.“<sup>1</sup> Leider wird aber der Krieg als Mittel der Politik, verschlüsselt in die Formel vom allerletzten Mittel als ultima ratio der Politik, nach wie vor von der Politik akzeptiert. Aber der Krieg als Mittel der Politik ist doch kein Abstraktum. Es ist doch legitim zu fragen, welches Ziel soll mit dieser Politik, die zu den Waffen greift, erreicht werden?

Die Ent-Saddamisierung des Irak, schreibt Kleine-Brockhof, würde „aus der Angst geboren und nicht aus der Gier - aus der Asche der Wolkenkratzer, nicht aus Bauzeichnungen für Bohrtürme.“<sup>2</sup>

Gibt es wirklich keine Belege dafür, daß das Öl ein treibendes Motiv der gegenwärtigen Politik der USA gegenüber dem Irak ist? Vielleicht kann uns ein Blick auf die US-amerikanische Geopolitik helfen, die Behauptung, daß der Irak-Konflikt nichts mit dem Öl zu tun habe, als Märchen zu entlarven.

Bei der Entmythisierung dieser Mär kann die *kritische Geopolitik*, die in den Jahren nach dem Kalten Krieg entstanden ist und sich mit der traditionellen Geopolitik auseinandersetzt, nützlich sein.

---

<sup>1</sup> Die Zeit, Heft 05/2003.

<sup>2</sup> Ebenda.

Die Politische Geographie „wirkt mit ihren wissenschaftlichen Analysen solchen geopolitischen Manipulationen entgegen und sie entzaubert den Mythos geostrategischer Weltbilder. Sie legt die symbolische Archäologie der Macht in den verwendeten Begriffen frei.“ Wer konstruiert und verbreitet geopolitische Weltbilder, fragt die kritische Interpretation? „Welchen Zwecken dienen sie? Mit welchen geographischen Inhalten wird hier Politik gemacht und welche Interessen verbergen sich dahinter? Nicht selten tritt bei einer solchen Herangehensweise schnell die weltanschauliche Einseitigkeit geopolitischer Weltbilder zutage, der Blick wird frei für die dahinter verborgenen, manipulativ-strategischen Absichten.“<sup>3</sup>

Einer ihrer Vertreter, Dr. Gearoid Ó Tuathail, ein irischer Geograph, Gastprofessor in den USA, schreibt, daß der Begriff Geopolitik u.a. verwendet wird, „um eine besondere Region oder ein besonderes Problem zu beschreiben.“ Geopolitik entsprechend dieses Gebrauchs ist eine Linse, durch die ein Problem zu begutachten ist: „Die Geopolitik von X, wo X Öl, Energie, Ressourcen, Information, der Nahe Osten, Mittelamerika, Europa usw. ist.“<sup>4</sup>

Gerade in diesem Sinne wird Geopolitik von H. Kissinger in seinem Buch, *Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, angewandt. Er schreibt: „Kein Gebiet der Welt konfrontiert Amerikas Regelwerk mit größeren Komplexitäten als der Golf. Von wilsonschen Grundsätzen kann sich Amerika in dieser Region nicht leiten lassen. Das Grundprinzip, um zu verhindern, daß eine feindliche Macht in dieser Region die Vorherrschaft ausübt, ist - vom wilsonschen Standpunkt aus - eine Wahl unter mehreren Übeln; es gibt keine Demokratien zu verteidigen. Doch die Vereinigten Staaten - und andere demokratische Industriestaaten - haben ein zwingendes nationales Interesse daran, zu verhindern, daß die Region von Staaten dominiert wird, deren Ziele mit den unseren unvereinbar sind. Die fortschrittlichen Industriewirtschaften hängen von den Erdöllieferungen vom Golf ab, und eine Radikalisierung der Region hätte Konsequenzen von Nordafrika über Zentralasien bis nach Indien. Doch dieser geopolitische Imperativ muß vor einem Hintergrund durchgesetzt werden, bei dem die beiden stärksten Nationen am Golf, Iran

---

<sup>3</sup> P. Reuber, G. Wolkersdorfer, Europa im Umbruch - Geopolitische Leitbilder und Debatten, Geographie aktuell, <http://www.geographie.de/aktuell/default.html>.

<sup>4</sup> Gearoid Ó Tuathail, Problematizing Geopolitics: Survey, Statesmanship and Strategy, Transactions of the Institute of British Geographers, Heft 19/1994, S. 261. Zitiert bei Christopher J. Fettweis, Sir Halford Mackinder, Geopolitics and Policymaking in the 21st Century, in: Parameters, Summer 2000, S. 58-71, [www.army.mil/usawc/Parameters/00summer/fettweis.htm](http://www.army.mil/usawc/Parameters/00summer/fettweis.htm).

und Irak, den Vereinigten Staaten feindlich gesinnt sind und auch ihren Nachbarn gegenüber ein feindseliges Verhalten an den Tag legen.“<sup>5</sup>

Kissinger ist allerdings zugute zu halten, daß er dabei für *wachsames Abwarten*, nicht gerade eine Lieblingsbeschäftigung der Amerikaner, plädiert.

Interessant ist die Beschreibung der Regionen. Sie stimmt überein mit dem Krisenbogen, den Ronald D. Asmus und Kenneth M. Pollack als gesamten Nahen Osten (engl. Greater Middle East) bezeichnet. Gemeint ist die Region von Nordafrika über Ägypten und Israel bis zum Persischen Golf, Afghanistan und Pakistan. Wobei sie Kaukasien und Zentralasien durchaus mit einbeziehen.<sup>6</sup>

Diese Region sollte nach Auffassung der Autoren im westlichen Sinne transformiert werden. Zwar ist in diesem Artikel Gewaltanwendung nur gegenüber dem Irak gefordert. Es ist auch nicht vom Öl die Rede, aber es geht um die Region, in der wohl insgesamt die reichsten Ölvorkommen konzentriert sind. Oder aber es sind wichtige Transitländer für die westliche Ölversorgung.

Unter geostrategischem Gesichtspunkt ist der Irak für die USA in zweifacher Hinsicht interessant:

- Der Irak ist eine bedeutende Größe für die Energiesicherheit der USA in den nächsten 25 Jahren.
- Der Irak ist für die USA das Territorium, von dem aus sie ihren Einfluß auf die gesamte Region auch militärisch sichern wollen.

Es geht bei diesem Konflikt also nicht nur um *irakisches Öl* im engerem Sinne, sondern um den *permanenten Zugriff auf das Öl der gesamten Region*.

Eine außenpolitische Priorität der Bush-Regierung ist die Sicherung zusätzlicher Erdöllieferungen aus ausländischen Quellen. Dieses Ziel wurde erstmals am 16.05.2001 im sogenannten Cheney-Report festgelegt. Er ist ein umfassendes Konzept zur Sicherung des wachsenden Energiebedarfs der USA über die nächsten 25 Jahre.<sup>7</sup> Es ist der Plan, das drohende Energiedefizit der USA durch wesentlich höhere Öllieferungen aus dem Ausland auszugleichen.

---

<sup>5</sup> H. Kissinger, Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Berlin 2002, S. 243 f.

<sup>6</sup> Siehe R. D. Asmus, K. M. Pollack, The New Transatlantic Project, in: Policy Review, [http://www.policyreview.org/OCT02/asmus\\_print.html](http://www.policyreview.org/OCT02/asmus_print.html).

<sup>7</sup> Siehe National Energy Policy, Washington, D.C., Mai 2001, ([www.whitehouse.gov/energy](http://www.whitehouse.gov/energy)).

Der Cheney-Report fordert, das Weiße Haus müsse höhere Ölimporte zu einer Priorität amerikanischer Handels -und Außenpolitik machen. Dazu ist eine Doppelstrategie vorgesehen:

- Zum einen sind erhöhte Importe aus den Ländern der Golfregion, die zusammen über rund zwei Drittel der bekannten Ölreserven der Welt verfügen, vorgesehen.
- Zum anderen geht es darum, die Ölimporte der USA geographisch so weit wie möglich zu diversifizieren.

Das soll das ökonomische Risiko reduzieren, wenn es einmal, aus welchen Gründen auch immer, zur Unterbrechung der Ölzufuhr aus dem instabilen Nahen Osten kommen sollte.

Um eine Diversifizierung zu fördern, werden der Präsident und andere Regierungsinstanzen aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den US-Energiekonzernen die Ölimporte aus der Kaspischen Region (Aserbaidschan und Kasachstan), aus Afrika (Angola und Nigeria) und aus Lateinamerika (Kolumbien, Mexiko und Venezuela) zu steigern.

Der amerikanische Friedensforscher Michael T. Klare weist darauf hin, daß in praktisch allen Gebieten, die als potentielle Herkunftsregionen zusätzlicher Öllieferungen benannt werden, seit langem entweder politisch instabile Verhältnisse oder ein ausgeprägter Antiamerikanismus - oder beides - herrschen.<sup>8</sup>

Der Cheney-Report impliziere also sicherheitsrelevante Folgen, die für die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten von erheblicher Bedeutung sind. Eine Energiepolitik, die den verstärkten Zugriff der USA auf Ölorkommen in chronisch instabilen Gebieten wie dem Persischen Golf, der Kaspischen Region, Lateinamerika und Schwarzafrika befürwortet, wirkt weitaus realistischer, wenn sie von einer Militärstrategie flankiert ist, die darauf abzielt, das US-amerikanische Potential zum militärischen Einsatz in diesen Regionen erheblich aufzustocken.

Das dabei der Irak im Cheney-Report nicht explizit erwähnt wird, ist unwesentlich. Die Annahme, es ginge im gegenwärtigen Konflikt geostrategisch nur um den Zugriff auf das Öl des Irak, greift aber zu kurz.

Betrachtet man die Kriege und Konflikte, in die die USA seit Beginn der 90er Jahre des ausgehenden 20. Jahrhunderts verwickelt waren, zeigt sich, daß die USA an der Umsetzung ihrer Geostrategie konsequent gearbeitet und Fakten geschaffen haben. Mit dem Golfkrieg II faßten sie dauerhaft in der Golfregion

---

<sup>8</sup> Siehe M. T. Klare, Zeitalter der US-Hegemonie, in: Le Monde diplomatique vom 15.11.2002, <http://www.taz.de/pt/2002/11/15.nf/mondeText.artikel,a.a.O.13.idx,0>.

Fuß, nicht als Kolonialmacht - diese Zeiten sind vorbei -, aber mit militärischer Präsenz. Diese Region wurde zu einer wichtigen Drehscheibe ihres Griffs nach Zentralasien. Der Krieg in Afghanistan belegt das. Die USA drangen in Gefilde ein, die früher zur bedeutendsten eurasischen Landmacht Rußland - das Herzland in klassischer geopolitischer Terminologie - und der UdSSR gehörten und die noch immer eine russischen Interessenssphäre bilden. Neben Afghanistan sind das die mittelasiatischen Republiken und die Kaukasusregion. All diese Länder sind nicht nur vom Gesichtspunkt der Militärstrategie von Bedeutung, sondern sie haben alle etwas mit der wichtigen strategischen Ressource Erdöl zu tun. Entweder handelt es sich um Staaten mit Erdöllagerstätten oder es sind wichtige Transitländer für den Transport des kostbaren Rohstoffes.

Der Einfluß der USA auf den Nahen und Mittleren Osten und auf Zentralasien würde eine neue Qualität erhalten, sollte der Irak zum US-Protectorat werden. Ein unmenschlicher Diktator würde fallen. Aber die Schaffung demokratischer Verhältnisse wäre fraglich, wenn sie von außen installiert werden sollen.

Auf Grund seiner geostrategischen Lage wäre aber nach US-amerikanischen Vorstellungen die Beherrschung der gesamten Region gesichert. Man braucht sich nur die geographische Lage des Irak anzusehen. Alle unsicheren, unstabilen Staaten ließen sich so in Schach halten. Das betrifft auch Saudi-Arabien, sollte es dort zu politischen Spannungen und Einbrüchen kommen, die den US-Interessen zuwiderlaufen.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß auch Rußland und China geopolitisch in Bedrängnis geraten würden, was langfristig die Quelle neuer Konflikte sein könnte.

Das entspricht der Geostrategie der USA, wie sie bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts entwickelt wurde. Nicholas Spykman, einer der intellektuellen Ahnen der Eindämmungspolitik, stand dafür Pate. Spykman argumentierte schon 1944, daß die Küstenbereiche Eurasiens oder, wie er es nannte, das *Rimland* (Randland), der Schlüssel zur Kontrolle des Zentrums war. Also nicht aus dem Inneren des Eurasischen Kontinentes heraus sollte Weltherrschaft möglich sein, sondern von der Peripherie her. Er aktualisierte so den britischen Geographen und Theoretiker der Geopolitik Mackinder, als er postulierte: „Wer das Randland (Rimland) kontrolliert, beherrscht Eurasien, wer Eurasien beherrscht, kontrolliert die Schicksale der Welt.“<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Siehe N. J. Spykman, *The Geography of Peace* (New York: Harcourt & Brace, 1944), S. 43, zitiert nach Ch. J. Fettweis, a.a.O.

In einem Interview mit der WELTWOCHE erklärte der Friedensforscher Johan Galtung: „Die geopolitische Doktrin der USA seit Anfang des Jahrhunderts lautet: Wer Osteuropa beherrscht, beherrscht Zentralasien, wer Zentralasien beherrscht, beherrscht Eurasien. Und wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt. Die Welt beherrschen bedeutet zweierlei: den Welthandel kontrollieren und militärisch dominieren.“<sup>10</sup>

Von Harry S. Truman zu George Bush war die überspannende Vision US-nationaler Sicherheit deutlich geopolitisch und direkt zurückverfolgbar zur Herzlandtheorie von Mackinder (Colin S. Gray) und ihrer Modifizierung durch Spykman. Bush jun. hat wohl den innigen Wunsch, sie zu vollenden.

**Autor:** Prof. Dr. Horst Großmann,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

---

<sup>10</sup>D. Signer, A. Guhl, Es wird mit der Atombombe enden. Interview mit dem Friedensforscher Johan Galtung. Online-Ausgabe der Weltwoche, 36/2002.

Lorenz Knorr

## Alternativen zur *Neuen Weltkriegsordnung* erforderlich

Der Massenprotest gegen die US-Kriegsplanung am 15.02.2003 in Berlin einete unterschiedliche Kräfte unter der Losung *Keine Aggression gegen den Irak*. Weltweit demonstrierten mehr als 16 Millionen Menschen in ca. 700 Großstädten gegen die *Neue Weltkriegsordnung* von Bush & Co. Bei aller Deutlichkeit des konkreten Zieles zeigte sich jedoch ein Widerspruch zwischen Breite und Tiefe. Eine große Mehrheit der Demonstranten war durch Angst, Empörung und Wut erkennbar auf die Kriegstreiber motiviert; das *anti* dominierte. Ein klares *pro*, politisch bewußt artikuliert mit einem positiven Ziel, manifestierte nur eine kleine Minderheit.

Die Frage stellt sich, ob - wie bei früheren Massenbewegungen gegen Aufrüstung und Kriegsplanung - eine Politisierung und Profilierung möglich und geboten ist. Grundfragen von Krieg und Frieden zu vermitteln und zu diskutieren, könnte der neuen Bewegung eine größere Substanz geben. Kenntnisse von realen Kriegsursachen, von Nutznießern und Leidtragenden sind ebenso erforderlich wie das Wissen über die Rüstungskosten in den verschiedenen Staaten, deren innenpolitische und internationale Wirkungen sowie über Feindbilder und deren Instrumentalisierung im Interesse der Kriegsbefürworter. Erfahrungsgemäß hält eine Protestbewegung nur dann über längere Zeit, wenn ein entsprechender Grad politischer Bewußtheit und ein über die momentan drohende Gefahr hinausreichendes weitergestecktes Ziel anvisiert ist.

Es sei kurz an die großen Massenbewegungen gegen die Remilitarisierung in der Alt-BRD während der 50er Jahr erinnert. Da fielen Betroffenheit der Bevölkerungsmehrheit mit einer wachen politischen Bewußtheit hinsichtlich der Krieg-Frieden-Frage zusammen. Zweiter Weltkrieg und Faschismus mit ihren verheerenden Nachwirkungen lehrten die Menschen, aktiv für Friedenssicherung mit zivilen Mitteln einzutreten. Zudem wirkten zwei antimilitaristisch vorgeprägte Arbeiterparteien und die Gewerkschaften sowie bürgerlich-pazifistische Kräfte als Stabilisatoren in den gewaltigen Protestaktionen. Bei den Massenbewegungen contra atomare Aufrüstung war das nicht anders.

Als dagegen ab 1980 *Euroshima* drohte - infolge der Stationierung neuartiger US-Erstschlags-Atomraketen, die mit der sowjetischen SS-20 konterkariert wurden - fehlte der hohe Grad politischer Bewußtheit und Sachkenntnis. Nur die traditionellen Friedenskräfte ergänzten das deutliche *anti* mit dem erklärten *pro* zu einer Atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und einer noch zu

schaffenden Struktur für Kollektive Sicherheit - übereinstimmend mit der UNO-Charta.

Den Widerspruch zwischen Breite und Tiefe versöhnte man weitgehend durch eine kluge Arbeitsteilung. Die Krefelder Initiative mit ihren 25 berufsspezifischen Initiativen sorgte für Politisierung und Profilierung des Protestes. Der Aktionsausschuß bereitete die Massenkundgebungen vor und präsentierte die wirksamsten Losungen. Zudem gab er Anregungen für regionale und örtliche Aktionen. Auch die neues Wissen produzierenden Konferenzen der Krefelder Initiative wirkten nicht nur bundesweit, sondern auch regional - und zum Teil auch örtlich. Solche Erfahrungen könnten heute nutzbringend für die Massenbewegung sein.

Angesichts der von der derzeitigen US-Führung eingeleiteten *Neuen Weltkriegsordnung* bleibt zu prüfen, ob eine praktikable Alternative zu erarbeiten und zu popularisieren wäre. Der Vorschlag für ein Kollektives Sicherheitssystem ist zwar einerseits utopisch, angesichts der gegenwärtigen Übermacht der USA. Andererseits ist eine konkrete Struktur der Friedensgewährleistung dringend notwendig. Ein solches System, das auf Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und zivilisatorischen Fortschritt mit emanzipatorischem Schwerpunkt gegründet sein müßte, böte vielen Menschen die Möglichkeit, bei der Konzipierung aktiv und kreativ mitzuwirken. Wobei es ja Entwürfe aus früheren Zeiten gibt. Eine solche Perspektive könnte neue Kräfte mobilisieren. Sie stünde nicht im Widerspruch zu der bei vielen jungen Aktivisten verbreiteten Parole: *Eine bessere Welt ist möglich*. Solche Zukunftskonzepte könnten sich gegenseitig ergänzen. Wer für humane Ziele wirkt, benötigt Visionen, konkrete Utopien, auf die man die Tagesaufgaben hin orientieren kann.

### **Die US-Politik ist gegen die Interessen aller Völker**

Die Interessen der Rüstungs- und Ölkonzerne, die von der gegenwärtigen US-Regierung gegen die Friedens- und Gerechtigkeitsinteressen aller Völker durchzusetzen versucht werden, selbst gegen die europäischen Kapitale, stehen allen vernunftgemäßen Regelungen der Menschheitsprobleme entgegen. Die *Neue Militär-Strategie* der USA ist auf deren absolute Dominanz in allen globalen Fragen ausgerichtet. Die Rohstoffe in Nahost und in Zentralasien sind keineswegs nur im Visier von Bush & Co, weil ihr total überhöhter Bedarf bzw. ihre Vergeudung von Öl, Erdgas u.a. künftig kräftig steigt. Sie drängen vor allem über die Verfügungsgewalt, weil sie längerfristig zu bestimmen versuchen, wer wieviel zu welchen Bedingungen von diesem wirtschaftlichen Triebmitteln erhält. Eine selektive Verteilung soll die Hauptkonkurrenten der USA auf dem Weltmarkt - Deutschland, Japan, Frankreich, künftig auch China, Indien und Argentinien - so schwächen, daß der längerfristige Abwärtstrend

der US-Wirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftsmächten gestoppt oder gar umgekehrt wird. Bekanntlich sank der US-Anteil an der Weltindustrieproduktion von mehr als 50 Prozent in 1950 auf ca. 20 Prozent in 2002.

Neben allen Versuchen, alle als Rivalen wirkenden Staaten wirtschaftlich zu schwächen, soll durch militärische Superiorität und US-Militärstützpunkte rund um den Globus, vor allem im Zentrum des eurasischen Kontinents, die angestrebte Hegemonie gesichert werden. Aus Sicht der US-Strategen ist die Beherrschung des eurasischen Kontinents die Voraussetzung für die Weltherrschaft, weil auf dem eurasischen Erdteil ca. zwei Drittel der Weltbevölkerung und etwa dieselbe Menge an Rohstoffen konzentriert sind und weil im Westen und im Osten die *Vasallen* der USA bereits Brückenköpfe bilden. Der Schwerpunkt aller US-Expansion soll auf diesen Doppelkontinent gerichtet bleiben.

Die Neue Weltkriegsordnung der USA bewirkt in mehrfacher Hinsicht einen zivilisatorischen Rückschritt. Die US-Führung zerschlägt mit ihrem Weltherrschaftsanspruch die auf Gewaltverzicht, souveräne Gleichheit der Staaten und gutnachbarliche Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen gegründete Nachkriegsordnung:

- Die Selbstmandatierung bei militärischen Interventionen der USA - gleich, ob sie allein oder mit Ad-hoc-Koalitionen der *Willigen* oder mit der NATO ihre Eroberungen führen - hebelt die bedeutenden Errungenschaften des demokratischen Völkerrechts aus. Diese sind in der UNO-Charta und in den beiden Menschenrechtsverträgen als Konsequenz der Erfahrungen mit zwei Weltkriegen und dem deutschen Faschismus in praktikablen Regeln fixiert. Die US-Führung setzt skrupellos Macht vor Recht, obwohl das geltende Völkerrecht die Umkehr des alten kriegsträchtigen Prinzips zu Gunsten des Rechts vor Macht verpflichtend festschreibt. Der für Jahre angesagte Krieg kann chaotische Zustände auslösen, weil andere Staaten darin bestärkt werden, in Permanenz Macht vor Recht zu praktizieren.
- Der absolute Vorrang des militärischen Faktors, der die US-Politik zur Zeit charakterisiert, wirkt materiell und konzeptionell zu Lasten aller sozialen Verpflichtungen, die sich im Laufe der sozialgeschichtlichen Entwicklungen und vor allem durch die politischen Kämpfe der Völker um bessere soziale und kulturelle Lebensbedingungen herausbildeten als unverzichtbare Staatsaufgaben. Wachsendes Elend, keineswegs nur in den Entwicklungsländern, ist auch ein Produkt der US-High-Tech-Rüstung sowie der Rigorosität, mit der IWF und Weltbank den Regierungen vieler Entwicklungsländern die Bedingungen ihrer *Stabilisierung* diktieren - zum vorwiegenden Nutzen der US-Wirtschaft.

- Der den Menschen und Völkern dienende demokratische Fortschritt - ebenfalls ein Ergebnis schwerer Emanzipationskämpfe der Sozialgruppen und Völker - wird durch die auf Jahre geplanten Kriege zunächst blockiert, perspektivisch jedoch in sein Gegenteil verkehrt. Entscheidungen, die das Schicksal vieler Individuen und Nationen oder Volksgruppen beeinflussen, trifft ein kleiner Kreis von Militärs, Geheimdienstleuten, Politikern und Wirtschaftsbossen, meist die aus der Rüstungs- und Ölbranche. Die Menschenrechte auf Partizipation, soziale Sicherheit und Bildung sowie Selbstbestimmung verletzt man vor allem in Kriegen nachhaltig.
- Die aufwendig inszenierte Propagandaschlacht, mit der Kriege gerechtfertigt werden, vernebelt die Realitäten, desorientiert die Menschen und Völker, untergräbt aber auch Aufgeklärtheit und politische Bewußtheit von Personen, Sozialgruppen und Völkern. Weil das erste Opfer von Kriegen stets die Wahrheit ist, gründet sich die Politik der überlegenen militärischen Stärke und auf Eroberung angelegte Gewaltanwendung auf ein idealisiertes Weltbild, das in krassem Widerspruch zu den geschaffenen Fakten steht. Ein gut informiertes Volk nimmt seine sozialen und Friedensinteressen aktiv wahr. Ein uninformiertes und fehlgeleitetes Volk, das sich gut regieren und dirigieren läßt, entspricht der expansiven Globalstrategie von Bush & Co.

### **Nato passé? Die Widersprüche zwischen den Mächten wachsen**

Weniger das völkerrechtswidrige Vorgehen der US-Führung bei der Planung des High-Tech-Krieges gegen den Irak spaltet die NATO und jüngst auch die EU, sondern der Unilateralismus, der die Praxis der Bush-Administration charakterisiert. Zu keiner Zeit seit 1939 zeigen sich die zwischenimperialistischen Widersprüche derart wie gegenwärtig. Das hängt auch - und vor allem - mit der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Krise in allen Staaten mit *freier Marktwirtschaft* zusammen. Darauf ist später einzugehen. Die Ursache für die von der US-Führung bevorzugten Ad-hoc-Koalitionen liegt auch darin, daß in der NATO einige relativ mächtige Staaten existieren, die bei Eroberungskriegen einen angemessenen Anteil an der Beute verlangen würden, vor allem die Rohstoffe betreffend. Bei der Mitwirkung kleiner bzw. wirtschaftlich schwacher Staaten entscheidet die US-Administration allein über die Verteilung der Beute. Die Mitwirkenden in *Koalitionen der Willigen* müssen sich mit dem abfinden, was ihnen der Hegemon zuweist.

Andere größere Mächte, wie z.B. Frankreich und Deutschland, sind zwar nicht prinzipiell gegen Krieg als Mittel der Politik. Bei den Aggressionen gegen Jugoslawien und Afghanistan wirkten sie direkt oder indirekt mit. Jedoch bevorzugen diese Staaten ein gemischtes Instrumentarium mit politisch-

diplomatischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Komponenten. In der Irak-Frage driften die Positionen der großen Mächte deutlich auseinander, wegen nicht vorhersehbarer Risiken für die Weltwirtschaft, wegen der Destabilisierung in Nahost - ebenfalls mit unkalkulierbaren Folgen - und der Förderung des Terrorismus als Reaktion auf das Eingreifen der USA in die inneren Angelegenheiten der muslimisch geprägten Staaten. Am Krieg gegen den Irak könnte auch eine wichtige Vorentscheidung darüber getroffen werden, ob künftig allein die US-Führung oder der Sicherheitsrat der UNO die Entscheidung über Krieg und Frieden fällt.

Eine militärische Durchsetzung des Hegemonieanspruchs der USA verändert auch die Strukturen, in denen sich neue Herrschaftsformen in der globalisierten *Ordnung* etablieren. Eine Alternative zum praktizierten Unilateralismus der US-Führung ist nicht in Sicht - außer der Bekräftigung der UNO und ihres Mandats. Eventuelle Bündnisse der imperialistischen Mächte ohne oder gar gegen die USA werden von diesen erklärtermaßen nicht geduldet. Der *No Ri-vels Plan* der US-Administration sieht vor, keine Macht bzw. kein Bündnis aufkommen zu lassen, das - ähnlich wie bis 1990 - den Handlungsspielraum der US-Führung einschränken könnte. Die deutliche Schrankensetzung für die USA und die NATO bis 1990 zeigte sich allerdings als eine Garantie für den Frieden zwischen den großen Mächten und vor allem in Europa, in dem die beiden Militärallianzen mit nuklearem Vernichtungsgerät konfrontiert waren.

### **Der militärische Riese auf schwachem materiellem Fundament**

Perspektivisch ist der globale Handlungsspielraum der US-Führung aus wirtschaftlichen Gründen begrenzt, trotz ihrer militärischen Überlegenheit. Der *imperial overstretch*, eine kolossale Überdehnung vorhandener Potenzen durch die angemäÙte Weltgendarmenrolle, wird von immer mehr US-Experten analysiert mit dem Ergebnis, daß dieser weiter expandiert und ihre globale Expansion zunehmend einschränkt. Dieser imperial *imperial overstretch* zeigte sich erstmals nach der US-Aggression contra Vietnam und hatte die Annullierung der Golddeckung des US-Dollars zur Folge. US-Präsident Eisenhower, ein Ex-General, warnte in seiner Abschiedrede 1960: „Der Militärapparat, selbst nicht produktiv, muß sich notwendigerweise der Energie, Produktivität und Geisteskraft des Landes bedienen; und wenn er zuviel davon beansprucht, schwächt er unsere Stärke insgesamt!“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zitiert nach R. J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn, Hamburg 1971, S. 12.

Diese ignorierte Warnung macht sich auch in unserer Zeit bemerkbar. Die enormen Aufwendungen für die High-Tech-Rüstung der USA sind von der einheimischen Wertschöpfung nicht mehr zu finanzieren.

Die Netto-Verschuldung der USA gegenüber anderen Staaten betrug in 2002 mehr als 3.500 Milliarden US-Dollar. Das sind 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zum Vergleich: Als die DDR mit ca. 16 Prozent im Ausland verschuldet war, sprachen manche vom *Bankrott*. Wie ist die Lage der USA bei 37 Prozent? Diese Verschuldung bedeutet, daß andere Völker die High-Tech-Rüstung der USA und deren Lebensstandard mitfinanzieren. Zur zunehmenden Schuldenproblematik kommt das Leistungsbilanzdefizit der USA mit ca. 500 Milliarden US-Dollar in 2002. Ausfuhr und Einfuhr stehen also im Mißverhältnis zueinander wegen zu geringer Wertschöpfung. Der Abzug von etwa einem Drittel der ausländischen Kapitalanlagen in den USA nach dem drastischen Börsentief sowie nach privaten und staatlichen Bilanzfälschungen - um eine nicht vorhandene ökonomische Stärke und Stabilität vorzutäuschen - im Frühjahr 2001 reduzierte die globalen Einflußmöglichkeiten der US-Administration. Das war Monate vor dem 11. September!

Diese zunehmende wirtschaftliche Schwäche der USA gehört zu den Hauptursachen für den jahrelangen Krieg. Vorbereitet wurde dieser bereits unter Präsident Clinton. Aktuell wurde er nach der Verbindung der Langzeitkrise mit dem konjunkturellen Tief im Frühjahr 2001. Da kam der 11. September wie gerufen, falls dabei nicht etwas nachgeholfen wurde - was ja immer noch ungeklärt und deshalb in der Diskussion ist. Die Zeit des *war of low intensity* ist nun vorbei. Der für Jahre angesagte Krieg entspricht der Jahre dauernden wirtschaftlichen Krise der USA. Geraubte Rohstoffe und Werte anderer Völker sollen die Defizite bzw. die unzureichende Wertschöpfung in den USA ausgleichen. Der militärische Riese steht auf einem höchst unsoliden wirtschaftlichen Fundament. Die Folge ist jedoch nicht etwa Selbstbeschränkung, sondern erhöhte Aggressivität und Risikobereitschaft. Da bleibt zu fragen, ob bei dem erklärten jahrelangen Krieg nicht nur eiskaltes Kalkül, sondern auch etwas Panik angesichts der düsteren ökonomischen Perspektive wirkte. Abwälzung innerer Probleme nach außen ist kein historisches Novum.

### **Völkerrechtswidrige Präventivkriegs-Strategie**

Der 11. September bot den Strategieplanern und Staboffizieren der USA ausreichende Gelegenheit, die schon unter Bush sen. vorhandene völkerrechtswidrige Präventivkriegsplanung theoretisch zu begründen. Auch Clintons Minister für Rüstung und Militär, W. J. Perry, präsentierte 1994 ein Konzept der *Präventiven Verteidigung*, in dem den Militärs eine *Schlüsselrolle* bei globalen Planungen zugewiesen wurde. Unter Bush jun. dominiert die Losung, *Die Schlacht*

*zum Feind tragen!*, um dem internationalen Terror wirkungsvoll zu bekämpfen. Weil der Feind unerwartet und aus dem Dunkel heraus angreife, könne man nicht warten, bis er unvorhersehbaren Schaden anrichte. Man müsse die ständig vorhandene, aber nicht sichtbare Bedrohung dort bekämpfen, wo sie wahrscheinlich ihre Ausgangspunkt habe. Diese ständige Gefahr sei auszuschalten, bevor sie eigenes Territorium erreiche. Weil der Feind heimtückisch und nicht berechenbar sei, müsse man mit dem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln rechnen. Solche produzieren jedoch nur Staaten, aber nicht terroristische Netzwerke. Also wären auch jene Staaten zu bekämpfen, die über Massenvernichtungsmittel verfügen und solche den Terroristen zugänglich machten. Die Verbindung zwischen den Terroristen und Staaten mit biologischen, chemischen oder atomaren Massenvernichtungsmitteln sei in der neuen Strategie zu berücksichtigen. Vor allem der Irak, der Iran und Nordkorea, aber auch andere, zählten damit zur *Achse des Bösen*.

Aufschlußreich dabei ist, daß die zur *Achse des Bösen* gezählten Staaten zufällig über reiche Ölvorräte verfügen oder an global-strategisch exponierter Stelle liegen.

In der *Neuen Sicherheits-Strategie* der USA (NSS) sind diese Theorien zusammengefaßt und die Bereitschaft zum unilateralen Handeln, der Anspruch auf globale Führung mit der Doktrin der konkurrenzlosen militärischen Dominanz verknüpft mit dem Ziel der Ressourcensicherung. Ergänzt wird sie durch die Doktrin über den Ersteinsatz von Atomwaffen, erstmals auch gegen Staaten, die nicht über solche verfügen. Die Hybris der *einzigsten Weltmacht* ist zu erkennen.

Im Haushaltsjahr 2003 steigert man die Militärausgaben - ohne die ca. 30 Milliarden US-Dollar für die Geheimdienste - auf 396 Milliarden Dollar. Mittelfristig ist bis 2007 eine Steigerung auf knapp 500 Milliarden Dollar geplant. Das wäre für 3 Prozent der Weltbevölkerung ein Anteil an den Weltrüstungsausgaben von mehr als 50 Prozent! Obwohl die wirtschaftliche Basis in keinem Verhältnis zu den Kosten der High-Tech-Rüstung steht, setzt die US-Führung auf absolute militärische Überlegenheit.

### **Die Friedenskräfte sind gefordert - mit *anti* und *pro***

Vorschläge zu einem Boykott von US-Produkten, um den Druck auf die USA zu verstärken, sind ein zweiseitiges Schwert. Die EU führt nur 70 Prozent von dem aus den USA ein, was sie dorthin exportiert. Das Weiterführen der Proteste gegen die Präventivkriegspraxis der USA sollte jedoch den Aufbau einer EU-Eingreiftruppe nicht aus dem Auge verlieren. Auch wenn die EU zur Zeit durch die US-Politik gespalten ist - der *No Rivals Plan* wird eben in

die Praxis umgesetzt - besteht aller Grund, die deutschen Planungen und Praktiken zu thematisieren. In der oft zitierten Rede von Bundeskanzler Schröder in Goslar gab er an, daß bei seiner Amtsübernahme 180 Millionen DM für Auslandseinsätze der Bundeswehr aufgewendet wurden, während im Jahre 2003 die Summe auf 3 Milliarden Euro stieg. Militärische Interventionen *out of area* stehen also an, unabhängig vom Verhältnis zur Bush-Administration. Die angekündigte *Enttabuisierung des Militärischen* bedeutet schließlich nicht nur weitere Kriege, sondern auch gezielte Einflußnahme auf das politische Bewußtsein der Menschen, um militärische Gewaltanwendung als etwas Normales erscheinen zu lassen.

Gleichwohl böten der rigorose Unilateralismus der US-Führung und die für Jahre geplanten Kriege einen Anlaß, um eine prinzipielle Alternative zu diesem Rückfall in die Barbarei zu popularisieren. Weil von den europäischen Staaten gegenwärtig keine Initiative für ein Kollektives Sicherheitssystem zu erwarten ist, in der Öffentlichkeit aber die Gegnerschaft zur US-Kriegspolitik wächst, wäre es Aufgabe und Verpflichtung der außerparlamentarischen Bewegungen, einen solchen Gegenentwurf zu Eroberungskriegen der Bush-Administration zu erarbeiten und zu präsentieren. Das Modell der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) mit der Schlußakte von Helsinki von 1975 kam zwar bei völlig anderen internationalen Kräfteverhältnissen zustande. Die positiven Erfahrungen jedoch mit gegenseitigen Sicherheitsgarantien und mit der materiellen Basis gegenseitig nutzbringender Zusammenarbeit spenden auch für die gegenwärtige Lage viele Anregungen.

Qualifizierte Veranstaltungen in vielen Großstädten mit Themen wie *Gemeinsame Sicherheit durch Abrüstung - statt mörderischer Kriege* könnten dieses Ziel - zunächst nur eine produktive Vision - vielen Menschen nahebringen. Aufklärende Arbeit mit der Vermittlung und Diskussion vieler Fakten und noch verdeckter Zusammenhänge könnte sehr wohl den Widerspruch von Breite und Tiefe der gegenwärtigen Massenbewegung in ein gutes Verhältnis zueinander bringen.

**Autor:** Lorenz Knorr,

Publizist, Frankfurt a.M.

**Horst Schneider**

## **Geschichtsbild und Friedenspflicht**

Wir erleben nahezu täglich, wie nicht wenige Politiker und Publizisten mit Pseudoargumenten ideologische Kriegsvorbereitung betreiben. Häufig werden dabei historische Ereignisse entstellt und mißbraucht.

Verteidigungsminister Rumsfeld z.B. erklärte auf der traditionellen Tagung von Kriegsexperten im Januar in München: „Wir wissen aus unserer Geschichte, daß Schwäche provoziert.“ Also haben die USA ihre Kriege geführt, weil sie schwach waren und Stärkere zum Angriff provoziert haben?

Joschka Fischer hatte, wie wir uns erinnern, die Aggression gegen Jugoslawien als Verhütung eines neuen *Auschwitz* gerechtfertigt.

Von CDU- Politikern wie Wolfgang Schäuble wird eine Gleichsetzung der Kriegskoalition gegen Irak mit der Antihitlerkoalition propagiert. Weil Hussain wie Hitler einen Bart hat? Es geht um den Vergleich, daß die Antihitlerkoalition ja auch Waffen eingesetzt hat. Auch an das Münchner Diktat von 1938 erinnern einige, und zwar justament dieselben, die das Münchner Diktat bis heute ex tunc (von Anfang an) für gültig halten.

Selbstverständlich müssen wir gegen den Mißbrauch von Ereignissen für die Begründung eines Krieges gegen Irak entschieden vorgehen. Zugleich müssen wir die Erfahrungen und Traditionen des antimilitaristischen und pazifistischen Kampfes lebendig erhalten. Ich wähle zwei Beispiele:

Vor einhundert Jahren, am 23.02.1903, wurde Julius Fucik geboren, der zum Symbol des nationalen Befreiungskampfes der Tschechen gegen die faschistische Okkupation wurde und allen Antifaschisten mit seiner *Reportage unter dem Strang geschrieben* ein unvergängliches literarisches Denkmal setzte. Es war Bundeskanzler Willy Brandt, der am 11.12.1973 auf der Prager Burg anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Vertrages Julius Fucik in eine Reihe mit Jan Hus, Jan Amos Komensky, Frantisek Palacky und Bertha von Suttner gestellt hatte. Er versicherte, Fuciks Name bedeute „für unsere Landsleute genau so viel wie für euch.“ Wenn das so war, ergibt sich zwangsläufig die Frage, warum derselbe Fucik seit 1990 in den Orkus des Vergessens gestoßen und von manchen sogar geächtet wird. Weil er ein lästiger Mahner ist?

Heute vor sechzig Jahren wurden die Geschwister Scholl zum Tode verurteilt und wenige Stunden später enthauptet. Andere Mitglieder der *Weißer Rose* erlitten wenig später das gleiche Schicksal. Sie handelten, als sie von den

faschistischen Verbrechen und den Grauen des Krieges erfahren hatten, nach dem Satz des Jakobus-Briefes: „Seid Täter des Wortes, nicht Hörer allein.“ Wer könnte ein besseres Vorbild als sie sein? Welche anderen *Werte* sind wertvoller als die, welche die Scholls vorlebten: Friedensliebe, Wahrheitsstreben, Zivilcourage, Opferbereitschaft? Ihr *Manifest der Münchner Studenten* müßte (vielleicht aktualisiert) Wegweiser für jeden Studenten und Jugendlichen von heute sein.

Es gibt auch Traditionen, die hier in Dresden entstanden sind. Eine ist die Bewegung *Frieden schaffen ohne Waffen! Schwerter zu Pflugscharen!* Pfarrer Eppelmann hat jetzt eine andere Bibel, aber andere könnten von damals lernen. Zum Beispiel: Am 22.03.1982 wurden die Bischöfe Hempel und Domsch von Staatssekretär Klaus Gysi darüber informiert, daß Pfarrer Eppelmann Jugendliche eingesetzt habe, um das Symbol *Schwerter zu Pflugscharen!* an die Garagentüren von *Bonzen* zu kleben.

Wer setzt Eppelmanns verdienstvolles Werk heute bei demokratischen Politikern fort, die - auch in der CDU? - den Waffeneinsatz gegen Irak fordern? Und wer erinnert Helmut Kohl an seinen heiligen Schwur am 19.12. an der Ruine der Frauenkirche, daß er dafür sorgen werde, daß von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgeht?

Das Fazit: Der Kampf um den Inhalt der Erinnerungskultur ist Bestandteil des Ringens aller Friedensaktivisten für die Ächtung des Krieges und um einen dauerhaften Frieden.

**Autor:** Prof. Dr. Horst Schneider,

Dresden

**Dieter W. Scheuch**

## **Not in my name, NO WAR ON IRAQ!**

Meine Damen und Herren, liebe Friedensfreunde,

ich bin Arzt und Pathobiochemiker, seit 20 Jahren aktiv für IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung. Der IPPNW trägt seit vielen Jahren das Dresdner Friedenssymposium mit.

Heute vor einer Woche hatte ich, wie viele in diesem Saal, das befreiende und damit ungeahnt aktivierende Erlebnis der Berliner Friedensaktion gegen den Irak-Krieg. Mehr als eine halbe Million selbstbewußter Menschen gaben zwischen Alex, Brandenburger Tor und Siegestsäule ihrem leidenschaftlichen Protest mit phantasievollen - meist selbst gefertigten - Losungen gegen einen völkerrechtswidrigen Krieg für Öl unzweideutig Ausdruck. Weltweit nahmen datumsgleich 16 Millionen an Demonstrationen für die Erhaltung des Friedens für das irakische Volk teil.

Vor dem Roten Rathaus traf ich mich mit einer großen Ärztegruppe der IPPNW, darunter Prof. Dr. Ullrich Gottstein und Dr. Angelika Claußen. Die Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg und für Soziale Verantwortung haben ihre Autorität mit vielen Aktivitäten gegen den Irak-Krieg eingebracht. Sie waren auch die erste internationale Organisation, die 1991 nach der Zerstörung des Landes dem irakischen Volk medizinische und humanitäre Hilfe brachte.

Ich zitiere Prof. Gottstein: „Ich war als Arzt der IPPNW, der Medikamente und Babymilch in Iraks Krankenhäuser brachte, mit Kollegen insgesamt acht Mal im Land. Wenige Wochen nach Kriegsende habe ich im Mai 1991 die Verwüstungen gesehen, die durch die Bombardierungen der Amerikaner (das war kein *sauberer chirurgischer Krieg*) und dann durch den Bürgerkrieg, der zwischen den Kurden und Schiiten einerseits und der irakischen Armee andererseits getobt hatte, entstanden waren. Die Vereinten Nationen gaben an, daß 1991 mehr als 100.000 irakische Soldaten und etwa 40.000 irakische Zivilisten im Krieg umkamen und im ersten Nachkriegsjahr infolge der Zerstörungen der Wasser- und Elektrizitätswerke und der Sanktionen mehr als 170.000 Kleinkinder.“<sup>1</sup>

Die Zerstörung der Wasseraufbereitungsanlagen und Elektrizitätswerke sowie die Verhinderung der Reparaturen durch das Embargo gegen Rohrlieferungen

---

<sup>1</sup> U. Gottstein, Krieg gegen Irak und internationalen Terrorismus - oder für Macht und Öl?, in: IPPNW Forum, 79/2003, S. 16.

wegen der Gefahr des *dual use* hat eine Abart biologischer Kriegführung erzeugt,<sup>2</sup> die auch Jahre nach Beendigung des Krieges ungebremst nachwirkt.

Die Wasserrohre haben feine Risse. Bei Stromausfall fällt der Wasserdruck ab (Pumpen) und verunreinigtes Wasser fließt aus der Umgebung in die Rohre und verseucht damit das Trinkwasser. Das wirkt sich vor allem an geschwächten Kindern aus. Die Sterblichkeitsrate der unter fünfjährigen Kinder liegt jetzt bei 13 Prozent. Das bedeutet, daß durchschnittlich 10 Prozent der irakischen Kinder an den Folgen des Krieges und der Sanktionen sterben. Das sind etwa 5.000 Kinder monatlich. Über den Zeitraum von 12 Jahren betrachtet, bedeutet das, daß damit mehr irakische Kinder gestorben sind als japanische Kinder nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Die Mehrzahl dieser vermeidbaren Todesfälle resultiert aus Durchfallerkrankungen und akuten Atemwegsinfektionen, verursacht durch verseuchtes Trinkwasser. Die UNICEF schätzt, daß 40 Prozent des irakischen Trinkwassers verunreinigt ist.

Die Vorsitzende der IPPNW Dr. Angelika Claußen berichtete auf der Kundgebung in Berlin über ihre Irak-Reise im Januar 2003: „Mir war klar, daß es eine bedrückende Reise wird, denn die Folgen der nun schon seit 12 Jahren bestehenden Sanktionen waren mir bekannt. Tatsache ist, daß jeden Tag 250 Menschen an den Folgen der Sanktionen sterben, daß 32 Prozent aller Kinder unterernährt sind, daß jedes achte Kind stirbt, bevor es sein fünftes Lebensjahr erreicht und daß der Irak eine der höchsten Kinderleukämieraten der Welt hat.“<sup>3</sup> Irakische Ärzte machen dafür die 300 Tonnen Urangeschosse verantwortlich, die im Golfkrieg 1991 eingesetzt worden sind.<sup>4</sup>

90 Prozent der an Leukämie erkrankten Kinder müssen im Irak auf Grund fehlender Medikamente sterben. In Europa liegt die Sterberate unter 10 Prozent. Das Elend der Menschen, ihre Hoffnungslosigkeit zu sehen und miterleben, ist für einen mitfühlenden Menschen kaum zu ertragen. Immer wieder müssen die Ärzte in den Krankenhäusern ihren Patienten sagen: Wir können nicht helfen, denn das Antibiotikum oder das Mittel gegen Krebs ist nicht vorhanden. Eine Kollegin aus Österreich, die seit 10 Monaten versucht, Geräte für eine Blutbank nach Basra zu bringen, bekam bisher von dem Sanktionskomitee nur abschlägige Antworten.

---

<sup>2</sup> D. Hilfiker, Biologische Kriegführung, in: IPPNW Forum, 79/2003, S. 29.

<sup>3</sup> A. Claußen, Wie ein neues Hiroshima, in: Neues Deutschland vom 21.02.20003, S.14.

<sup>4</sup> Siehe D. W. Scheuch, Wir Ärzte der IPPNW fordern das weltweite Verbot von uranhaltiger Munition, in: Chancen und Hindernisse auf dem Weg zu einem friedlichen Europa, DSS-Arbeitspapiere, Heft 58/2001, S. 38 ff.

Ich denke, das macht die ganze Menschenverachtung der Kriegsplaner in den USA deutlich. *Schock und Furcht* nennen sie ihre Kriegsstrategie. Der US-amerikanische Militärstratege Harlan Ullmann spricht von 400 Cruise Missiles-Bomben, die täglich über dem Irak abgeworfen werden sollen. Er schwärmt davon, daß es so sein wird wie in Hiroshima.

Wir dagegen wissen aus den Erfahrungen der Welt- und anderen Kriege: Krieg ist keine Lösung für die anstehenden Probleme. Wir haben deshalb den folgenden Appell an die Bundesregierung gerichtet:

Als Internationale Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung IPPNW (Träger des Friedensnobelpreises 1985) fordern wir von der Deutschen Bundesregierung, daß sie unverzüglich alle internationalen Einflußmöglichkeiten ausschöpft, um einen Irak-Krieg zu verhindern. Ein demokratisches Europa muß den eindeutigen Willen der Völker durch entsprechendes Handeln beherzigen. ... Das ohnehin insuffiziente Gesundheitssystem des Iraks würde im Kriegsfall binnen Tagen zusammenbrechen. Mindestens eine halbe Million Menschen würden in eine humanitäre Katastrophe stürzen, die auch durch koordinierte auswärtige Hilfe nicht abgewendet werden könnte. ... Die Welt steht vor der Wahl, entweder einen brutalen imperialen Eroberungskrieg nach Vorbildern des Kolonialzeitalters zu tolerieren, wenn nicht gar zu unterstützen, oder an der notwendigen Demokratisierung der internationalen Gemeinschaft weiterzuarbeiten und für das Ziel einer Kultur der Menschlichkeit und des Friedens zu kämpfen. Die Politiker wissen, welche Entscheidung ihnen ihre Verantwortung gebietet. Wir verlangen von ihnen, daß sie das Gebotene tun.<sup>5</sup>

Als IPPNW fordern wir: NO WAR ON IRAQ!

**Autor:** Prof. Dr. habil. Dieter W. Scheuch,

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)

---

<sup>5</sup> H. E. Richter, Irak - 12 Jahre nach dem zweiten Golf Krieg. Appell an die deutsche Bundesregierung, in: IPPNW Forum 79/2003, S. 34.

Elke Renner

## Gegen einen Irak-Krieg. Ein Diskussionsbeitrag aus Österreich

Der drohende Krieg gegen den Irak hat verschiedene Gruppen mit der Sozial- und Antikriegsbewegung und den kontinuierlich arbeitenden Gruppen der österreichischen Friedensbewegung zu einem gemeinsamen Protest verbunden.

Am internationalen Aktionstag am 12.02.2003 lautete das Motto:

- Stoppt den Krieg gegen den Irak!
- Für eine sofortige Aufhebung des Embargos!
- Keine Überflüge und keine Durchfuhr von Kriegsmaterial bzw. Armeepersonal über und durch Österreich!
- Keine Beteiligung Österreichs an der Kriegspolitik!

Den großen Demonstrationen am 15.02. waren mehrere Aktionen vorausgegangen. Ich möchte als Beispiele die Postkartenaktion des Österreichischen Friedensrates erwähnen, bei der Hunderte Postkarten an den Präsidenten der Vereinigten Staaten in Wien eingingen.

Ein Großteil der Österreicher ist gegen den Angriff auf den Irak, aber die Medien und die Regierung nutzen diese Einstellung friedenspolitisch zu wenig.

Österreich wird sich in diesem Krieg noch neutral verhalten. Für künftige militärische Konflikte ist diese Position aber nicht gesichert. Wen wundert es, haben wir doch die zweite Auflage der reaktionärsten Regierung seit 1945. Sie strebt danach, als Teil der wirtschaftlichen Großmacht Europa die Neutralität aufzugeben, um in eine militärische Supermacht EU einzugehen.

Die österreichischen *Spezialeinsatzkräfte* sollen im *Antiterror-Kampf* und in *Auslandseinsätzen* gebraucht werden. Gegen den Willen der meisten Österreicher werden die Eurofighter angekauft, denn das herrschende Wirtschaftsinteresse an der Militarisierung ist groß.

Österreich hätte die Chance, seinen in der Verfassung verankerten Neutralitätsstatus wegweisend friedenspolitisch zu nutzen. Ich möchte dazu die Forderungen des österreichischen Friedensforums (gemeinsames Treffen aller österreichischen Friedensgruppen, beschlossen in Graz am 10.10.2002) erwähnen.

Schritte zum Aufbau einer aktiven Friedenspolitik Österreichs:

- Rücknahme der Zusage über die österreichische Beteiligung an der EU-Armee. Keine Soldaten, keine Waffen und keinen Euro für die EU-Armee. Auflösung dieser entsprechenden Offensiveinheit des österreichischen Bundesheeres.
- Austritt aus der *NATO-Partnerschaft für den Frieden*.
- Rücknahme des neutralitätswidrigen *Kriegsermächtigungsartikels 23 f* aus der österreichischen Verfassung.
- Die Berichtspflicht, wie sie im Kriegsmaterialgesetz festgelegt wird, muß verstärkt eingehalten oder gegebenenfalls ausgeweitet werden. Ferner soll Österreich Initiativen zur Eindämmung von unkontrolliertem Handel mit Kleinwaffen auf nationaler und internationaler Ebene ergreifen bzw. unterstützen.
- Stopp den Aufrüstungsplänen. Mehr Geld für Soziales, Gesundheit und Bildung, statt Abfangjäger, Panzer und Raketen.
- Aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik. Außenpolitische Schritte müssen gesetzt werden, um einzugreifen, bevor Eskalation beginnt.

Wir erwarten in nächster Zeit weitere Demonstrationen, Mahnwachen und Kundgebungen gegen den Irak-Krieg und für ein neutrales Österreich in sozialer Sicherheit.

**Autor:** Elke Renner,

Vorsitzende des Österreichischen Friedensrates



## Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 54: Gustav Urbani  
**Ungarn in der NATO (II).** Zur Wertung des NATO-Beitritts aus heutiger Sicht. (Mit Regierungsbeschuß vom 26.10.99: Strategische Gesamt-Überprüfung der ungarischen Landesverteidigung), Dresden 2000, 28 Seiten; 1,50 Euro
- Heft 57: **Chancen und Hindernisse auf dem Weg zu einer globalen Friedensordnung**  
5. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung" am 18.11.2000.  
Beiträge der Professoren Ernst Voit, Horst Großmann, Wolfgang Triebel, Volker Bialas und Wolfgang Scheler sowie von Lorenz Knorr  
Dresden 2001, 74 Seiten; 3,50 Euro
- Heft 59: Gustav Urbani  
**NATO-Mitgliedschaft und Fortsetzung der Streitkräftereform in Ungarn**  
Dresden 2001, 36 Seiten; 1,50 Euro
- Heft 60: **Ideen im Kampf um eine friedliche Welt.**  
Ideen, Ideologien und Utopien einer globalen Friedensordnung  
6. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung" am 24.11.2001  
Beiträge: Volker Bialas (München), Lorenz Knorr (Frankfurt /M.), Ernst Voit (Dresden), Horst-Dieter-Strüning (Bonn)  
Dresden 2002, 56 Seiten; 2,00 Euro
- Heft 61: **Gegen Terror(ismus) und Krieg.** Für gemeinsame Sicherheit und eine gerechte Welt.  
Beiträge zum 10. Dresdner Friedenssymposium am 16. Februar 2002  
von Ernst Voit (Dresden), Horst Schneider (Dresden), Lorenz Knorr (Frankfurt /M.), Jan Sumavski (Prag), Rolf Lehmann (Dresden), Hermann Gerathewohl (Leipzig) Dresden  
2002, 60 Seiten; 2,00 Euro
- Heft 62: **Analysieren und Denken für Frieden und Menschenrechte.**  
Ernst Voit zum 70. Geburtstag. Beiträge u.a.: Volker Bialas (München), Rudolf Boehm (Gent), Herbert Hörz und Hermann Klenner (Berlin), Andrzej Kiepas (Katowice), Rolf Lehmann, Horst Großmann, Wolfgang Scheler, Dieter W. Scheuch, Lothar Striebing, Hans-Ulrich Wöhler (alle Dresden), Karin Zänker (Ottendorf-Okrilla)  
Dresden 2002, 103 Seiten; 4,50 Euro
- Heft 63: Heinz Loquai  
**Krieg als Mittel der Politik?!**  
Vom Balkan nach Afghanistan und jetzt zum Irak?  
Dresden 2002, 24 Seiten; 1,50 Euro
- Heft 64: **Pax Americana oder gerechten Frieden.**  
Dresden 2003, 56 Seiten; 2,00 Euro  
Beiträge zum 7. Dresdner Friedenssymposium am 23. November 2002  
von Ernst Voit (Dresden), Lothar Schröter (Potsdam), Harry Pursche (Leipzig), Volker Bialas (München).

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet. Sie finden uns unter  
<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>